

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom
Buchhandel, von der Post und

Berlin, den 21. Mai 1919.

direkt vom Verlage
für 8.— Mk. vierteljährlich,
Mk. 30.— für das Jahr.

Versailles.

Es ist notwendig, hier über den Entwurf zum Friedensvertrage, den die Entente in Versailles den deutschen Delegierten überreichte, in einer anderen Sprache zu sprechen, als das in Zeitungsartikeln und Protestversammlungen bis jetzt der Fall war. Dort findet allermeist das Gefühl seinen Ausdruck, das angesichts der ungeheuerlichen Bedingungen das ganze deutsche Volk in all seinen Schichten erfaßt hat. In all seinen Schichten. Denn auch der Sprecher der Unabhängigen Sozialdemokratie hat auf der Protesttagung der Nationalversammlung seinen entscheidenden Widerspruch gegen diese Friedensbedingungen zum Ausdruck gebracht. Unbeschadet seiner verschiedenartigen Auffassung von der Taktik, die die Regierung gegenüber den Bedingungen empfahl. Hier soll das Gefühl vollkommen schweigen. Die ruhige Objektivität des wirtschaftlichen Betrachters muß eine Reihe von Tatsachen nun einmal als unänderlich gegeben hinnehmen. Vor allem die, daß Deutschland offen bekannte, den Krieg verloren zu haben. Ferner die, daß es einen Waffenstillstand geschlossen hat, der eine ganze Reihe von Werten schon vor der endgültigen Friedensfestsetzung preisgab. Endlich aber die, daß Deutschland sich selbst in vollem Umfange entwaffnet hat. Der wirtschaftliche Betrachter muß ferner ohne weiteres unterstellen, daß England den Krieg geführt hat, um seinen wirtschaftlichen Konkurrenten zu besiegen, und daß es nun im Friedensschluß natürlich die Absicht haben wird, Deutschland als industriellen Wirtschaftskonkurrenten ebenso wie als gefürchtete militärische Vormacht in Europa zu vernichten. Daß unter

diesen Umständen auch der mildeste Friede, den Deutschland schließen kann, unerbittlich hart sein muß, und dem Land auf Jahrzehnte die schwersten Opfer auferlegen wird, ist klar. Opfer von solcher Größe bedeuten Hörigkeit auf Jahrzehnte. Und Enzirkelungshemmungen auf so lange Zeit inmitten einer fortschreitenden Umwelt bedeuten Rückschritt. Mithin birgt jeder Friede, den Deutschland heute schließen muß, die Gefahr in sich, daß er, wie einst der dreißigjährige Krieg, das Land kulturell und auf lange Strecken wirtschaftlich zurückschraubt. Freilich nur die Gefahr, nicht die Notwendigkeit.

In dem jetzt so stark zutage tretenden Protestwillen vermengen sich zwei ganz verschiedene Strömungen. Die einen, die gegen den Gewaltfrieden protestieren, finden das Maß der ziffernmäßig erkennbaren Lasten ungeheuerlich. Sie vermögen die vielen Verstärkungen des Vertrages gar nicht zu durchschauen. Sie haben mehr nur die Empfindung einer enormen Last, gegen deren Tragung sie sich auflehnen. Sie würden sich vermutlich auch gegen ein paar Milliarden Mark weniger ebenso ablehnend verhalten. Ihr Protest ist im Grunde unberechtigt, weil eben nun einmal nach einem Krieg, den man so schmachvoll verloren gegeben hat, die Lasten groß und drückend sein müssen. Die anderen protestieren, mit mehr Recht. Denn sie wenden sich gegen die innere Unmöglichkeit, die der Vertrag für jeden gewinnt, der seine 440 Artikel mit sachmännischem Blick bloß oberflächlich durchgeht.

Die Entente verlangt die Wiedergutmachung der Schäden, die Deutschland an-

gerichtet hat. Zu diesem Zweck muß Deutschland zunächst Schatzscheine im Betrage von 20 Milliarden Goldmark emittieren, auf deren Rückzahlung alle möglichen Werte, Gold, Wertpapiere, Schiffe, ausländische Konzessionen, Saargruben usw. angerechnet werden. Dann soll das Reich weitere 40 Milliarden Goldmark Schatzscheine ausgeben, die mit 5% zu verzinsen sind und auf deren Verzinsung und Amortisation alles das angerechnet wird, was Deutschland sich verpflichtet, jährlich an Belgien und Frankreich und die übrigen Ententestaaten an Kohlen, Schiffsneubauten, Kali, anderen Chemikalien und pharmazeutischen Artikeln zu liefern. Die Leistung dieser Lieferungen und Wiedergutmachungen werden Deutschland nach dem Entwurf dadurch zunächst außerordentlich erschwert, daß wesentliche Gebiete im Osten und im Westen dem Reiche verlorengehen sollen, und daß die Rheinlande auf lange Zeit besetzt und damit in ihrer Wirtschaft und Steuerkraft unterbunden werden. Aber darüber hinaus wird das Land wirtschaftlich vollkommen geknebelt. Eine „Kommission der Wiedergutmachungen“, die in Paris ihren Sitz hat, wird Deutschland vollkommen kontrollieren. Sie kann in alles hineinreden. Sie kann die deutschen Steuerhssysteme und die deutschen Arbeitsmethoden prüfen, sie kann die Einführung jedes Gesetzes verlangen, das die Entente im Interesse der Wiedergutmachung oder der Aufbringung der Anuitäten für notwendig hält. Unter diesem Vorwand also wird die Entente um so mehr Deutschland wirtschaftlich vollkommen beherrschen, als der Kommission jede Auskunft über alles, was in Deutschland wirtschaftlich, politisch und militärisch vorgeht, gegeben werden muß. Es handelt sich hier also nicht etwa bloß um eine wohlorganisierte Handelsespionage, sondern um die Einföhrung einer internationalen Wirtschafts- und Finanzverwaltung über das Deutsche Reich. Also um den schwersten Eingriff in die Souveränität eines Staates, der sich vorstellen läßt.

Schon diese Bestimmungen stellen in sich einen Widerspruch dar. Denn man kann nicht auf der einen Seite hohe Leistungen von Deutschland verlangen und es auf der anderen Seite vollkommen leistungsunfähig machen wollen. Ein Gleichnis, das ich neulich hörte, charakterisierte die so geschaffene Sachlage ausgezeichnet: Die Entente behandelt Deutschland wie einen Mann, dem die Hände abgehakt werden und dem man dann

einen Spaten mit der freundlichen Aufforderung überreicht, ihn zur Arbeit zu benutzen. Jedoch damit ist der Widerspruch des Vertrages noch gar nicht erschöpft. Deutschland gibt nicht bloß alle Rechte im Ausland auf, sondern es verzichtet auf jedes Recht der Mitbestimmung bei der Festsetzung seiner Verpflichtungen und Anrechnungen. Die Kommission setzt alles selbständig fest. Fast gar nichts materielles, von den Gebietsabtretungen abgesehen, wird sofort genau fixiert. Alles Wirtschaftliche und alles Finanzielle, ja selbst das Maß von Leistungen wird nach Leistung der Unterschrift erst von der Kommission bestimmt und muß in blanko von Deutschland akzeptiert werden. Besonders kennzeichnend ist, daß sogar der Tonnenraum der jährlichen Schiffsbauten, zu denen sich Deutschland verpflichten soll, erst drei Monate nach der Vollziehung der Unterschrift von der Kommission der Wiedergutmachungen bestimmt werden soll.

Wenn man sich das alles vor Augen hält, so erscheinen eigentlich die Proteste gegen all den Widerspruch und die Ungeheuerlichkeiten des Vertrages mindestens als verfrüht. Es ist ausgeschlossen, daß die Entente selbst der Auffassung sein könnte, Deutschland würde einen solchen Vertrag unterschreiben. Gerade die vielen Unbestimmtheiten deuten darauf hin, daß er gar nichts anders denn als Verhandlungsgrundlage gedacht sein kann. Denn dieser Vertrag ist vollkommen unerfüllbar. Gerade der wirtschaftliche Beurteiler darf doch die wirtschaftlichen Fähigkeiten des Vertragsgegners nicht unterschätzen. Und es heißt wirklich Amerikaner und Engländer (von den Franzosen abgesehen) als wirtschaftliche Kadetten ausgeben, wenn man von ihnen annehmen wollte, daß sie die objektive Unmöglichkeit des von ihnen entworfenen Vertrages nicht einsehen. Man könnte sogar einwenden, daß die Kommission zwar äußerlich mit allen möglichen Rechten ausgestattet und auf dem Papier zu dem Zweck geschaffen ist, Deutschland vollkommen zu knebeln, daß es aber höchst fraglich erscheint, ob diese Kommission überhaupt jemals wirklich arbeiten kann, weil schon kurz nach dem Friedensabschluß die dazu notwendige Uebereinstimmung der vier Hauptstaaten nur noch selten herzustellen sein wird.

Es wird also die Taktik der deutschen Unterhändler sein müssen, durch eigene Gegenvorschläge zunächst die vielen Unbestimmtheiten in Bestimmtheiten und die vielen Blankowechsel in Anweisungen auf fixierte Summen umzuwandeln. Es wird weiter die Aufgabe der Verhandlungen sein, insbesondere Frankreich diejenigen wirtschaftlichen

Garantien zu geben, die es braucht, um den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete und die Wiederinbetriebsetzung seiner geschädigten Industrie zu ermöglichen. Vor allem aber muß das aus dem Vertrage beseitigt werden, was die deutsche Erholungsmöglichkeit am schwersten bedroht: das ist jene Bestimmung, der zufolge über die bereits erwähnten 60 Milliarden Goldmark Schakanweisungen hinaus die Entente die Emission von weiteren 40 Milliarden dann verlangen kann, wenn sie glaubt, daß Deutschland in der Lage ist, noch mehr aufzubringen, als bis dahin festgesetzt worden war. Dadurch würde also jede Vermehrung der deutschen Produktivität den Feinden zugute kommen, und damit wäre insolge dessen jeder Anreiz, zu einer wirklichen Umstellung des deutschen Wirtschaftslebens zu kommen, unterbunden. Dieses Damoklesschwert ist beinahe das Gefährlichste aus dem ganzen Vertrage.

Die Kunst der deutschen Unterhändler wird wesentlich auf ihrer Leidenschaftslosigkeit und ihren wirtschaftlichen Fähigkeiten beruhen. Denn es kommt darauf an, den Vertrag zu entpolitisieren. Es müssen eine Reihe von Problemen, die rein politisch — durch Okkupation oder Annexion — im Entwurf gelöst sind, durch wirtschaftliche Verträge gelöst werden. Diese Wirtschaftsfragen müßten überhaupt vor allen politischen zur Erledigung kommen. Denn selbst wenn man ohne weiteres zugeben wollte, daß das Saarbecken französisch und Oberschlesien polnisch wird — oder vielmehr gerade dann —, hat Deutschland ein Interesse an der Mitbenutzung der Bodenschätze jener Landstriche, die für seine Wirtschaft zum Teil eine Lebensfrage bilden. Im Laufe dieser Wirtschaftsverhandlungen könnten unter Umständen Formen für die gegenseitigen Beteiligungen gefunden werden, die die politische und staatsrechtliche Besitzfrage so sehr in den Hintergrund treten lassen, daß hier schließlich vielleicht nur noch die Nationalität der Bewohner, nicht aber mehr die Interessen der Vertragsschließenden über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Gelingt eine solche Abmachung, so würde damit einer Neuordnung Europas vorgearbeitet werden, in der das überlebte formale Recht des Staates wesentlich hinter das Naturrecht der Nationalität und hinter die neuauftretende politische Form der Wirtschaftsgenossenschaft der sich ergänzenden Nationalitäten zurücktreten.

Erst wenn man weiß, ob solche Verhandlungen zum Ziele führen und wie durch sie das Bild des Entwurfes umgeformt wird, kann man sich überhaupt ein Urteil über die dauernde wirtschaftliche Wirkung des Vertrages auf Deutschland machen. Erst dann wird

man auch sagen können, wie die endgültigen Schulden und Verpflichtungen des Reiches sich stellen. Das aber ist doch schließlich Voraussetzung für die Möglichkeit, ein Urteil darüber abzugeben, ob der endgültige Vertrag für Deutschland überhaupt erträglich und subjektiv erfüllbar sein wird. Dann erst kann man an die Aufstellung von Deckungsplänen gehen.

Freilich, eins ist heute schon vollkommen klar: die Lasten dieses Vertrages können nur durch eine vollkommene Umformung der deutschen Wirtschaft getragen werden. Man mag sie Sozialisierung oder sonstwie nennen; das Wesentliche ist, daß die neuen Formen der deutschen Wirtschaft gemeinwirtschaftlich sein müssen. Es wird sich um die Neuschaffung einer neuen deutschen sozialen Arbeitsdemokratie handeln, die den Kapitalbegriff umformen und den Geldbegriff wenn auch nicht ausschalten, so doch wesentlich einzuschränken verpflichtet sein wird. Ich sagte oben, es bestünde durch die Schwere des Vertrages die Gefahr, aber nicht die Notwendigkeit der Zerschraubung der deutschen Wirtschaft auf frühere Wirtschaftsbahnen. Durch eine verständige Neuformung kann die Not und Kargheit sogar einen Fortschritt der deutschen Wirtschaftsform, ein Aufsteigen zu erhöhter Produktivität zur Folge haben. Und es scheint heute bereits ziemlich sicher, daß, wenn es überhaupt gelingt, zu einem halbwegs vernünftigen Vertrag zu kommen, die dadurch notwendig werdende Umstellung des deutschen Wirtschaftslebens der Anfang eines europäischen Sozialismus sein wird, durch dessen ethische Wirkungen in allen übrigen Ländern in nicht allzu ferner Zeit selbst diejenigen Bestimmungen des Friedensvertrages hinfällig werden, die heute noch hart und mörderisch erscheinen.

Entweder sind die Feinde wirklich töricht genug, diesen unsinnigen Vertrag, wie er jetzt besteht, Deutschland aufzwingen oder ihn nur gering verändern zu wollen, dann wird der dadurch unvermeidliche deutsche Zusammenbruch den Zusammenbruch von ganz Europa nach sich ziehen. Oder es gelingt den deutschen Unterhändlern, den Vertrag in erträgliche Formen zu bringen, dann entwickelt sich aus ihm folgerichtig der Zwang zum Sozialismus in Deutschland, also zum völligen Neuaufbau deutscher Wirtschaft. Und damit ist der Weg zur sozialen Umgestaltung von ganz Europa angebahnt. Gerade die nüchterne wirtschaftliche Betrachtung des Entwurfes und der aus ihm sich ergebenden Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet mithin Perspektiven von farbenfroher Phantastik und den Durchblick auf einen Horizont voll junger Morgenröte.

Der Frankfurter Frieden.

Eine Parallele.

Von Fritz Zutrauen = Zürich.

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Augen der Welt auf Versailles und die dortigen Verhandlungen gerichtet sind, ist es vielleicht nicht ohne Interesse, auf die Verhandlungen zurückzukommen, die zur Unterzeichnung des Frankfurter Friedens von 1871 geführt haben, und zu untersuchen, wie die Bestimmungen jenes Vertrages erfüllt worden sind.

Am 25. Januar 1871 beschließt die französische Regierung, nachdem sie am Tage zuvor die Bürgermeister der Stadt Paris zusammenberufen und ihnen die Lage auseinandergesetzt hatte, mit den Deutschen zu verhandeln. Am 26. Januar reist Jules Favre nach Versailles, um dort den Grafen Bismarck aufzusuchen. Nach Verhandlungen, die knapp zwei Tage dauerten, wird am 28. Januar für eine Dauer von 21 Tagen, d. h. bis zum 19. Februar, mittags 12 Uhr, von den beiden Bevollmächtigten in Versailles der Waffenstillstandsvertrag unterschrieben. Seine hauptsächlichsten Bestimmungen waren: 1. die kriegsführenden Heere bleiben in ihren Stellungen; 2. nach Bordeaux wird eine Nationalversammlung einberufen, um den Vertrag zu ratifizieren oder abzulehnen; 3. die Forts von Paris sind den Deutschen zu übergeben; 4. den Deutschen ist der Eintritt nach Paris während der Dauer des Waffenstillstands untersagt; 5. die Umwallung der Hauptstadt ist zu entwaffnen; 6. mit Ausnahme von 12 000 Mann ist das Pariser Heer kriegsgefangen; 7. Zahlung einer städtischen Kriegskontribution von 200 Millionen; 8. Austausch der Gefangenen.

Am 13. Februar findet in Bordeaux die Eröffnung der Nationalversammlung statt. Sie ernannt zu Friedensunterhändlern: Thiers, Chef der Exekutive; Jules Favre, Minister des Auswärtigen, sowie Picard, Minister des Innern. Vier Tage später verliest Herr Keller auf der Tribüne der Versammlung von Bordeaux den Protest der Abgeordneten Elsaß-Lothringens gegen jeden Annertionsversuch ihres Landes.

Nach zwei am 21. und 24. Februar bewilligten Verlängerungen des Waffenstillstands werden die Friedenspräliminarien von Thiers und Favre einerseits, Bismarck andererseits unterzeichnet. Das Dokument trägt ferner die Unterschriften der Vertreter der Könige von Bayern und Württemberg. Die Bestimmungen des Präliminarfriedens sind im wesentlichen folgende: 1. Abtretung von Elsaß-Lothringen; 2. Frankreich zahlt, innerhalb von drei Jahren, vom Tage der Ratifikation des Vertrages an gerechnet, eine Kriegsschädigung von 5 Milliarden; 3. die von den Deutschen besetzten Gebiete werden graduell evakuiert; 4. Wiedergabe der Kriegsgefangenen. Der Text der Präliminarien wird am 1. März 1871 seitens der Nationalversammlung mit 546 Stimmen gegen 107 ratifiziert. — Paris wird besetzt,

Die Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrags erfolgte am 10. Mai um 2 Uhr nachmittags in Frankfurt a. M. Namen der Unterzeichnenden: Fürst von Bismarck und Herr von Arnim im Namen des Deutschen Kaisers; Jules Favre, de Poulard und Pouher-Quertier namens der Nationalversammlung und des Chefs der Exekutive der Französischen Republik. In bezug auf die Zahlung der 5 Milliarden enthält der Vertrag folgende Bestimmungen: $\frac{1}{2}$ Milliarde innerhalb von 30 Tagen nach Aufrichtung der Autorität der französischen Regierung in der Stadt Paris (das damals unter der Herrschaft der Kommune lebte); 1 Milliarde im Laufe des Jahres 1871; $\frac{1}{2}$ Milliarde am 1. Mai 1872; die restlichen 3 Milliarden am 2. März 1874. Die Zahlungen waren zu leisten in Gold, Silber, englischen, preussischen, holländischen oder belgischen Banknoten, an Ordre gestellte Anweisungen oder Wechsel. Für die Evakuierung des Territoriums durch die deutschen Truppen waren folgende Bestimmungen vorgesehen: nach Zahlung der ersten halben Milliarde Räumung der Somme, der Seine-Inferieure und der Eure. Die übrigen Truppen sollten erst nach Wiederherstellung der Ordnung in Paris zurückgezogen werden. Mit 440 gegen 98 Stimmen wird der endgültige Friedensvertrag von der in Versailles tagenden Nationalversammlung ratifiziert.

Nach viertägiger Verhandlung unterzeichnete der französische Finanzminister Pouher-Quertier in Berlin am 12. Oktober 1871 einen Vertrag, durch welchen gewisse finanzielle Schwierigkeiten beseitigt werden. Ein neues, die Zahlung der restlichen 3 Milliarden betreffenden Abkommen wird am 29. Juni 1872 von de Reusat als Vertreter Frankreichs und seitens von Arnim als Vertreter Deutschlands unterzeichnet. Danach erfolgt die Räumung der Marne und der Haute-Marne nach Zahlung der dritten Milliarde vor dem 1. Februar 1873, die Evakuierung der Vogesen und Ardennen nach Zahlung der vierten Milliarde vor dem 1. März 1871, während die Zahlung der fünften Milliarde vor dem 1. März 1875 die Räumung der Meurthe-et-Moselle, der Maas und des Territoriums von Belfort zur Folge haben soll.

Wie und innerhalb welcher Zeit hat nun Frankreich die 5 Milliarden gezahlt? Das ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

1871: 1. Juni 40 Millionen, 8. Juni 40 Millionen, 15. Juni 45 Millionen, 1. Juli 100 461 504,85, 10.—31. Juli 274 870 433,89, 1.—31. August 175 059 770, 1. September bis 2. Oktober 510 006 836,36.
1872: 13. Januar 84 712 629,16, 30. Januar 76 410 890,42, 1. Februar 7 500 000, 13. Februar 80 852 182,06, 28. Februar 69 560 521,43, 6. März 149 815 042,51, sowie 150 058 171,26 (diese letztere Zahlung stellt den Wert der

Zinsen dar), 8. März 29 552 396,38, 12. März 3 000 005, 29. August bis 5. September 250 831 964,91, 6.—7. September 255 922 497,71, 2.—4. Oktober 100 214 635,71, 23.—24. Oktober 100 174 785,65, 6.—10. November 100 010 214,82, 6.—10. Dezember 200 542 541,44.

1873: 11.—17. Januar 150 058 320,18, 6.—18. Februar 128 164 053,25, 6.—10. März 250 118 002,38, 1.—3. März (Zinsen) 250 604 015,40, 1. bis 10. April 250 410 715,54, 5. bis 10. Mai 252 197 427,68, 29. Mai bis 5. Juni 250 223 129,93, 24. Juni bis 5. Juli 252 197 427,68, 5. August 250 223 129,93, 3. bis 5. September 240 264 912,08, 5. September (Zinsen) 23 201 255.

Das macht insgesamt 4 990 668 453,29. Dieser Betrag erhöht sich noch um 325 Millionen auf 5 315 668 453,29 Fr. infolge des Rückkaufs der elsässisch=lothringischen Eisenbahnen durch Deutschland.

Von besonderem Interesse ist die Form der Entschädigungszahlungen. Wie oben er-

wähnt, wurden 325 Millionen für die Eisenbahnen Elsaß=Lothringens im Kompensationswege verrechnet. Dagegen wurden 742 Millionen in Banknoten sowie in Gold- und Silbermünzen gezahlt, während der Rest in Form von Wechseln, die Frankreich in Brüssel, Amsterdam und namentlich in London aufkaufte, beglichen wurde.

Daß Frankreich die Gesamtzahlungen, statt bis zu dem vertraglich festgesetzten Datum des 1. März 1875, bereits am 3. September 1873, also fast 18 Monate früher, bewirken konnte, war zu damaliger Zeit eine Leistung, deren Wert nicht geschmälert werden soll. Ermöglicht aber wurde diese Leistung erst durch die deutschen Friedensbedingungen, die maßvoll waren und eine rasche Abtragung der Schuld sowie ein schnelles Wiederaufblühen des Landes erleichterten. Gerade im jetzigen Augenblick drängen sich demgegenüber Vergleiche auf, die doch zu denken geben. Nie hat das Wort „vae victis!“ einen milderer Klang gehabt als 1871, nie einen härteren als 1919!

Revue der Presse.

Seit der Veröffentlichung der deutschen Delegation in Versailles steht die gesamte deutsche Presse unter dem Eindruck der niederschmetternden Bedingungen der Entente, die eine

Knechtschaft und Versklavung

des deutschen Wirtschaftslebens herbeiführen sollen, welche Ahnsgleichen in der Geschichte aller Zeiten sucht. Die öffentliche Meinung bringt gar nicht erst den Entwurf mit den vierzehn Leitsätzen Wilsons in Vergleich, denn es wäre Ironie. Ohne Unterschied der Parteirichtung und des wirtschaftspolitischen Programms tönt durch alle deutschen Zeitungen ein einziger Ruf des Protestes. Ohne Anspruch auf irgendwelche Vollständigkeit seien im folgenden Proben aus der Flut der den Standpunkt des gesamten deutschen Wirtschaftslebens kennzeichnenden Artikel gegeben. Die „Deutsche Tageszeitung“ (10. Mai) schreibt: „Ist die von der Entente geforderte finanzielle Last überhaupt aufzubringen? Deutschland hat es vor dem Kriege zu einer Ausfuhr von über 10 Milliarden gebracht. Dagegen war hierzu die Einfuhr von zahlreichen Rohstoffen nötig, außerdem mußten für die Bevölkerung erhebliche Mengen an Nahrungsmitteln und an Futtermitteln für die Viehhaltung eingeführt werden. Diese Riesensummen ließen sich nur durch Warenlieferungen ausgleichen. Diesen Bedarf haben wir jetzt auch, er muß aber beglichen werden. Womit sollen aber die von der Entente geforderten 20 Milliarden in Gold bis zum 1. Mai 1921, sodann die 40 Milliarden Gold in Obligationen mit Verzinsung von 2½% zwischen 1921 und 1926, und von da ab mit Verzinsung von 5% und jährlicher Tilgung von 1% beglichen werden. Ganz abgesehen

von weiteren 40 Milliarden \mathcal{M} mit 5%iger Verzinsung bei sich erweisender Zahlungsfähigkeit. Bei diesen Forderungen müßten außer den sofortigen 20 Milliarden von 1926 ab 2,4 Milliarden \mathcal{M} jährlich an Gold exportiert werden. Danach hätte man mit der Tatsache zu rechnen, daß der Besitz des Reiches und der Bundesstaaten an Domänen, Forsten, Eisenbahnen, ferner die gesamten Zolleinnahmen von zwei Jahren von den Feinden zu Eigentum gefordert werden. Hinzukommen noch bei einer Vermögensabgabe Aktien und Obligationen deutscher Unternehmungen, was die deutschen Arbeiter zu Lohnsklaven der Entente degradieren würde.“ Die „Magdeburgische Zeitung“ (14. Mai): „Englands Ziel, uns als seinen Konkurrenten aus der Welt zu schaffen, ist erreicht, wenn der Vertrag unterschrieben wird. Die Handelsflotte soll uns genommen, die Kabel geraubt werden, die Funkstationen dürfen wir nicht benutzen usw., so daß es unmöglich sein wird, überseeischen Handel zu treiben. Die Wegnahme der Kolonien und Konzeptionen, die Zusammenpressung seiner Grenzen würden Deutschland auf den Stand zurückdrücken, den es vor mehr als 50 Jahren einnahm, als es noch 20 Millionen Menschen weniger hatte als heute. Außerdem sollen alle Rechte und Verträge, die Deutschlands Interessen in Uebersee sicherten, ungültig werden, so die Verträge mit Frankreich über Marokko, die Algecirassakte, der Vögelvertrag, die Verträge mit Liberia und Sam. Ferner die allein in den afrikanischen Kolonien gebauten 5313 km Eisenbahnen im Werte von 432 Mill. \mathcal{M} den Gegnern als Beute in den Schoß fallen. Der Vertragsentwurf will im ganzen die 4½jährige Blockade verewigen.“ In der „Wossischen Zei-

tung“ sagt Georg Münch (11. Mai): „Durch die Preisgabe Elßaß-Lothringens, des Saargebiets und des oberschlesischen Industrierevierts sollen wir nicht nur unentbehrlicher Kohlen- und Eisenläger, sondern auch unserer besten Stahlwerke verlustig gehen. Unsere einst so blühende Brennstoffausfuhr wäre zerstört, unsere Entwicklung in Fesseln gelegt. Trotzdem sollen wir gezwungen werden, Frankreich, Belgien und Italien jährlich rund 40 Mill. t Kohlen zu Preisen zu liefern, die uns die Entente diktiert. Täuschen wir uns nicht, der Vernichtungswille unserer Feinde tritt in den Klauseln so kraß hervor, daß an seinem unabänderlichen Bestehen nicht gezweifelt werden kann.“ Im selben Blatte schreibt Fritz Naphthali (8. Mai): „Die Wegnahme der Handelsflotte bedeutet eine Kontrolle der überseeischen Verbindungen Deutschlands. Durch das einzuräumende Recht der Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit werden praktisch Verhandlungen über Handelsverträge in Zukunft unmöglich. Der einzige Lichtblick wäre der Ausgleich der Vorkriegsschulden durch Kompensation, wenn nicht auch hier einseitig zu Deutschlands Nachteil verfahren würde.“ Dr. Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ (10. Mai): „Es wird uns ein sicheres Minimum an Entschädigung aufgelegt, das nach dem Ermessen unserer Gegner, ohne daß wir dabei irgendwie mitzusprechen haben, bis zu einem praktisch nahezu unbegrenzten Maximum gesteigert werden kann. Würde ein Vertrag wie der vorliegende zwischen Privatpersonen abgeschlossen werden, so würde es vielleicht in der ganzen Welt, sicherlich aber in Deutschland kein ordentliches Gericht geben, das ihn nicht für ungültig erklären würde, mit der Begründung: „wider die guten Sitten“. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt Hans Goslar (8. Mai): „Das Bild, das der Entente vorschwebt, ist das eines in seinen Grenzen stark zugestutzten Landes, dessen industrielle und landwirtschaftliche Basis nicht mehr imstande ist, die Bevölkerung zu ernähren, ein völlig verarmtes, auf Generationen seiner Aufstiegsmöglichkeit beraubtes, auf dem Weltmarkt als Mitbewerber vollständig ausgeschaltetes Staatswesen, das große Massen von Landeskindern übers Meer schicken muß, will es nicht im Strudel von Hungerrevolten untergehen. Es muß festgestellt werden, daß hier etwas von uns verlangt wird, was auch die genialste Staatsleitung mit einem gesunden und zu gewaltigen Arbeitsleistungen befähigten Volke auch in Generationen nicht würde schaffen können. Der Vertrag wäre der wirtschaftliche Tod Deutschlands.“ Geheimrat Arthur Norden in demselben Blatte (14. Mai): „Noch schlimmer als die im Vertrage zahlenmäßig aufgeführten ungeheuerlichen Forderungen, ist, daß Deutschland eine Blankohypothek ausstellen muß, die als erste Last auf alle Vermögenswerte und alle Einnahmequellen des Reiches und der Gliedstaaten gelegt werden soll, deren Gesamtbetrag am 1. Mai 1921 bestimmt werden soll. Die geforderte Zwangsauslieferung von Schiffen, Rohlen, Farbstoffen usw. zu festgesetzten Preisen, auf der

anderen Seite die Bestimmungen über Zölle, zeigen, daß alle Möglichkeiten, sich für die Mehrausgaben und für den Fortfall von Einnahmen einen auch nur kleinen Ausgleich zu schaffen, Deutschland systematisch entzogen werden.“ „Frankfurter Zeitung“ (9. und 12. Mai): „Für alle Lasten, die sich aus dem Vertrage und anderen Abreden seit Waffenstillstandsbeginn mit den Entente-Staaten ergeben, wird volle Priorität, Haftung an erster Stelle auf allen Besitz, alle Reineinnahmen Deutschlands und aller deutschen Gliedstaaten verlangt. Wir sollen uns belasten, wie es leichtsinnige Bankerrotteure tun mögen, die mit geschlossenen Augen ihre Unterschrift unter einen Schuldbrief setzen. Die Kopfquote der deutschen Bevölkerung — und damit deren Steuerlast — an der alten Schuld und an der Kriegsschuld stände im Augenblick schwerster Neubelastung vor einer neuen Steigerung und wird gleichzeitig eines Teiles ihrer Basis beraubt.“ Im „Vorwärts“ (12. Mai): heißt es: „Es blieben uns von den 100 Millionen t Kohlen, die wir vor dem Kriege hatten, nur etwas weniger als 19 Millionen. Deutschland könnte damit bestenfalls den fünften Teil seiner Industrie und damit seiner Industriebevölkerung sich erhalten. Aus diesem Finstern soll dann die ganze Arbeiterbevölkerung ernährt werden, nachdem alle uferlosen Entschädigungsansprüche der Gegner vorweg befriedigt worden sind. Man schneidet uns die Beine ab und schickt uns nachher auf das Seil, um darauf zu tanzen.“ — Die für die Vereinheitlichung des gesamten deutschen Verkehrs wesens bedeutsame Ueberführung der einzelstaatlichen Eisenbahnen in den Besitz und die Verwaltung des Reiches behandelt Reinhold Melchior in der „Frankfurter Zeitung“ (8. Mai) in einem interessanten Artikel, der

die finanzielle Seite der Reichsbahnfrage

an Hand der Angaben des Preussisch-hessischen Eisenbahn-Stats beleuchtet. Eine Uebersicht I, die die Entwicklung der preussischen Eisenbahnfinanzen seit 1913 zeigt, läßt ihren Zusammenbruch erkennen. Hierzu wird bemerkt: die geradezu glänzende Fundierung, die das Jahr 1913 aufwies, sei durch die ungeheuere Erhöhung der Anschaffungs- und Reparaturkosten, welche auch durch die Verdoppelung der Tarife nicht wettgemacht würde, vollkommen verschwunden. Der Ausgleichsfonds, der 1914 noch 393 Mill. ^ℳ aufwies, sei zur Tilgung der Eisenbahnschuld und für Extraordinaria vollkommen aufgebraucht, so daß bei gleichbleibender Belastung der Voranschlag für 1919 ein buchnmäßiges Defizit von 786 Mill. ^ℳ aufweist, von welchem noch 222 Mill. ^ℳ darin enthaltener Reserven zu kürzen wären. Die Finanzlage für 1917 ff. sei aber noch weit trüber, als die Uebersicht I erkennen läßt, da die hier in Anschlag gebrachten Zahlen zwar durch die Wirklichkeit auf der Einnahmeseite weit übertroffen worden sind, aber auch die Ausgaben unverhältnismäßig höher waren, so daß der Betriebsüberschuß hinter den Vorjahren noch stark zurückbleiben dürfte. Hierzu kommt, daß die Eisenbahnverwaltung nicht nach kaufmännischer Methode bilanziert und daß man daher nicht mit Sicherheit sagen

Uebersicht I.

Preussische Staatseisenbahn		Etatjahr, beginnend am 1. April						
		1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
		Wirklichkeit				Voranschlag		
		Beträge in Millionen Mark						
1. Durchschnittl. Anlagekapital (Buchwert des Bahneigentums)		12 315	12 866	13 303	13 712	ca. 14 100	ca. 14 600	ca. 15 500
2. Bruttoeinnahmen	Preussisch-	2 557	2 275	2 568	3 019	2 893	3 728	4 815
3. Betriebsausgaben	Bessische	1 770	1 814	1 827	2 164	2 015	2 997	4 864
4. dgl. in % d. Betriebseinnahmen (Betriebszahl)	Eisenbahn-	69.2%	79.7%	71.1%	71.7%	69.7%	80.4%	101%
5. Betriebsgewinn (2—3)	Gemeinschaft	787	461	741	855	878	731	/. 49
6. desgl. in % des durchschnittl. Anlagekapitals		6.39%	3.59%	5.57%	6.24%	ca. 6.2%	ca. 5.0%	/. ca. 0.3%
7. Preussischer Gewinn		772	449	690	822	858	715	/. 48
hiervon zu Rückstellungen verwandt:								
8. Rechnungsmäßige Tilgung der Eisenbahnschuld (0.60%)		48	50	52	52	52	58	65
9. Ergänzungen, Erweiterungen zc. bis zu 1.15 % des Anlagekapitals (Extraordinarium)		122	128	139	144	149	152	157
10. Weitere Ergänzungen, Erweiterungen zc. (Entnahme aus dem Ausgleichsfonds)		15	60	45	—	—	—	—
11. Dotierung des Ausgleichsfonds, abzüglich Entnahme (vgl. unter 10.)		76	/. 342	/. 51	1	1	—	—
12. Rückstellungen insgesamt (8+9+10+11)		261	/. 104	185	197	202	210	222
13. Verbleibender Gewinn für die Staatskasse (7—12)		511	553	505	625	656	505	/. 270
14. Verzinsung der preussischen Eisenbahnschuld		277	309	338	358	381	381	516*)
15. Zuschuß zur Deckung des allgemeinen Staatsbedarfs		234	244	167	267	275	124	—

*) einschl. dieses Betrages ergibt sich ein Gesamtdefizit von 786 Millionen Mark.

könne, ob die vorgenommenen Abschreibungen den nach kaufmännischen Grundsätzen erforderlichen Ersatz für die Abnutzung der Anlagen bieten. Für das rollende Material dürfte als feststehend angesehen werden, daß es nicht der Fall ist, wenigstens ließen die Kriegsetats an keiner Stelle erkennen, daß die starke Inanspruchnahme durch die kriegsräthlichen Maßnahmen und die Kriegswirtschaft eine angemessene Berücksichtigung gefunden hätten. Dieser Minderwert und die Verringerung der Einnahmen sei aber für die Uebernahme der Staatseisenbahnen durch das Reich von großer Bedeutung und müsse gebührend dabei berücksichtigt werden; denn wenn auch die anderen größeren deutschen Staatsbahnsysteme, wie die Uebersicht II zeigt, auch nicht an die Bedeutung des preussisch-hessischen heranreicht, so seien dort die Verhältnisse dieselben. Der Vergleich ergebe jedenfalls, daß die preussisch-hessischen Staatsbahnen nach dem Stand von 1913 in der Lage gewesen seien, ihr Anlagekapital in 4,9 Jahren einmal umzuschlagen, während Sachsen hierzu 5,6 Jahre, Bayern 6,8, Baden 7,5 und Württemberg 8,7 Jahre gebraucht hätte. Dies ergibt aber eine relativ höhere Rentabilität zugunsten Preußens, trotzdem hier die Betriebsausgaben höher zu Buche ständen, als bei den anderen, weil die preussische Eisenbahnverwaltung viele Neuanschaffungen auf Betriebsrechnung setzte und aus den laufenden Einnahmen bestritt. Da aber in Preußen in dieser Hinsicht nicht genug geschehen sei, so sei damit dies erst recht für die anderen Verwaltungen der Fall. Ohne Berücksichtigung der Unterschiede,

Uebersicht II.

Rechnungsjahr 1913		Preuss.- Hessische	Bayern.	Sächsisch	Württem- bergische	Badische
Staatseisenbahnen						
Buchwert des Bahneigentums (Anlagekapital) . . .	Mill. M.	12592	2162	1151	821	921
desgl. auf 1 km Eigentumslänge .	1000 M.	322	263	406	411	511
Betriebseinnahmen.	Mill. M.	2557	319	207	94	123
desgl. auf 1 km Betriebslänge . . .	1000 M.	65.5	39.8	71.0	46.9	68.3
Zahl der Jahre, in denen das Anlagekapital einmal umgelegt wird . . .		4.9	6.8	5.6	8.7	7.5
Betriebsausgab. auf 1 km Betriebslänge	1000 M.	45.3	28.5	52.6	34.5	47.8
desgl. in % der Betriebseinnahmen . . .	%	69.2	71.6	74.1	73.6	70.0
Von den Betriebsausgaben entf. auf Unterhaltungskost.	%	33.2	27.9	28.2	30.6	27.0
Vom Anschaffungswert der Fahrzeuge sind zu Lasten der Betriebsrechnung abgeschrieben . .	%	19	17	15	0.2	3
Durchschnittsalter d. Lokomotiven . . .	Jahre	10	20	20	16	0.18
Betriebsüberschuß .	Mill. M.	787	90	52	25	57.0
desgl. auf 1 km Betriebslänge . . .	1000 M.	20.2	11.3	18.4	12.3	40.34
desgl. auf das Anlagekapital (Rente)	%	6.41	4.22	4.60	92.3	

die sich aus der Verschiedenheit der Bilanzierungsweise ergeben, hätte für 1913 der ausgewiesene Reingewinn in Preußen 6,4%, in Bayern 4,2%, in Sachsen 4,6%, in Württemberg 3%, in Baden 4,1% betragen. Für die Zeit nach 1913 sei die Entwicklung überall dieselbe wie in Preußen gewesen, und von der Erzielung von Ueberschüssen könne nirgendwo die Rede sein. — Einen beachtenswerten Standpunkt nimmt Christian Fülles-Röln in der „Rölnischen Volkszeitung“ (4. Mai) zur Frage

Sozialisierung und Räteystem

ein. Von der Erwägung ausgehend, daß es den Vorkämpfern der Sozialisierung nicht nur darauf ankäme, der Arbeiterschaft einen größeren Anteil an dem Ertrag nationaler Arbeit zu gewähren, sondern vor allen Dingen den Arbeiter mit seiner Arbeit und dem Werk in einen inneren, seelischen Konnex zu bringen, fragt sich der Verfasser, ob die bisher getroffenen Maßnahmen zur Durchführung dieses Gedankens geeignet seien, uns dem Ziele tatsächlich näher zu bringen. In zwei der wichtigsten heimischen Industrien, dem Kali- und Kohlenbergbau, sei die Sozialisierung in der Form eingeleitet worden, daß die bereits bestehenden Syndikate dieser Zweige bei ihren Beratungen und Maßnahmen Vertreter der Arbeitnehmer herangezogen hätten. Die Schöpfer dieser Sozialisierungsform seien geneigt, sie, wenn nicht auf alle, so doch auf eine beträchtliche Anzahl anderer Produktionszweige auszudehnen, so auf das Versicherungsgewerbe, mit dem Hinweis auf den jetzt schon bestehenden Versicherungszwang gegen Brandschäden in Bayern, und der Angestelltenversicherung im ganzen Reich. Ohne zu diesem Problem im einzelnen Stellung nehmen zu wollen, sei zu bedenken, ob es nicht bei allen Maßnahmen zur Vergesellschaftung doch angebracht wäre, abzuwarten, welche Resultate sie in den schon sozialisierten Gewerbebezügen des Bergbaues zeitigen würde, zumal gerade Kali und Kohle zwei wichtige Ausfuhrartikel seien, bei denen es sich erst erweisen müsse, ob die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland trotz der neuen Wirtschaftsform aufrechterhalten bleibe. Dies um so eher, als man sich stets gegenwärtig halten müsse, daß das Ausland nicht in demselben Maße sozialisiere wie Deutschland. Sodann müsse bei der nunmehr auch verfassungsmäßigen Einführung der Betriebsräte eine Sicherung der Unternehmung gegenüber deren stellenweise übermäßigen Ansprüchen stattfinden. Es seien ja Schutzvorkehrungen in diesem Sinne geplant, nämlich Schiedsgerichte für Streitigkeiten, Verbot des Streiks bei sozialisierten Unternehmungen und die Möglichkeit der Verweigerung einer Auskunft über Betriebsgeheimnisse an die Betriebsräte. Solange die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften fest organisiert war, hatte sie an ihren Führern und in der Gesellschaftspresse Möglichkeit und Gelegenheit zur Aufklärung über wirtschaftliche Zusammenhänge.

Dies sei bei dem neuen System gar nicht oder nur bedingt der Fall. Die gewählten Räte würden in der Betriebsversammlung die sozialen und materiellen Forderungen ihrer Wähler zum Ausdruck bringen, die Bezirksräte mitwählen und gewisse Beziehungen zum Reichsrat unterhalten. Damit würde die Frage aufgeworfen, ob denn dieser Weg geeignet sei, „die Arbeiter der Gütererzeugung seelisch näherzubringen, sie die Betriebe als gewissermaßen „ihre“ Betriebe empfinden zu lassen“. Verfasser verneint das und weist darauf hin, daß bisher nur das Bestreben auf „Teilung“ des Besitzes zutage trat, selbst wenn dabei die Grundlagen dieses Besitzes in Trümmern gingen. Vielmehr müsse erwogen werden, ob nicht das Gefühl der Gemeinsamkeit der Interessen von Unternehmung und darin tätiger Arbeiterschaft durch eine geeignete Form der Gewinnbeteiligung der Arbeiter (Teilung nicht des Besitzes, sondern des Ertrages) herbeigeführt werden könnte. In diesem Zusammenhang wird auf ähnliche Maßnahmen in Frankreich (s. unten) hingewiesen, ferner auf die an dieser Stelle ausführlich wiedergegebenen Vorschläge Dr. Felix Pinner's im Berliner Tageblatt (s. Mutus Nr. 19/20). Dann werden als Beispiele angeführt die Carl Zeiss-Stiftung in Jena und die Max Rösler Steingutfabrik-A.-G. in Rodach (Rohurg). Bei einer Verallgemeinerung über ganz Deutschland dürften sich in der gewünschten Richtung eher Resultate erzielen lassen, als beim geplanten System, denn wenn Schiedsgerichte über Streitigkeiten entscheiden sollen, müssen sich die Parteien auch ihren Entscheidungen unterwerfen wollen, und ein Streikverbot würde gar nichts nützen bei Streitigkeiten zwischen Grubenvorstand und Betriebsrat. Beiden Seiten wäre möglichst durch Verhütung des Streiks mehr gedient. Auf jeden Fall müsse bei dem ungemein schwierigen Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor jeder Uebereilung und Hast gewarnt werden, und es könne der Nationalversammlung und ihren Ratgebern eine sorgsame Prüfung neuer Vorschläge nicht erspart bleiben. — Wie oben angeführt, ging in letzter Zeit die Nachricht durch die Presse, daß mit der praktischen Anwendung einer durch ein Gesetz vom 26. April 1917 geregelten

Gewinnbeteiligung der Arbeiter bei französischen Bergwerksgesellschaften

bereits begonnen wurde. Wir entnehmen der „Reinisch-Heistfälischen Zeitung“ (30. April) folgende Darstellung des Sachverhaltes. Das am 26. April 1917 promulgierte Rahmengesetz gilt uns als Grundlage für eine etwaige Beteiligung der Arbeiter an Betriebsüberschuß bei Aktiengesellschaften, für welche bis dahin im französischen Aktienrechte Hindernisse bestanden. Vor kurzem hat sich der mit der Prüfung des Minengesetzes betraute Senatsausschuß unter dem Vorsitz Ribots für seine Anwendung im französischen Bergbau ausgesprochen. Die Arbeiter, die dieses Recht genießen sollen, müssen seit mindestens einem Jahre im Betriebe tätig sein

und das 21. Lebensjahr erreicht haben. Sie bilden eine Gewinnbeteiligungs-Genossenschaft. Die Aktien sind in zwei Kategorien, in Kapitals- und Arbeitsaktien, geteilt, und letztere gehören den Arbeitern zur gesamten Hand. Sie besitzen keinen Nennwert im eigentlichen Sinne, sind daher unveräußerlich und dienen nur als Grundlage für die Gewinnverteilung. Die Arbeiter verlieren ein Anrecht auf einen Anteil, sobald sie den Betrieb verlassen. Sie werden in der Generalversammlung durch von den Aktionären aus der Arbeiterschaft gewählte Vertrauensleute vertreten. (Nach einer anderen Version sollen die Arbeiter diese selber wählen, und außerdem durch Vertreter, die von der Aktionärversammlung bestimmt werden, im Verwaltungsrat vertreten sein. D. Red.) Nach der „Usine“ vom 27. März 1919 soll hiernach die „Société des mines de Montceau-les-mines (Saône et Loire)“ ihren Arbeitern für das Jahr 1918 300 000 Fr. ausbezahlt haben. — Auf eine wirtschaftlich und politisch interessante bankgeschäftliche Entwicklung im deutschen Osten weist Hans Goslar in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (5. Mai) hin. Das schon bisher stärkste und zielbewußteste Unternehmen des an sich industri- und auch relativ kapitalarmen Ostens, der jetzt vom jungen Polenstaat angestrebt wird, die Bank Zwiasku Spolek Zarobkowich in Posen macht Anstalten, sich zum führenden Bankinstitut und zu einer

neuen polnischen Großbank

auszuwachsen. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung vom 6. Mai steht ein Antrag auf Erhöhung des schon jetzt 24 Mill. M . betragenden Grundkapitals auf mindestens 36 Mill. M . Der jetzt erschienene Geschäftsbericht zeigt, daß das Institut im Jahre 1918 gut gearbeitet hat, aber seine vorsichtige und stabile Dividendenpolitik bei einer Ausschüttung von 6 % trotzdem fortsetzt. Auch im übrigen kann über die Fundierung recht gut geurteilt werden. Eigenartig berührt es nur, daß die Bank sich durch Nichteinholung der Genehmigung für die Kapitalserhöhung über die reichsgesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt, was auf Erwartungen bezüglich der Angliederung der Ostmark an den Polenstaat schließen läßt. Die Bilanz zeigt einen außerordentlich hohen Kassenbestand von 131 Mill. M . (i. V. 1,7 Mill. M), der auf einen Mangel an lohnender Anlagemöglichkeiten hinweist. Die Debitoren betragen 41,18 Mill. Mark und figurieren mit 30,1 Mill. M als conto loro, was von den jedenfalls beträchtlichen Guthaben der Banken in Kongreß-Polen herrühren mag. In den sonstigen Debitoren in laufender Rechnung, die 148½ Mill. M . (gegen 30 Millionen im Vorjahr) betragen, stecken nach Angaben der Verwaltung erhebliche Kredite an Gemeinde- und Staatsverbände. Da es sich wahrscheinlich um Vorstüsse an die polnische Regierung handeln dürfte, läßt dies auf die Ambitionen des Instituts, eine Art Staatsbank im neuen Polen zu werden, manchen Schluß zu. Auch die übrigen Posten der Bilanz weisen eine zunehmende Liquidierung der Position dieser Bank

gegenüber dem Deutschen Reich. Der Umstand, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats, S. Cegielski, päpstlicher Kammerherr ist, im Aufsichtsrat ferner ein Dekan, ein Prälat und ein Probst sitzen, daß ferner als Bankkurator der Prälat St. Adamski, der Genossenschaftsanwalt der polnischen Genossenschaften, genannt wird, zeigt, daß die Bank es verstanden hat, sich den Zufluß von Geldern aus kirchlichen Stiftungen zu verschaffen, und auch besonders die flüssigen Mittel der zumeist von Geistlichen geleiteten polnischen Genossenschaften (genossenschaftliche Einlagen 1918 162 Mill. M . gegen 112,7 Mill. M . im Vorjahre) ihren geschäftlichen Zwecken dienstbar zu machen. Auf diese Doppelstellung, als Verwalterin kirchlicher Gelder und als bevorzugtes Finanzinstitut der neuen polnischen Regierung, wagt die Bank den Aufstieg zur Großbank. —

Umschan.

fn. Bankbilanzen. Die Mehrzahl der Berliner Grossbanken hat in diesem Jahre ihre Abschlüsse und Bilanzen für das Jahr 1918 in einem Augenblick veröffentlicht, in dem die deutsche Öffentlichkeit mit der Erörterung der Friedensbedingungen beschäftigt ist. Was uns aus Versailles gemeldet wurde, hüllt die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, auch wenn man optimistisch genug ist, um an die Abschleifung der härtesten Unmöglichkeiten auf dem Verhandlungswege zu glauben, in eine so dichte schwarze Wolke, dass das Interesse an einer Abwärtsbewegung der Grossbankdividenden, an den Sorgen der Bankdirektoren über das unmässige Anschwellen der Unkosten und an anderen Bankspezialitäten verblassen musste. Von der Ueberzeugung ausgehend, dass Erkenntnis und Aussprechen dessen, was ist, die Voraussetzung für jede Ueberwindung oder Milderung einer Krise ist, verlohnt es sich aber die Grossbankbilanzen in erster Linie einmal unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, was eigentlich aus diesen Zentralen unserer Wirtschaft, aus diesen Hauptverwaltungen des deutschen Nationalvermögens werden würde, wenn die Friedensbedingungen unserer Feinde im wesentlichen für die Gestaltung unserer Zukunft entscheidend würden. Primär würde der grösste Teil der finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen den Haushalt des Reiches untergraben. Es sei nur daran erinnert, dass das Deutsche Reich die Eigentümer alles zu liquidierenden Auslandsvermögens zu entschädigen hätte, dass alle Einkünfte des Reichs unter Kontrolle der absolut herrschenden „Kommission für Wiedergutmachung“ in erster Linie zur Verzinsung und Tilgung der unbegrenzten, aber schon „vorläufig“ auf rund 100 Milliarden Mark Goldwert veranschlagten Schulden an das Ausland zu verwenden sind. Man gebe sich keiner Täuschung hin: die zwangsweise Zurücksetzung der Erfüllung aller inneren Schuldverpflichtungen wäre der Zwang zum Staatsbankrott. Um nun zu ermesen, wie allein die Katastrophe von dieser einen Richtung — die Abgrabung der Produktions- und Aussenhandelsmöglichkeiten kommt hinzu — sekundär auf die Banken und über diese weiter auf

alle mit ihnen verbundenen Privatwirtschaften wirken müsste, verlohnt es sich an Hand der Bankbilanzen einmal zu betrachten, in welchem Masse die Grossbanken durch den Krieg Geldgeber des Reiches geworden sind. Am augenfälligsten für diese Verbindung ist das Konto des Bestandes an Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten, dessen Entwicklung bei den 8 Berliner Grossbanken die folgende Aufstellung zeigt:

Anleihen des Reichs usw.		1918	1917
		in Millionen Mark	
Deutsche Bank		215,6	239,7
Disconto-Gesellschaft		83,8	64,2
Dresdner Bank		112,0	47,4
Darmstädter Bank		57,4	28,5
Berliner Handelsgesellschaft		80,8	33,8
Commerz- und Disconto-Bank		48,5	6,8
Mitteldeutsche Credit-Bank		14,9	4,8
Nationalbank für Deutschland		9,6	2,6
Summa:		622,6	427,8

Es spielt praktisch kaum eine wesentliche Rolle, dass der grössere Teil dieser Effekten aus verzinslichen Schatzanweisungen besteht. Bei der Deutschen Bank werden die verzinslichen Schatzanweisungen getrennt aufgeführt und es sei erwähnt, dass sie 196,8 Millionen M. ausmachen, gegenüber nur 18,8 Millionen M. anderen Reichs- und Staatsanleihen. Weit belangreicher als dieses immerhin in Jahresfrist um nahezu 200 Millionen M. bei den acht Banken angewachsene Bestand an Anleihen, ist aber in den Bilanzen der Anteil der Banken an der schwebenden Schuld des Reichs in Gestalt der unverzinslichen Schatzanweisungen. In den Bankbilanzen wird ein zusammengezogener Posten „Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“ aufgeführt. Als dieses Bilanzschema vereinbart wurde, sprach auch nicht viel gegen diese Zusammenziehung. Der leitende Gesichtspunkt war damals die Beurteilung der Liquidität der Anlagen und von diesem Gesichtspunkt aus konnten alle Wechselarten wegen ihrer Rediskontierbarkeit im wesentlichen gleich gewertet werden. Heute wäre es nicht unwichtig, den Anteil der Schatzwechsel am Wechselkonto zu kennen. Es entspricht aber nicht der Gepflogenheit der Banken mehr Ziffern zu veröffentlichen, als sie müssen. Wir sind deshalb auf Schätzung des Anteils angewiesen. Im Geschäftsbericht der Deutschen Bank heisst es, dass die flüssigen Anlagen „naturgemäss zum bei weitem grössten Teil aus Reichsschatzanweisungen bestehen“. Die Dresdner Bank schreibt: „Die uns zugeflossenen Gelder haben zu einem erheblichen Teil, da sich nicht genügend andere Verwendungsmöglichkeiten boten, wie wohl bei allen übrigen Banken, in Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten, sowie in Darlehen an Kommunen Anlage gefunden.“ Aehnlich heisst es in anderen Berichten und ein Bankdirektor sagte bei mündlicher Erörterung der Bilanzziffern in pointierter Uebertreibung auf die Frage nach der Zusammensetzung dieses Kontos: „Es gibt auch noch andere, als Schatzwechsel.“ Ich glaube nicht, dass man zu hoch greifen wird in der Annahme, dass durchschnittlich drei Viertel des Bestandes auf den Wechselkonten als Schatzanweisungen anzusprechen sind. Der Wechsel-

bestand zeigt nun bei den 8 Grossbanken folgende Ziffern:

Wechsel und verzinsl. Schatzanweisungen		1918	1917
		in Millionen Mark	
Deutsche Bank		4617	3053
Disconto-Gesellschaft		1975	1618
Dresdner Bank		2372	1200
Darmstädter Bank		847	379
Berliner Handels-Gesellschaft		151	140
Commerz- und Disconto-Bank		742	454
Mitteldeutsche Credit-Bank		339	149
Nationalbank für Deutschland		235	140
Summe		11 278	7 133

Dreiviertel dieser Summe als geschätzter Schatzanweisungsbestand ergibt für Ende 1918 auf diesem Konto rund 8458 Millionen Mark Forderungen der Banken an das Reich oder die Bundesstaaten. Diese $8458 + 622 = 9080$ Millionen Mark erschöpfen aber die Verbindungen zwischen Bankbilanzen und öffentlichem Haushalt noch keineswegs. Es sei nur erwähnt, dass auf der Passiv- und Aktivseite „Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen“ resp. die entsprechenden Forderungen an das Reich oder die Reichsbank (aus aufgenommenen Auslandskrediten stammend) bei der Disconto-Gesellschaft 119,7 Millionen Mark, bei der Deutschen Bank 432,3 Millionen Mark erscheinen. In den Reports und Lombards stecken zum Teil Kriegsanleihebeleihungen und selbst in den Nostroguthaben einige Darlehen an Staatsbanken. Alles in allem wird man die Verbindung zwischen Grossbankbilanzen und Reichs- und Staatshaushalten auf 10 bis 12 Milliarden Mark beziffern können. Was diese Ziffer bedeutet, erhellt, wenn man ihr gegenüberstellt: die Summe des Aktienkapitals mit 1350 Millionen Mark, die Summe der Reserven mit 547 Millionen Mark und endlich die Summe der fremden Gelder mit 19686 Millionen Mark, das ist zusammen rund 21,5 Milliarden Mark. Mit anderen Worten: Rund die Hälfte der eigenen und fremden Gelder der Grossbanken sind so angelegt, dass sie unmittelbar abhängig sind von der Zahlungsfähigkeit des Reiches und seiner Glieder. Diese Feststellung bedeutet natürlich keine Kritik an der Geschäftspolitik der Banken. Privatwirtschaftlich bot sich für den Strom der fremden Gelder gar keine ausreichende andere Anlagemöglichkeit. Volkswirtschaftlich und politisch war es die Pflicht der Bankwelt während des Krieges und nach dem Waffenstillstand die Finanzierung der Reichsausgaben zu unterstützen. Nicht um Kritik handelt es sich also, sondern nur um nüchterne Feststellung der Tatsachen. Die klare Erkenntnis kann für die Verhandlungen mit den Gegnern nützlich sein. Sie wird aber auch dazu dienen die Erkenntnis bei uns zu fördern, dass mit kleinen, althergebrachten Mitteln der Finanzpolitik die grosse Sanierung nicht zu erreichen ist, die wir brauchen.

Die Summe der Kreditoren bei den 8 Berliner Grossbanken ist von 15 116 Millionen Mark auf 19 686 Millionen Mark angewachsen. An dem Zustrom haben mehr oder minder alle Banken Teil gehabt. Schon beim Erscheinen der ersten diesjährigen Bankbilanzen wurde an dieser Stelle bedauert, dass das Nichterscheinen der

Zweimonatsbilanzen keine Möglichkeit gibt die Einwirkung der Kriegsbeendigung auf die Kurve der Kreditorensomme zu erkennen. Dieser Mangel ist noch fühlbarer dadurch geworden, dass bei gleichartiger Tendenz der Bewegung, der Bilanzfiguren, die Aeusserungen der Bankverwaltungen über die jüngste Richtung der Bewegung der fremden Gelder auseinandergehen. Während B. im Bericht der Darmstädter Bank heisst, dass trotz des Kriegsverlustes und der revolutionären Vorgänge das Zuströmen fremden Geldes unverändert anhält und während einige Bankleiter bei der Uebergabe ihrer Berichte an die Presse noch betonten, dass auch im neuen Jahr dieser Zustrom anhalte, schreibt andererseits die Dresdner Bank „dass sich seit dem politischen Umschwung in den Guthaben der vielfach seitdem mit Verlust arbeitenden Industrie eine rückläufige Bewegung zu zeigen beginnt, die sich im neuen Jahre so weit verstärkt hat, dass eine ganze Anzahl von Unternehmungen nach Erschöpfung ihrer verfügbaren Mittel zur Aufnahme von Bankkredit und Anleihen ihre Zuflucht nehmen musste“. Die Disconto-Gesellschaft veröffentlicht wieder eine Tabelle über die Bewegung der Depositen in ihren Berliner Wechselstuben und Zweigstellen. Dabei wird der Stand vor Ausbruch des Krieges mit 100 angenommen. Von 309 v. H. am 15. Januar 1918 dauerte die Steigerung an bis zum 15. Oktober, an dem mit 413 v. H. der Höhepunkt erreicht wird. Dann sinkt die Kurve: 15. November — 393 v. H., 31. Dezember — 398 v. H., 31. Januar 1919 — 387 v. H., 28. Februar — 387 v. H. und 15. März — 397 v. H. Ein genauerer Einblick in die Kreditorenbewegung würde wahrscheinlich zeigen, dass eine wesentliche Abnahme der aus der Industrie stammenden Gelder zu verzeichnen ist, die teilweise ausgeglichen wird durch die nach wie vor anhaltende Liquidierung von Warenbeständen des Handels und durch die wachsenden Guthaben von Revolutionsgewinnlern aller Art, zu denen ja auch manche Angestelltenkategorien gehören.

* * *

Die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in ihrer Bewegung von grosser Gleichartigkeit: Zunahme der Einnahmen aus Zinsen und Provisionen, Anwachsen des Bruttoertragnisses, demgegenüber angeschwollene Unkostenkonten, stark erhöhte Steuern (infolge der seit dem 1. Juli erhobenen Steuer auf die Haben-Zinsen). Ergebnis verringerter Reingewinn. Die meisten Banken haben aus dieser Tatsache im Verein mit den ungünstigen Aussichten (abgesehen von den politischen Momenten ist mit Sicherheit eine weitere Steigerung der Unkosten und Steuern in Rechnung zu stellen) die Konsequenz gezogen, ihre Dividenden zu ermässigen. Es zahlen:

	1918	1917
	Prozent Dividende	
Deutsche Bank	12	14
Disconto-Gesellschaft	9	11
Dresdner Bank	7	8½
Darmstädter Bank	6	7
Berliner Handelsgesellschaft	8	8
Commerz- u. Disconto-Bank	7	7
Mitteldeutsche Credit-Bank	7	7
Nationalbank für Deutschland	5	6

Fünf von acht Grossbanken setzen danach ihrem Dividendensatz herab. Wenn die Commerz- und Disconto-Bank und die Mitteldeutsche Credit-Bank (die Berliner Handelsgesellschaft nimmt infolge der Konzentriertheit ihres Geschäftes wohl sachlich eine Sonderstellung ein) sich, trotzdem auch ihre Gewinne gesunken sind und trotzdem auch ihren Direktoren die Zukunft nicht rosiger erscheinen wird, sich für die Aufrechterhaltung ihrer Dividenden entschieden haben, so wird dabei vielleicht die Erwägung mitgesprochen haben, dass gerade die beiden kleineren Banken nicht so kapitalgesättigt sind, wie ihre grösseren Schwestern. Wenn man mit der Möglichkeit von Kapitalserhöhungen rechnet, ermässigt man nicht gerne ohne Not die Dividende. Und schliesslich bietet jede Grossbankbilanz soviel Spielraum, dass der Zuschnitt auf 1 oder 2 Prozent Dividende mehr oder weniger dem Geschmack der Verwaltung vorbehalten bleibt. — Die Klage über die unmässige Unkostensteigerung infolge der Gehaltsbewegungen der Beamtenschaft, die Warnung, die Grenzen der Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen und der Hinweis darauf, dass die ganze Wucht der Belastungen erst im laufenden Jahre zur Geltung kommen wird, nimmt in allen Berichten breiten Raum ein.

* * *

Angesichts der ungeklärten Lage verzichten die meisten Banken in diesem Jahre auf allgemeine politische und wirtschaftspolitische Exkurse. Nur die Deutsche Bank bleibt ihrer Tradition als politische Bank besonders treu, indem sie noch einen kleinen Beitrag zur Frage deutscher Kriegsvorbereitung liefert. Es heisst: „Die Gegner behaupten, die deutschen Finanzleute hätten von dem bevorstehenden Kriegsausbruch gewusst.“ Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, beweisen die in London veröffentlichten Berichte des von den britischen Behörden eingesetzten Comptrollers der Londoner Filialen deutscher Banken. Wir zitieren daraus wörtlich: „Thus it is shown that whilst England on the 27th July prepared to attract gold, Germany and Austria at the same time, and at least up to the 31st July 1914 made shipments of gold to London and Paris.“ — In der Tat ein gutes Beweisstück für die Nichtbeteiligung unserer Finanzwelt an Kriegsvorbereitungen. Aber gleichzeitig zeigen diese Goldsendungen bis zum Tage der Kriegserklärung doch auch wie unverantwortlich unbekümmert man in Deutschland wirtschaftlich in den Krieg hineinging. Denn, mit oder ohne Angriffsneigung, war die Kriegsgefahr in den letzten Julitagen doch Ende Juli 1914 auch in Deutschland kein Geheimnis.

Steuererklärung ohne Generalpardon?

Herr Dr. Hübner-Berlin schreibt: „Keine Vermögenssteuer kann von Strafbestim-

mungen gegen falsche Steuererklärungen absehen. Das Ergänzungssteuergesetz vom Jahre 1893 bestimmt, dass mit dem 10- bis 25-fachen Betrag der Jahressteuer, um welche der Staat verkürzt werden sollte, mindestens aber mit einer Geldstrafe von 100 M. bestraft wird, wer in der Absicht der Steuerhinterziehung über das ihm zuzurechnende steuerbare Vermögen unrichtige oder unvollständige tatsächliche Angaben macht. Diese Strafandrohung hat keine allzu grosse Wirkung ausgeübt. Es war ein offenes Geheimnis, dass durch die preussische Ergänzungssteuer die Vermögen nur derer erfasst wurden, die der Steuer nicht in unrechtmässiger Weise aus dem Wege gehen wollten. Die preussische Vermögensbesteuerung,

so geringfügig sie war, war eigentlich eine Steuer mit freiwilliger Beteiligung. Die Androhung einer 10- bis 25-fachen Mehrsteuer im Falle der Entdeckung einer falschen Steuerdeklaration bedeutete ein Risiko, das der Steuerhinterzieher, wenn er keine moralischen Bedenken hatte, sehr wohl glaubte, eingehen zu sollen. Bei der ersten ernsthaften Vermögensbesteuerung, die wir hatten, bei dem Wehrbeitrag, war es nicht angängig, die Steuerhinterziehung so leicht zu machen, wie es im preussischen Ergänzungssteuergesetz geschehen ist. Im Wehrbeitragsgesetz vom 3. Juli 1913 sind deshalb nicht nur unrichtige oder unvollständige Angaben mit sehr erheblichen Mehrsteuern bedroht, sondern es kann neben der Geldstrafe auf Gefängnis bis zu 6 Monaten erkannt werden, wenn die unrichtigen oder unvollständigen Angaben in der Absicht, den Wehrbeitrag zu hinterziehen, gemacht wurden. Damit war für alle die, die gewohnt waren, ihre Vermögen falsch zu deklarieren, eine vollkommen neue Lage gegeben. Die Gefahr, nachveranlagt und mit Geldstrafen belegt zu werden, hatte man vielfach nicht allzu hoch angeschlagen. Man hatte die wahrscheinliche Steuerersparnis mit der zwar möglichen aber sehr unwahrscheinlichen Geldstrafe verglichen und deshalb die falsche Steuererklärung als wirtschaftlich richtig betrachtet. Jetzt, wo auf wissentlich falsche Steuererklärungen Gefängnisstrafe gesetzt wurde, sah die Sache bedeutend anders aus. Es begann eine allgemeine Revision der Vermögenserklärungen, die nicht nur dem Wehrbeitrag, sondern auch der preussischen Ergänzungssteuer zugute kam. Um allen denen, die bis dahin zu wenig Vermögen angegeben hatten und nunmehr ihre Angaben berichtigen mussten, diesen Entschluss zu erleichtern, musste für alle Sünden der Vergangenheit Generalpardon gewährt werden. Nach § 68 des Wehrbeitragsgesetzes blieb von der landesgesetzlichen Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer für frühere Jahre frei, wer bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag bei der Veranlagung Vermögen oder Einkommen angab, die bis dahin der Besteuerung durch einen Bundesstaat oder eine Gemeinde entzogen worden war. Nach der Begründung des Gesetzesentwurfs geschah dies: „damit nicht die Furcht vor Strafe, Vermögens- oder sonstigen Nachteilen die Beitragspflichtigen abhalte, ihr Vermögen wahrheitsgemäss anzugeben.“ Heute stehen wir vor einer ungemeinen Verschärfung der Vermögensbesteuerung. Die Entwürfe von Gesetzen über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und über eine Kapitalertragssteuer, beide mit ausserordentlich tief einschneidenden Sätzen, sind bereits veröffentlicht. Eine einmalige Vermögensabgabe vom gesamten Vermögen ist gleichfalls in Aussicht genommen. Bei dieser starken Vermögensbesteuerung ist der Anreiz zu falschen Vermögensangaben gewiss sehr gross. Die traurige Finanzlage des Reiches einerseits, die Erwägung, dass der unehrliche Steuerzahler nicht zu Ungunsten des ehrlichen bevorzugt werden darf andererseits, zwingen aber, alle Mittel anzuwenden, durch die eine volle Erfassung aller Vermögen erzielt wird, die nach dem Reichsgesetz der Besteuerung unterliegen. Es wird deshalb wiederum nicht ohne ernste Strafandrohungen, insbesondere nicht ohne Androhung von Freiheitsstrafen abgehen. Das notwendige Korrelat solcher Drohungen ist aber, dass für die bisher be-

gangenen Steuersünden ein Generalpardon gewährt wird. Geschieht dies nicht, so ist die Lage folgende: Wer bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag falsch deklariert hat, steht vor der Wahl, nunmehr entweder richtig zu deklarieren und sich wegen seiner früheren falschen Deklaration zum Wehrbeitrag mit Gefängnis bestrafen zu lassen, oder aber gegen die neuen, wahrscheinlich noch höhere Strafen androhenden Steuergesetze erneut zu vergehen. Deshalb muss dem Beginn des Veranlagungsgeschäftes für die neuen Steuern ganz unbedingt der Generalpardon vorangehen. Die gegenwärtige Gesetzgebungs- und Verwaltungspraxis hat es aber anders beschlossen. Oder nein, damit tut man ihr wohl doch Unrecht an, denn von irgendeiner bewussten Absicht kann wohl kaum die Rede sein. Man hat mit der Verordnungsmaschine Gesetze fabriziert, ohne sich über ihre Tragweite irgendwie klar zu werden. Am 13. Januar ist eine Verordnung mit Gesetzeskraft ergangen, nach der Vermögensverzeichnisse mit dem Stande vom 31. Dezember aufgestellt werden müssen. Der 31. Dezember 1918 ist als Stichtag für die kommenden Vermögenssteuern gedacht. Die Frist für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse läuft bis zum 31. Mai. Das Veranlagungsgeschäft für die noch nicht beschlossenen Steuern hat damit bereits begonnen. Von einem Generalpardon ist aber noch keine Rede. Wann und wo die Verzeichnisse eingereicht werden müssen, ist noch nicht bestimmt. Man hat das vermutlich in der famosen Verordnung vom 13. Januar einfach vergessen. Und da durch die provisorische Verfassung die weitere Tätigkeit der Verordnungsmaschine lahmgelegt ist, kann die Einreichung der Vermögensverzeichnisse m. E. nur durch einen Akt der Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden. Die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse ist also zunächst eine vollkommen hässliche Angelegenheit, und wer in der Vermögensaufstellung Vermögensteile angibt, die er bisher der Besteuerung entzogen hat, läuft noch keine Gefahr, da er einstweilen nicht gezwungen ist, die Vermögensverzeichnisse einzureichen. Spätestens aber mit der Aufforderung zur Einreichung der Vermögensverzeichnisse wird ja wohl der bisher vergessene Generalpardon ausgesprochen werden. Darüber, dass er in Aussicht genommen ist, kann durchaus gar kein Zweifel herrschen. Der Gesetzesentwurf über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sieht in § 33 einen Generalpardon vor, und dass bei der einmaligen grossen Vermögensabgabe von einem Generalpardon abgesehen werden könnte, ist noch niemals einem denkenden Menschen eingefallen. Deshalb tut, wer jetzt sich der Mühe der Aufstellung des Vermögensverzeichnisses unterzieht, gut, das Fehlen des Generalpardons lediglich als eine ärgerliche Versäumnis der für den Erlass vom 13. Januar verantwortlichen Stellen anzusehen, im übrigen aber seine Erklärung so zu machen, als sei der Generalpardon bereits ausgesprochen. Er braucht die Aufstellung ja einstweilen noch nicht aus der Hand zu geben. Diejenigen aber, die an dem Versäumnis schuld sind, müssen sich darüber klar sein, dass viele, viele Steuerpflichtige, wenn sie jetzt ihre Vermögensaufstellung machen, sich nicht dazu verstehen werden, ihre Angaben zu berichtigen, solange sie nicht vor Strafe und Nachzahlung sicher sind. Das Versäumnis wird aller Voraussicht nach die Steue-

einnahmen wesentlich verkürzen und schuld daran sein wenn eine ganze Reihe von Steuerpflichtigen ihre Schuldigkeit gegen das Reich nicht erfüllen, die sonst dazu hätten bewegen werden können.“

fn. Die Ausführungen von Herrn Dr. Hübner schneiden eine ebenso wichtige wie aktuelle Frage der praktischen Steuerpolitik an. Den guten Gründen, die für die Notwendigkeit des Generalpardons angegeben werden, stehen aber — darauf hinzuweisen scheint angebracht — auch gewisse Bedenken gegenüber. Der Generalpardon darf nicht zu einem immer wiederkehrenden Bestandteil der Vermögenssteuergesetzgebung werden. Wenn im Wehrbeitragsgesetz der Generalpardon ausgesprochen worden ist, gleichzeitig mit der Androhung schwerer Strafen bei falschen Angaben, so verdient derjenige, der trotzdem damals noch falsche Angaben gemacht hat, eigentlich keine Schonung. Wenn die neuen Steuergesetze weitere Strafverschärfungen androhen und wenn vor allen Dingen strengste Kontrollen in Aussicht gestellt und durchgeführt werden, so dürfte das mehr als ein neuer Generalpardon aufrichtige Vermögenserklärungen bewirken. Das Dilemma, in das der Steuerpflichtige geraten soll, der bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag falsch deklariert hat, scheint mir auch nicht gegeben zu sein. Da jetzt in erster Linie der Vermögenszuwachs besteuert werden soll, wird keine Steuerbehörde ein Interesse daran haben, die Erklärung des Ausgangsvermögens von 1913 als zu niedrig anzufechten, wenn nur das Endvermögen vom 31. 12. 1918 richtig angegeben wird. Wer 1913 falsch deklariert hat, hat jetzt lediglich die Konsequenz der Versteuerung eines erhöhten Vermögenszuwachses zu tragen. Die Versteuerung eines so entstandenen nur scheinbaren Kriegsvermögenszuwachses wäre wohlverdiente Strafe. Der Generalpardon gäbe aber dem falschen Deklaranten von 1913 die Möglichkeit, straflos seine Deklaration des Ausgangsvermögens zu korrigieren und sich damit der Besteuerung der ganzen Differenz zwischen einer falschen Deklaration von 1913 und einer richtigen Deklaration von 1919 zu entziehen. Wichtiger als ein Generalpardon scheint es mir deshalb, dass die Kontrollen für die Vermögensaufstellung von 1919 so ausgebaut werden, dass böswillige Steuerzahler aus Furcht vor schwerer Strafe diesmal zu wahrheitsgetreuen Angaben veranlasst werden.

Man schreibt mir: **Journalisten und „Journalisten“.**

„Die aus dem Felde zurückgekehrten Redakteure der grossen Berliner Handelszeitungen können sich bei einer gelegentlichen persönlichen Vorsprache bei einem Direktor oder Archivleiter einer Grossbank davon überzeugen, dass sich in der Zwischenzeit an einem schon früher ausserordentlich peinlich empfundenen Uebelstand nicht das geringste geändert hat. Wenn man seine Karte als Redaktionsmitglied einem der herumstehenden livrierten dienstbaren Geister übergibt, so wird man sehr häufig einen Blick auffangen, der aus Misstrauen und einer anderen Empfindung, die nicht gerade mit Hochachtung identisch ist, gemischt ist. Es folgt dann die stereotype Frage: „Sie wünschen den Herrn wohl in einer Inseratenangelegenheit zu sprechen?“ Es bedarf mitunter erst sehr energischer

Vorstellungen, um dem Frager klarzumachen, dass volkswirtschaftliche Redakteure zu redaktionellen Besprechungen kommen und ihnen an der Einholung von Bilanz- oder Generalversammlungsinserten absolut nichts liegt. Man wird aber, wenn man den Dingen auf den Grund geht, nicht etwa nur die mangelnde Vertrautheit der Bankdiener mit der Organisation einer grossen Tageszeitung als Ursache für derartige nicht sehr sympatische Vorkommnisse einsetzen dürfen, sondern die eigentliche Schuld den kleinen Börsenzeitungen und Inseratenbureaus zuschieben müssen, die durch ihr wenig einwandfreies Geschäftsgebahren in der Tat dem Ansehen der deutschen volkswirtschaftlichen Presse erheblich schaden. Es ist das unbestreitbare Verdienst des „Plutus“, in früheren Jahren oft mit aller Schärfe die Arbeitsmethoden der Börsenblätter zu geisseln, die hinter den mehr oder minder sanft erzwungenen Inseraten her sind wie der Teufel hinter der armen Seele, und deren Auflage im umgekehrten Verhältnis zu der Grösse des Mundwerks ihres Inseratenagenten steht, der sich nach seiner Visitenkarte stets stolz als Redakteur oder, wenn er gar das Glück hat, Inhaber des Blattes zu sein, als Chefredakteur bezeichnet. Es ist klar, dass man in den Bankbureaus gegenüber den Besuchern von Redakteuren auf Grund der Erfahrungen mit den Herren, die die Gespräche mit einem Direktor zu einer Attacke gegen das Inseratenkonto der Bank benutzen, zurückhaltend geworden ist. Und dass daher insbesondere die wohl etwas schematisch instruierten Bankdiener die Redakteure gern an die den Inseratenbetrieb regelnden Beamten der Bank abschieben, anstatt sie, wie gewünscht, sogleich einem Herrn der Direktion zu melden. Es wäre m. E. höchste Zeit, dass man sich in Redaktions- und Verlegerkreisen im Interesse des Ansehens der deutschen Presse dazu entschliesst, hier etwas Ordnung zu schaffen. Der Beruf des Inseratenakquisiteurs ist sehr ehrenwert. Aber er hat mit dem Redaktionsbetriebe in einer anständigen Zeitung nicht das geringste gemein. Es gibt keine Zweiteilung der Persönlichkeit derart, dass ein Mann gleichzeitig Redakteur bzw. Chefredakteur und Inseratenagent sein kann. Das eine schliesst das andere absolut aus. Und die nötige Unabhängigkeit der Redaktionen gerade volkswirtschaftlicher Zeitungen und Handelsblätter kann nur gewahrt werden, wenn dieses Prinzip strikt durchgeführt wird. Zweifellos ist das heute bei allen grossen und grösseren Zeitungen der Fall. Aber immer noch vernichten die Organe, die ohne direkte oder indirekte Inseratenerpressung schon längst von der Zeitungsliste hätten verschwinden müssen, ein gut Teil der Achtung die die deutsche Handelspresse mit Recht bei den Wirtschaftskreisen geniesst, dadurch, dass ihre Redakteure und „Chefredakteure“, die noch dazu sehr häufig nicht die geringste volkswirtschaftliche und journalistische Vorbildung haben, diese Tätigkeit und diesen Titel nur zum Vorwande des Inserateschnorrrens nehmen. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um die interessierten Kreise einmal in diesen ganzen Fragenkomplex ohne Rücksichtnahme auf Personen hereinleuchten zu lassen.“

Herr Eugen Löwin-
ger - Charlottenburg
schreibt mir: „Als vor drei Jahren die deutschen Eisenbahnverwaltungen dazu übergegangen sind, die obligato-

rische Frachtzahlung zu dekretieren, wurde damit die Hoffnung verbunden, eine Besserung der deutschen Valuta herbeiführen zu können. Um diesen Zweck zu erreichen, sind von unserer Kaufmannschaft die ungeheuren Schwierigkeiten übernommen worden, die mit dieser noch nicht dagewesenen Massnahme verknüpft waren. Dass man die obligatorische Frachtenzahlung im Ausland in der Hauptsache auf das Exportgeschäft bezog, lag daran, dass der Import fast ausschliesslich der öffentlichen Bewirtschaftung unterlag und infolgedessen die Kaufmannschaft weniger Anlass fand, sich mit den Verlusten und Komplikationen abzufinden, die nicht abzuwenden waren von der Musszahlung der Eisenbahnfracht im Auslande gleichgültig, ob die Sendung nach dem Auslande ging oder von dort herkam. Wir stehen jetzt vor einem grossen Importgeschäft, das wahrscheinlich, bald nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, einsetzen und vielfach unserm Handel zur Bearbeitung zufallen wird. Nach den bisherigen Vorschriften müsste die Fracht stets vom ausländischen Versender bezahlt werden. Dass dies zu Unzuträglichkeiten schon in der Durchführung des ganzen Geschäftes führen muss, liegt auf der Hand. Wir haben aber alle Ursache, dieses Importgeschäft unseren Lieferanten und uns selbst zu erleichtern. Wir haben auch Ursache, es uns zu verbilligen. Wenn die Fracht, für Bezüge beispielsweise aus der Schweiz, schon in ausländischer Währung bezahlt werden soll, so könnte dies sinngemäss doch nur bis zur deutschen Grenze verlangt werden. Von da ab, für die deutsche Strecke, müsste es gestattet sein, am deutschen Bestimmungsort in Mark zu bezahlen. Das wäre eine enorme Verbilligung in Anbetracht der kurzen schweizerischen und der gewöhnlich viel längeren deutschen Strecke. Das trifft bei Bezügen aus Holland und Dänemark ebenfalls zu. An der Grenze wäre irgendeine Vermittlung nicht notwendig. Es würde genügen, wenn die deutschen Eisenbahnverwaltungen es gestatten wollten, die notwendigen Frachtvorschriften auf dem Frachtbriefe anzubringen. Technisch macht die Sache nicht die geringsten Schwierigkeiten. Zieht man nun in Betracht, dass das Ziel der obligatorischen Frachtzahlung im Auslande nicht erreicht worden ist, dass eine Verschlechterung der Valuta aus der Aufhebung dieser Massnahme zu erwarten steht, so kann man sich die Frage vorlegen, aus welchen Gründen an einer Einführung auch fernerhin festgehalten werden soll, die uns nichts anderes einbringt als Schwierigkeiten jeder Art und Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände und Rohmaterialien. Dass auch unser Exportgeschäft von einer Remedur in dem von uns bezeichneten Sinne ausserordentlich profitieren würde, liegt auf der Hand. Von allen Seiten wird uns zugerufen: Schaffet Werte, exportieret, damit wir Guthaben im Auslande bekommen und unsere Bezüge von dorthier bezahlen können! Um diesen Aufgaben zu genügen, muss in dem bisherigen Frachtzahlungssystem unbedingt eine Aenderung eintreten. Die Regierung selbst wird hoffentlich diese Anregung sofort aufgreifen, wenn sie ihr entgegentrifft.“

Börse und Geldmarkt.

Am Eingang unseres vorigen Berichtes war erwähnt worden, dass die Börse sich, doppelt milde gestimmt durch den Lenzesbeginn, friedlichen Frühlingsträumen hingegeben hatte. Ihr natürlicher und starker Optimismus liess sie sich wieder einmal nicht damit begnügen, die Ereignisse kommentierend zu begleiten, sondern eilte den Versailler Verhandlungen voraus und suchte ihrem voraussichtlichen Endergebnis ein möglichst freundliches Gesicht abzugewinnen. Man sah den Frieden schon in bald greifbarer Nähe und hoffte unmittelbar vor einem wirtschaftlichen Umschwung zu stehen, der die Wiedereinflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft und damit neu die Zeit gefüllter Waren- und Rohstofflager, lebhaften industriellen und kommerziellen Geschäfts und so auch eines wieder vergrösserten regulären Börsen- und Geldgeschäfts einleiten würde. Das Bekanntwerden der Bedingungen des feindlichen Friedensentwurfes musste diese Stimmung jähwandeln. Der Entschluss des Börsenvorstandes, den Verkehr auf drei Tage ausfallen zu lassen, war unbedingt richtig. Nicht nur unter dem Gesichtspunkte des mehr als politische Demonstration zu bewertenden Protestes gegen das Versailler Schanddokument. Sondern auch gerade deshalb, weil dadurch in der Tat katastrophale Kursrückgänge vorläufig verhütet oder doch abgeschwächt wurden. Wer das Provinzpublikum der Banken kennt, kann sich einen Begriff davon machen, wie planlos und nervös am anderen Vormittag Tausende von Effektenbesitzern ihre Bestände mit unlimitierten Verkaufsoorders auf den Markt geworfen hätten. Ob aber die Börse genug Widerstandskraft besessen hätte, diesen Stoss aufzufangen und einen völligen Zusammenbruch des Kursgebäudes zu verhüten, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. So war es denn nur gut, dass dreimal vierundzwanzig Stunden Zeit zur Ueberlegung und zum Bedenken blieben. Eine Zeit, in der wohl durch das genaue Studium der einzelnen Paragraphen des Vertragsentwurfes noch der Katzenjammer sich bis zur verzweifelten Resignation vertiefen konnte, in der aber auch angesichts der ruhigen und entschlossenen Stellungnahme der Regierung und der sich eröffnenden Aussichten auf Verhandlungen die abwartende Haltung die Oberhand gewinnen konnte. Gewiss kam es nach Wiedereröffnung der Börse zu einem Kurssturz, senkten sich insbesondere Staatspapiere auf ein beängstigend tiefes Niveau; aber so drängend und sich überstürzend wie es noch drei Tage vorher aufgetreten wäre, gestaltete sich das Effektenangebot im allgemeinen nicht.

Man wird der Börse aus ihrer Selbsttäuschung, aus der sie so grausam herausgerissen wurde, als anstatt sanfter Friedensschalmeien schmetternde Kriegsdrometen aus Versailles erklangen, keinen Vorwurf machen können. Man mag auch kaum bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinweisen — wie wir es zuletzt bei Gelegenheit einer Warnung kurz vor dem grossen Kurszusammenbruch im Herbst 1918 getan hatten, — dass die Börse ihre an ein Barometer erinnernde Funktion längst nicht mehr erfüllt, dass ihr der finanzielle, politische und wirtschaftliche Laubfrosch instinkt, die Fähigkeit der tastenden und feinfühligsten Voraussicht im Kriege völlig abhanden gekommen ist, dass sie immer wieder und stets mit voller

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:)

Mittwoch, 21. Mai	<i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Disconto-Gesellschaft, Hannoversche Bau-Gesellschaft.
Donnerstag, 22. Mai	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — G.-V.: Westdeutsches Eisenwerk Kray, Bochumer Bergwerks-Gesellschaft, Aachener Lederfabrik, Habermann & Guckes Akt.-Ges., Deutsche Spiegelglas-Akt.-Ges. Freden, Carl Ernst & Co., Porzellanfabrik Rosenthal.
Freitag, 23. Mai	G.-V.: Buderus Eisenwerk, Delmenhorster Linoleumfabrik, Bremer Wollwäscherei, Tüllfabrik Flöha.
Sonabend, 24. Mai	Bankausweis New York. — G.-V.: Bank für Handel und Industrie, Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig, Hermannmühlen, Maschinenfabrik Ventzki, Tecklenborg Schiffswerft, Wilke Dampfkessel- und Gasometerfabrik, Ver. Deutsche Petroleum-Akt.-Ges., Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Stettiner Chamottefabrik Didier, Gummiwerke „Elbe“, Aschinger Akt.-Ges.
Montag, 26. Mai	G.-V.: Akt.-Ges. für Gas und Elektrizität Cöln, Schöller & Eitorfer Kammgarnspinnerei, Kammgarnspinnerei Stöhr, Armaturenfabrik und Maschinenfabrik Hilpert, Eisenwerk Kraft, Osuna-Rochela Plantagen-Gesellschaft.
Dienstag, 27. Mai	G.-V.: Akt.-Ges. für Federstahl vorm. A. Hirsch & Co., Marienborn-Beenzorfer Kleinbahn, Argo Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hein, Lehmann & Co. Akt.-Ges., Wayss & Freitag Akt.-Ges., Ver. Kunstinstitute vorm. Otto Troitzsch, Dürener Metallwerke. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Thüringer Gas-Gesellschaft.
Mittwoch, 28. Mai	G.-V.: Akt.-Ges. für Montanindustrie, Boden-Akt.-Ges. am Amtsgericht Pankow, C. G. Müller Speisefettfabrik Akt.-Ges., Aktienbau-Verein Unter den Linden, Hedderheimer Kupferwerk, Aktien-Verein Zoologischer Garten (Aktionäre).
Donnerstag, 29. Mai	Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Himmelfahrt.
Freitag, 30. Mai	<i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Bank für Bergbau und Industrie, Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft, Felten & Guilleaume Carlswerk, Daimler Motoren-Gesellschaft, Norddeutsche Steingutfabrik Grohn, Terrain-Gesellschaft Berlin-Nordost, Deutsche Mineralöl-industrie-Gesellschaft Wietze, Maschinenfabrik Esslingen, Leipziger Gummiwarenfabrik vorm. Julius Marx, Heine & Co., Deutsch-Oesterreichische Bergwerks-Gesellschaft, Deutsche Maschinenfabrik Duisburg, Ver. Berliner Mörtelwerke, Ver. Strohstofffabriken Dresden, H. W. Lange & Co. Altona. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft Nordsee.

Sonabend, 31. Mai	Bankausweis New York. — G.-V.: Dresdner Bank, Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenfabrikation Stolberg-Westfalen, Braunkohlen- und Briketwerke Roddergrube, Ver. Elbeschiffahrts-Akt.-Ges., Germania Lebensversicherungs-Gesellschaft Stettin, Crusauer Kupfer- und Messingfabrik, Dessauer Strassenbahn-Gesellschaft, Gebhard & Co. Akt.-Ges., Ver. Glanzstofffabriken Elberfeld, Aktien-Verein des Zoologischen Garten (Obl.), Westfäl.-Anhaltische Sprengstoff-Gesellschaft, Chemische Fabrik Buckau, Rheinische Linoleumwerke Bedburg.
Montag, 2. Juni	G.-V.: Comptoir Foncier Akt.-Ges., Bergmann Elektrizitätswerke, Admiralsgartenbad, Berliner Cichorienfabrik Akt.-Ges. vorm. H. L. Voigt & Co., Crimmitschauer Maschinenfabrik.
Dienstag, 3. Juni	G.-V.: Lübeck-Büchener Eisenbahn, Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, Erdmannsdorfer Akt.-Ges. für Flachs-garn und Maschinen-Spinnerei, Württembergische Metallwarenfabrik, Ver. Thüringische (Glencksche Salinen), Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik, Amme Giesecke & Konegen Akt.-Ges.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse chemischer Fabriken.

Verlosungen:

25. Mai: $2\frac{1}{2}\%$ Pariser II. Metr.-Eisenb. (1904). 1. Juni: 4% Badische 100 Tlr. (1867), $3\frac{1}{2}\%$ Gothaer Präm.-Pfandbr. (1871), $3\frac{1}{2}\%$ Köln-Mindener 100 Tlr. (1870), $4\frac{2}{3}\%$ 150 Lire (1868), Oesterreichische 100 Gld. (1864), Türkische 400 Fr. (1870).

Wucht sich von den unliebsamsten Ereignissen hat gänzlich überraschen lassen. Es mag dies mit dem Abschneiden der internationalen Verbindungen der führenden Börsenkreise zusammenhängen, die nur der 1. August 1914 gebracht hat. Denn früher, als noch enge Wechselwirkungen zwischen Londoner, Pariser, Petersburger, Brüsseler, Berliner und New Yorker Bankdirektorenkabinetts bestanden, war die Berliner und die Frankfurter, wohl auch die Hamburger und die Wiener Fondsbörse so manchesmal erheblich besser und früher von wichtigen Vorgängen unterrichtet, als die Herren in der Wilhelmstrasse. Seitdem aber sich der feindliche Ring um Deutschland gelegt hat und die Börse in den Dunstkreis von Autosuggestion und gewaltsam aufrecht erhaltener Täuschung über unsere wahre Lage miteinbezogen wurde, ohne, dass ihr durch den Meinungsaustausch mit dem Ausland ein Massstab zur Selbstkritik gegeben worden wäre, scheint sich eine für den Intellekt der Börse und ihre wirtschaftliche und politische Voraussicht wenig günstige Wendung vollzogen zu haben. Dies alles konnte man ihr mit vollem Recht bei einer ganzen Reihe von Anlässen der letzten Jahre sagen. Jetzt aber muss man ihr mildernde Umstände zugestehen. Die Börse ist, abgesehen von Unterströmungen, die in ihrem Temperament und ihrer Nervosität begründet sind, doch gewohnt unter kaufmännischen, das will sagen realpolitischen Gesichtspunkten zu denken. Sie konnte deshalb, da sie auch unseren Gegnern die nötige Portion gesunden Menschenverstand und insbesondere den durch die Schule kaufmännischen Denkens gegangenen englischen und amerikanischen Diplomaten die Fähigkeit

*) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In Kursiv-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

zubilligen musste, dass sie einen Gegner richtig einschätzen können, auch dann wenn es sich nicht mehr um die eigentliche Kriegsführung, sondern um das Abschliessen von Verträgen handelt, nicht voraussehen, dass man uns einen derartigen Vertragsentwurf zur Unterzeichnung vorlegen würde. Einen Vertrag, dessen finanzielle und wirtschaftliche Forderungen häufig genug die tatsächlichen Voraussetzungen zur Erfüllung der Postulate des vorangegangenen Paragraphen aufheben und der jedes Verständnis für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ebenso vermissen lässt, wie politische Vernunft. Der uns Lasten von einer Höhe auferlegte, die auch von einer blühenden und gesunden Wirtschaft nicht höher ertragen werden können, gleichzeitig aber die industrielle und landwirtschaftliche Basis Deutschlands gewaltsam verschleiert und der Bevölkerung des Rumpf-Reiches, das der Entente dienstbar gemacht werden soll, fast alle Schulden des alten Reiches belässt. Die Börse musste nicht ahnen, dass aus einem fanatischen Hass, der unsere endgültige Vernichtung herbeisehnt und dem mehr realen, kalt-feindseligen Bestreben auf wirtschaftliche Niederhaltung dieses Kompromiss entstehen würde, dass Generationen von Deutschen jede wirtschaftliche und politische Aufstiegsmöglichkeit versperren will. Sie wollte auch wohl nicht daran glauben, weil ihr starker Lebenswille und der Drang nach einem Herausbrechen aus der jede Initiative lähmenden feindlichen Einzäunung so mächtig wirksam sind, dass sie sich selbst glauben machte, auch das Entente-Ausland wolle unsere allmählich sich wieder anbahnende Teilnahme an der Weltwirtschaft. Unsere Finanzkreise erkennen aber jetzt doch klar den grauenhaften Ernst der Situation. Sie wissen, dass schon der Versuch zur Erfüllung der finanziellen einmaligen und jährlichen Verpflichtungen, die man uns auferlegen will, uns zu einer einschneidenden Zinsherabsetzung der Kriegsanleihen und Reichs- und Bundesstaatlichen Anleihen zwingen musste. Was dieser, einer Vernichtung des Staatskredits gleichkommende Schritt an Konsequenzen direkt und indirekt nach sich ziehen würde, ist in einer Zeit, in der die Grossbanken so grosse Prozentsätze ihrer Kreditoren in dieser oder jener Form dem Reich zur Verfügung gestellt haben, in der Sparkassen, Hypothekenbanken, Versicherungsanstalten, Rentenversicherungsbanken bis an den Hals mit Kriegsanleihen und Schatzanweisungen vollgepfropft sind, sehr klar abzusehen. Der Zusammenbruch unserer gesamten Kreditwirtschaft und damit wohl der meisten Einzelexistenzen wäre nicht aufzuhalten. Hinzu kommt, dass das Ausfallen von 80% unserer Kohlenförderung durch Annexion, Lieferungsverpflichtungen und Minderförderung das Gros der heute noch arbeitenden Fabriken zum Stillstand zwingen würde, oder nur einer kleinen Anzahl das Arbeiten und auch nur mit einem geringen Teil der Produktionskraft gestatten würde, kommen weiter all die handelspolitischen und sonstigen Kunstgriffe, die unseren Arbeitern und Angestellten nur die Wahl lassen werden, zu verhungern, oder sich den Werbeagenten nach Kanada oder Brasilien als Plackvieh zu verdingen. All dies sagt sich heute der Börsianer und fasst sich angstvoll an die Stirn, wenn er zu überlegen sucht, welchen Wert denn noch all die grossen Aktiengesellschaften der verschiedensten In-

dustrien haben können, die mit Kapitalien von Millionen und aber Millionen auf dem Kurszettel stehen, wenn sich die Stille eines bestenfalls zur Wirtschaftsintensität etwa der 40er Jahre heruntergedrückten primitiven Landes auf Deutschland herabsenkt.

Der Kursrückgang der Kriegsanleihen hat einen Umfang erreicht, der im grossen Publikum schwere Befürchtungen erwecken muss, der aber auch den Aktiengesellschaften, die tote Bestände besitzen, grosse Schäden verursacht. Die Daimler-Gesellschaft z. B., die jetzt ihre Bilanz der Öffentlichkeit vorlegte, hat 3 Mill. *M* auf Anleihe-Kursverluste abgeschrieben. Da man unter den ca. 28 Mill. *M* Effekten der Gesellschaft ca. 25 Mill. *M* Kriegsanleihen vermuten kann, entspräche das einem Kursabschlag von 12%. In der Zwischenzeit ist der Kurs bis auf ca. 25% unter dem Emissionskurse angelangt, so dass diese Abschreibung bei weitem schon überholt ist. An der Börse hat sich bereits eine sehr starke Baisse-Spekulation in Kriegsanleihe herausgebildet und man kann beinahe sagen, dass jeder Kassenbote seine Kriegsanleihe gefixt hat. Es spielt sich da also eine Art finanzieller Totentanz ab. Irgendein Eindämmen oder „Einschwänzen“ der Baisse-Spekulation ist natürlich bei den ungeheuren Mengen flottanten Materials nicht möglich. Vergeblich fragt man sich immer wieder, wie sich eigentlich Herr Havenstein bei dem gewaltigen Umfang, den die Kriegsanleihe-Emissionen allmählich angenommen hatten, die grosse Stützungsaktion vorgestellt hatte, von der geheimnisvolle Andeutungen in den Prospekten und Werbe-*feuilletons* bei jeder neuen Anleiheanlegung gemacht wurden, über die aber auch in den Reichsbank-Direktoren-Kabinetts nie etwas Positives zu erfahren war. Auch Herrn Havensteins Berechnungen waren anscheinend allzusehr auf einen „Siegfrieden“ eingestellt gewesen. Aber es ist doch recht gefährlich, dass man von oben so völlig tatenlos und resigniert dem erschreckenden Fallen der Anleihekurse zusieht. Gewiss, wir sind gegen die politischen Ereignisse, die mit Keulenblieben ihren Kurs immer weiter hinabhämmern, machtlos. Aber wir können immer noch mit einem sehr weitgehenden Ausbau der Verwendungsmöglichkeiten der Kriegsanleihe für alle Steuerzahlungen ihrem Kurse einen stärkeren Rückhalt geben, da alle anderen Aufnahme-Aktionen an den erforderlichen Riesensummen scheitern müssen. Man kann dem zum Teil entgegenhalten, dass damit wieder dem Staat nicht gedient sei, den man dadurch aber in die Lage einer Aktiengesellschaft bringe, die nur ihr Aktienkapital zusammenlege und so buchmässig einen Teil der Passiven tilgen könne, die aber nicht mit Vollendung der Sanierung durch Ausgabe neuer Aktien zur Hereinnahme frischen Kapitals sich Mittel für das laufende Geschäft verschaffe. Ganz abgesehen, dass ja eben doch nur ein Teil der zu zahlenden Steuern in Anleihe geleistet werden würde und könnte, handelt es sich vor allem jetzt einmal darum, dem Kursrückgang der Anleihe in einem Moment entgegenzuarbeiten, wo wir alle unsere Nerven zusammenreissen müssen und wo nicht die Nervosität des Publikums so weit gesteigert werden darf, dass die Unruhe sich in tätiges Misstrauen gegen die Institute verdichtet, die Kriegsanleihen als Hauptaktivum besitzen.

Justus.

Commerz- und Disconto-Bank, Hamburg-Berlin.

Neunundvierzigster Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1918.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1918 hat Deutschland die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Weltkrieges begraben. Unser Volk sieht sich der Willkür seiner Gegner preisgegeben. Im Innern überwuchert der Streit um die künftige Gestaltung des Reiches alle sonstigen Interessen und entfremdet die früher fleißige und werktätige Arbeiterschaft ihren wichtigsten wirtschaftlichen Pflichten. Nur wenn dieser fieberhafte Zustand bald wieder nüchterner Ueberlegung weicht, und die Arbeiterschaft die Aufgaben, welche in den kommenden Jahren zu lösen sind, in ihrer vollen Schwere erkennt, kann es gelingen, den Zusammenbruch zu vermeiden. Keine Regierung wird auf die Dauer bestehen können, die nicht mit fester Hand alle Hindernisse wegräumt, welche den Weg zu einer geordneten arbeitsamen Zukunft sperren.

Bis in den Sommer galten die Aussichten der industriellen Werke als nicht ungünstig, weil man glaubte, daß sie dank der sorgfältigen Vorbereitung ohne große Schwierigkeiten in einen lohnenden Friedensbetrieb würden übergehen können. Die unter den neuen Verhältnissen ins Ungemessene gewachsenen Ansprüche der Arbeitnehmer machen aber eine gewinnbringende Tätigkeit bei sehr vielen Werken unmöglich. Da ferner der Waffenstillstand keine Abschaffung, sondern eine Verschärfung der Blockade brachte, wurde das Geschäft mit dem neutralen Auslande immer kleiner, zumal Streiks und Minderleistungen in der Industrie die Möglichkeit fast vernichteten, deutsche Güter im Austausch gegen ausländische Waren zu liefern. Diese Tatsachen im Verein mit dem Bestreben, große Teile der Industrie zu sozialisieren, wirkten verheerend auf die Börsenkurse; auch die Kriegsanleihen unterlagen erheblichen Kursrückgängen. Unter diesen Umständen waren wir genötigt, auf unsere Bestände an Wertpapieren größere Abschreibungen vorzunehmen.

Die Geldflüssigkeit nahm auch im Berichtsjahre aus den bekannten Gründen weiter zu. Trotzdem infolge politischer Befürchtungen vom Publikum große Summen dem Verkehr entzogen und versteckt wurden, wuchsen unsere Kreditoren ganz erheblich; dieselben betrugen 1 317 864 453,03 M. gegen 945 562 080,62 M. im Vorjahre. In entsprechender Weise vermehrten sich unsere Bestände an Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen.

Der Gewinn auf Zinsen-Konto ergab 16 130 000,— Mark gegen 11 550 000,— M., die Einnahmen an Provision 7 320 000,— M. gegen 5 980 000,— M. im Vorjahre.

Die erhebliche Steigerung des Unkosten-Kontos um 3 850 000,— M. wird sich voraussichtlich im laufenden Jahre fortsetzen, da wir unter dem Druck der immer weiter schreitenden Preiserhöhung für alle Lebensbedürfnisse neuerdings unseren Beamten Erhöhungen ihrer Bezüge bewilligt haben.

Unsere Filialen und Depositenkassen haben befriedigende Ergebnisse geliefert, ebenso unsere Kommandite S. Kaufmann & Co. Die im vorigen Jahre geschlossene Interessengemeinschaft mit dem Chemnitzer Bank-Verein und der Löbauer Bank hat die unseren Wünschen entsprechende Erweiterung unseres Betätigungsfeldes gebracht.

Den Ausbau unseres Filialnetzes haben wir im Jahre 1918 durch den Erwerb der Bankgeschäfte von Sal. L. Conn in Lübeck,

Hirschmann & Kitzinger in Nürnberg-Fürth, Eugen Köhler & Co. in Guben, Rocklinghäuser Bank Franz Limper in Rocklinghausen

und Errichtung von Zweigniederlassungen an den betreffenden Plätzen fortgesetzt.

Ferner haben wir uns im Wege der Fusion: den Gelsenkirchener Bankverein in Gelsenkirchen mit Filialen in Wanne und Wattenscheid,

und die Mülheimer Bank in Mülheim a. d. Ruhr mit Filialen in Oberhausen und Sterkrade angegliedert.

Die zur Durchführung dieser beiden Geschäfte erforderlichen Aktien unserer Bank wurden uns von befreundeten Aktionären zur Verfügung gestellt.

Unser Immobilien-Konto hat einen Zugang von 3 500 000,— M. erfahren, und zwar dadurch, daß wir in Berlin und an einigen anderen Plätzen Grundstücke erwarben, die später für unsere Geschäftszwecke Verwendung finden sollen. Der Zugang auf Bankgebäude-Konto ist darauf zurückzuführen, daß durch die Angliederung des Bankvereins in Gelsenkirchen und den Kauf der Firma Eugen Köhler & Co. in Guben Bankgebäude in Gelsenkirchen, Wattenscheid und Guben in unseren Besitz übergingen.

Die Norddeutsche Zucker-Raffinerie, Frellstedt, hat auch im vergangenen Geschäftsjahre befriedigend gearbeitet und wieder eine Dividende von 8% zur Verteilung gebracht.

Die Waaren-Commissions-Bank in Hamburg, deren Geschäftstätigkeit durch das Darniederliegen des Handels in ihren Hauptzweigen Zucker und Kaffee sehr eingeengt ist, verteilte 10% Dividende, wie im Vorjahre.

Die Tivoli-Brauerei Aktien-Gesellschaft, Hamburg, hatte unter dem Mangel an Gerste und Malz und unter der Steigerung der Unkosten zu leiden und ermäßigte ihre Dividende von 7% auf 5%.

Die Bremen-Besigheimer Oelfabriken arbeiteten, wie schon in den Vorjahren, ausschließlich im Auftrage der Regierung und konnten ihre letztjährige Dividende von 15% aufrechterhalten.

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke standen in ihrem Betriebe unter dem Drucke der Kohlenteuerung und der Steigerung der Unkosten und verteilten trotz zweimaliger Erhöhung der Strompreise nur 4% Dividende gegen 3% im Vorjahre.

Die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig, hat für das Geschäftsjahr 1917 eine Dividende von 15% gegen 14% im Vorjahre ausgeschüttet. Auf die Gesellschaft wirken besonders scharf die derzeitigen allgemeinen Verhältnisse in Braunschweig ein.

Die Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft, Hannover, verteilte für das am 31. Dezember 1918 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 18% gegen 22% im Vorjahre.

Die Held & Franke Aktiengesellschaft, Berlin, konnte für das abgelaufene Geschäftsjahr neben einer Dividende von 15% den Aktionären einen Bonus von 12% zur Verteilung bringen.

Die Linke-Hofmann-Werke, Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagen- und Lokomotiv-Maschinenbau verteilte für das am 31. Dezember 1918 abgelaufene Geschäftsjahr wie im Vorjahre 24% Dividende.

Die Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei vorm. Th. Flöther Aktiengesellschaft in Gassen verteilt für das Jahr 1918 wiederum eine Dividende von 15% und gewährt außerdem ihren Aktionären eine besondere Vergütung von 3%.

Die Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik vorm. W. von Pittler, Aktiengesellschaft, Leipzig-Wahren, bringt für das Jahr 1918 25% Dividende zur Verteilung.

Die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vormals C. J. Vogel, Telegraphendraht-Fabrik) Aktiengesellschaft in Berlin zahlte als Ertrags-

Geschäftsjahres 1917/18 für das im Vorjahre auf 7 500 000,— M. erhöhte Aktienkapital die gleiche Dividende von 18% wie im Vorjahre.

Die Telephon-Fabrik A.-G. vormalig J. Berliner in Hannover hat eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 2 500 000,— M. auf 7 500 000,— M. vorgenommen. Die vielfachen Bemühungen der Gesellschaft, die Genehmigung der Kapitalerhöhung zu einem angemessenen Kurse bei der Behörde durchzusetzen, scheiterten, so daß die Gesellschaft genötigt war, die jungen Aktien den Aktionären zum Kurse von rund 200% zum Bezuge anzubieten. Die Gesellschaft verteilte für das am 30. Juni 1918 abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 12% für die 5 000 000,— M. alten Aktien und 6% für die 2 500 000,— M. neuen Aktien gegen 25% auf 5 000 000,— M. Kapital im Vorjahre.

Die C. Lorenz Aktiengesellschaft in Berlin schüttete für das Geschäftsjahr 1917 die gleiche Dividende von 35% wie im Vorjahre aus. Sie hat durch ein unter unserer Führung stehendes Konsortium im vergangenen Jahre eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 2 250 000,— M. auf 6 750 000,— M. vorgenommen. Auch hier hat sich der hohe Kurs von 310% für die jungen Aktien — zu ihrem niedrigeren Kurse wollte das Handelsministerium die Ausgabe der Aktien für die Beschaffung der notwendigen Mittel nicht genehmigen — als verlustbringend für die Aktionäre herausgestellt.

Die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, erhöhte ihr Aktienkapital um 10 250 000,— Mark; wir haben mit befreundeten Banken diese Kapitalerhöhung durchgeführt und die neuen Aktien an der Berliner Börse eingeführt.

Weiter beteiligten wir uns an der Ausgabe von: 5 000 000,— M. neuen Aktien der Rhederei-Aktien-Gesellschaft von 1896, 3 000 000,— M. neuen Aktien der Bremen-Besigheimer Oelfabriken, 2 350 000,— M. neuen Stammaktien der Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn A.-G., 1 200 000,— M. neuen Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke Aktiengesellschaft, sowie an der Gründung der folgenden Unternehmungen: Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank A.-G., Deutsche Seefischerei-Aktien-Gesellschaft, Cuxhavener Heringsfischerei Aktien-Gesellschaft, Rostocker Hochsee-Fischerei Aktien-Gesellschaft, Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.-G.

Der Gesamtsatz auf einer Seite des Hauptbuches beträgt 56 395 429 727,19 M.

Auf unser Aktienkapital von 85 000 000,— M. beantragen wir 7% Dividende auszuschütten und dementsprechend den einschließlich des Vortrages von 550 492,38 M. mit 9 328 386,76 M. ausgewiesenen Reingewinn wie folgt zu verteilen:

4% auf das Aktienkapital von 85 000 000,— M.	3 400 000,— M.
Rückstellung für Talonsteuer in den Reservefonds II	170 000,— „
außerd. 3114,— M. f. verfall. Div. in den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	496 886,— „
Gewinnanteil an den Aufsichtsrat	200 000,— „
Gewinnanteil an den Vorstand	293 898,32 „
Gewinnanteile und Gratifikationen an die stellv. Direktoren, Filialdirektoren, Prokuristen und Beamten	477 584,74 „
3% weitere Dividende	1 440 000,— „
Vortrag	2 550 000,— „
	300 017,70 „
	<u>9 328 386,76 M.</u>

Unsere Ehrentafel V nennt die Namen der Tapferen aus dem Kreise unserer Angestellten, welche im fünften Kriegsjahre ihrem Vaterlande Treue bis in

den Tod hielten. Wir werden ihr Andenken in Ehren bewahren.

Von 1664 Angestellten, welche bei der Bank Anfang August 1914 tätig waren, wurden nach und nach 1108 zu den Fahnen einberufen, und von ihnen brachten 257 dem Vaterlande ihr Leben zum Opfer dar.

Wenn wir diese Reihen überblicken, so stellt sich darin eine Summe von Pflichttreue und Arbeitskraft dar, deren Verlust eine schwere Einbuße für uns bedeutet.

Hamburg, im Mai 1919.

Der Vorstand.

Commerz- und Disconto-Bank.

Neunundvierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre

am Mittwoch, den 4. Juni 1919, vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Bank in Hamburg, Ness Nr. 9.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie des Vorschlages zur Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.
5. Beschlußfassung über Statutenänderungen.

Diojenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 31. Mai d. J. während der üblichen Geschäftsstunden,

in Berlin bei unserer Niederlassung, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins (nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots),

in Hamburg, Altona, S.-A., Altona, Brandenburg an der Havel, Cottbus, Dortmund, Forst i. L., Fürth, Gelsenkirchen, Guben, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mülheim a. Ruhr, Nürnberg, Oberhausen i. Rhld., Recklinghausen, Sterkrade, Stettin, Wanne, Wattenscheid bei unseren Niederlassungen,

in Chemnitz beim Chemnitzer Bank-Verein,

in Dresden beim Chemnitzer Bank-Verein und bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G.,

in Falkenstein bei der Vogtländischen Creditanstalt A.-G.,

in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co.,

in Köln bei Herrn J. H. Stein,

in Löbau bei der Löbauer Bank,

in Magdeburg bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G.,

in München bei der Bayerischen Vereinsbank und beim Bankgeschäft Alfred Lerchenthal,

zu hinterlegen und bis zum Schlusse der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anmeldestellen spätestens am 31. Mai d. J. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungsschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden.

Hamburg, den 8. Mai 1919.

Der Vorstand.

Lincke.

Pilsner.

162.

Deutsche Bank.

Geschäftsbericht für das Jahr 1918.

Das neunundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank, über das wir berichten, brachte das für unser Vaterland überaus traurige Ende des Weltkrieges.

Es ist hier nicht am Platze, die Gründe für diesen unglücklichen Ausgang zu erörtern. Das deutsche Volk hat es jedenfalls nicht verdient, dass ihm Friedensbedingungen auferlegt werden, die die innersten Wurzeln seines nationalen und materiellen Daseins vernichten. Während politische Neugruppierungen und Neubildungen von Staaten vor sich gehen, denen von vornherein wirtschaftliche Möglichkeiten gesichert werden, sollen uns unter Lostrennung von Gebietsteilen, die wichtige Bodenschätze unserer Industrie bergen und für die Volksernährung unentbehrlich sind, unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten genommen werden. Deutschland ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Blockade von allen Vorräten entblösst und der Kräfte beraubt, die zum Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft und zur Ordnung seines Staatshaushaltes notwendig sind. Wir können nur mit unserer Arbeit zahlen. Um aber diese Arbeit zu beginnen und ertragsfähig zu machen, brauchen wir ausländischen Kredit, Rohstoffe und Lebensmittel. Die Forderungen unserer Gegner sind unerfüllbar. Möge es der Umsicht unserer Unterhändler gelingen, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundlagen für uns erträglich sind.

Die Gegner behaupten, die deutschen Finanzleute hätten von dem bevorstehenden Kriegsausbruch gewusst. Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, beweisen die in London veröffentlichten Berichte des von den britischen Behörden eingesetzten Comptrollers der Londoner Filialen deutscher Banken. Wir zitieren daraus wörtlich:

"Thus it is shown that whilst England on the 27th July prepared to attract gold, Germany and Austria at the same time, and at least up to the 31st July 1914 made shipments of gold to London and Paris."

Auch die Vorbereitung für die Ausgabe der Darlehenskassenscheine, die uns vorgeworfen wird, war eine Massregel ganz allgemeiner Natur für den Kriegsfall. Die englische Regierung hatte in ganz gleicher Weise die Ausgabe der kleinen Currency Notes von langer Hand sorgfältig vorbereitet, denn die Herstellung vieler Millionen kleiner Wertzeichen innerhalb weniger Tage war eine Unmöglichkeit. Durch Verwendung besonderen Papiers und besseren Drucks war die Anfertigung der englischen Currency Notes sogar zeitraubender als die der deutschen Wertzeichen.

An der Hoffnung, dass der Weltfrieden trotz der drohenden Haltung Russlands erhalten bleiben möge, haben wir bis zum letzten Augenblick festgehalten und noch Ende Juli unmittelbar vor Verkündung der russischen Mobilmachung grössere, an Kündigung geknüpfte Guthaben der Russischen Staatsbank auf deren Ansuchen ausbezahlt.

Die Zunahme der Umsätze unserer Bank von 188 Milliarden Mark im Vorjahr auf 243 Milliarden spiegelt die Geldentwertung einerseits und die Steigerung aller Löhne andererseits deutlich genug wider.

Der katastrophale Rückgang der meisten Börsenkurse hat uns wenig getroffen, da wir andere Wertpapiere als kurzbefristete Schatzscheine, wie unseren Jahresberichten zu entnehmen war, nur in bescheidenem

Masse besitzen. Um diesen unvermeidbaren Rückgang im allgemeinen Interesse in geordneten Bahnen zu halten, hat sich, als das Waffenstillstands-Angebot erfolgte, eine Aufnahmegemeinschaft der Banken und grossen Bankfirmen des Platzes gebildet. Unser Anteil ist auf Effekten-Konto verbucht; er wird demnächst von der neugegründeten Bank für industrielle Börsenwerte übernommen werden.

Die Bilanzzahlen unserer ausländischen, durch die Kriegereignisse von uns abgetrennten Filialen haben wir nach deren letzten vorhandenen Ausweisen in unseren Abschluss unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt.

Die Zahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen ist von 580 767 im Vorjahr auf 573 367 gestiegen.

Die uns anvertrauten Gelder, Kreditoren und Depositoreneinlagen, haben sich neuerdings um 1071 Millionen vermehrt. Dementsprechend sind unsere flüssigen Anlagen, die naturgemäss zum bei weitem grössten Teil aus Reichsschatzanweisungen bestehen, von 5033 Millionen auf 6290 Millionen gestiegen; unsere Liquidität beträgt 91,68% gegen 86,98%.

Unsere eigenen Verpflichtungen zeigen einen grossen Rückgang, da wir für eigene Rechnung keine Kredite in Anspruch genommen haben. Dagegen erscheint, nachdem das Ende des Krieges den Ausweis gestattet, auf beiden Seiten unserer Bilanz gesondert und erkennbar ein Betrag von M. 432 320 233.60, Verpflichtungen, die wir für Rechnung des Deutschen Reichs und der Reichsbank im Auslande eingegangen sind. Namentlich durch die Steigerung der Wechselkurse hat sich dieser Betrag während des Berichtsjahres stark vermehrt.

Ein Gleiches ist der Fall bei dem an Stelle des Akzeptenkontos von unserer Kundschaft stark in Anspruch genommenen Aval-Konto, das ebenfalls infolge der Steigerung der Wechselkurse sich erheblich vergrössert hat.

Unsere Zweiganstalten haben sich, unter zeitweise sehr schwierigen Verhältnissen, ohne Ausnahme bewährt.

Mehr als jemals haben wir für nötig erachtet, alle Ausgaben für Neueinrichtungen, Abnutzung und bauliche Anpassung unserer Bankgebäude vollständig abzuschreiben.

Die Zahl der Beamten der Deutschen Bank einschliesslich der Vorstandsmitglieder betrug am Jahreschluss 13 529 gegen 13 322 Ende 1917. Wiederum geben wir als Anlage zu diesem Bericht ein Verzeichnis der Tapferen aus unserem Kreise, die ihr Leben für das Vaterland lassen mussten.

Der Bau des im vorigen Bericht unseres Aufsichtsrats erwähnten Arthur von Gwinner Erholungsheims für die Beamten konnte bei der jetzigen Lage des Baumarktes noch nicht in Angriff genommen werden. Um so willkommener ergriffen wir eine sich bietende Gelegenheit, ein fertiges Kurhaus „Johannaberg“ bei Detmold im Teutoburgerwald als Erholungsheim für unsere Beamten zu erwerben. Die Inbetriebnahme verzögert sich leider durch die Unmöglichkeit, die nötigen Lebensmittel zu beschaffen.

Als ausserordentliche Wirtschaftsbeihilfen haben wir unserer Beamtenschaft M. 9 000 000 bewilligt, von welchen

M. 6 000 000 dem Vortrag aus 1917 entnommen sind und

M. 3 000 000 dem diesjährigen Reingewinn entnommen werden sollen.

Hierzu erbitten wir die Genehmigung der Generalversammlung. Die Aufteilung der M. 6 000 000 ist zu Beginn 1919 erfolgt, während die M. 3 000 000 nach ihrer Bewilligung verteilt werden sollen.

Wir verkennen nicht, dass die andauernde Steigerung der Ansprüche der Beamtenschaft in gewissem Umfang durch die allgemeine Teuerung der Lebensverhältnisse begründet ist, müssen aber unter Bedauern feststellen, dass die Forderungen übertrieben sind und dass auf ihre dauernde Einwirkung auf das Geschäftsergebnis keine Rücksicht genommen wird. Wir haben uns stets zur Pflicht gemacht, ohne Druck und Anregung von seiten der Beamtenschaft aus eigener freier Entschliessung die Einkommensbezüge den Lebensverhältnissen anzupassen, und demgemäss insbesondere auch während der Kriegszeit nicht nur Gehaltssteigerungen eintreten lassen, sondern auch durch Schaffung der Teuerungszulage zu den Gehältern bis M. 12 000 eine laufende prozentuale, ausserdem mehrfach besondere Beihilfen, so im Jahre 1918 M. 2 500 000 und letzthin die oben erwähnten M. 9 000 000, zu gewähren. Ausserdem ist den Beamten mit Gehältern bis zu M. 8000 mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab eine allgemeine ausserordentliche Gehaltserhöhung, für die unteren Sätze in Höhe von 25 % bewilligt, die sich für die grösseren Gehälter bis zu 5 % abstuft. Unter Berücksichtigung der oben erwähnten 9 Millionen hat die Deutsche Bank für ihre Beamten, über die festen Gehälter und Weihnachtsgeldern hinaus, eine Summe von nicht weniger als M. 34 471 983 getragen. Es beziffern sich die gesamten persönlichen Aufwendungen für die Beamtenschaft auf 60,7 Millionen gegen 41,9 Millionen im Vorjahre. Für 1919 kommt noch die ausserordentliche Gehaltszulage hinzu, die erst nach Abschluss des Geschäftsjahres in Kraft getreten ist.

All dieses hat die Deutsche Bank nicht vor einem Streik ihrer Beamtenschaft bewahren können. Zwar können wir mit Genugtuung feststellen, dass die Beamten der Deutschen Bank bei der Abstimmung in ihrer Mehrheit sich gegen den Streik ausgesprochen haben; trotzdem mussten wir angesichts der von den Streikenden getroffenen Massnahmen aus Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der Arbeitswilligen diesen Fernbleiben von ihrer Arbeit anheimgeben. Der Streik fand für die sieben mit Streik überzogenen Grossbanken Berlins seinen Abschluss durch einen Schiedsspruch, der sich im wesentlichen auf die Schaffung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschränkte, im übrigen aber die Erledigung der materiellen Ansprüche Tarifverhandlungen vorbehielt. Von diesen haben die Banken trotz der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft eine weitere Belastung zu erwarten.

Unsere gesamten Handlungsunkosten erreichen, ohne die Steuern und Abgaben, den ungeheuren Betrag von M. 69 068 648,77, gegenüber einer Vergleichszahl im letzten Friedensjahr 1913 von M. 27 227 217,74 und gegenüber einem Bruttogewinn von M. 68,307,136,53 vor dem Kriege. Auf das seit Ende 1913 hinzugezogene westliche und östliche Filialnetz entfallen von der Gesamtsumme rund 21 %, während andererseits die sehr bedeutenden Unkosten der Londoner Filiale in der diesjährigen Gesamtzahl nicht enthalten sind. Wohl ist das unheimliche Anwachsen der Handlungsunkosten veranlasst durch die Entwertung der Währung und die allgemeine Teuerung, im wesentlichen aber auch durch die Ansprüche des Personals bei verringerter Arbeitsleistung und kürzerer Arbeitszeit.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschliesslich der Rücklage für verdoppelte Zinsbogensteuer und der Geldumsatzsteuer (erstmalig vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918) M. 14 203 502,69 zu erlegen, gegen M. 7 133 648,97 im Vorjahr.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen“ und Kommanditen enthält die für 1917 vereinnahmten Dividenden auf unsern Besitz an Aktien

der Deutschen Vereinsbank (6½%)	(für 1918	6%)
der Essener Credit-Anstalt (9%)	(„	9%)
der Hannoverschen Bank (8%)	(„	8%)
der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15%)	(„	15%)
der Niederlausitzer Bank A.-G. (8%)	(„	8%)
der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (12½%)	(„	10%)
der Pfälzischen Bank (7%)	(„	6%)
der Privatbank zu Gotha (7%)	(„	6½%)
der Rheinischen Creditbank (7%)	(„	5%)
der Württembergischen Vereinsbank (7%)	(„	7%)
und der Deutschen Treuhand-Gesellschaft (15%)	(„	15%)

Alle diese Institute haben sich auch im fünften Kriegsjahr bewährt. Die Deutsche Ueberseeische Bank konnte die Abschlusspapiere ihrer überseeischen Niederlassungen bis jetzt nicht erhalten und war dadurch verhindert, eine Bilanz aufzustellen. In der gleichen Lage befand sich die Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Gesellschaft.

Die Anatolischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn befinden sich in Feindeshand; ebenso die Steaua Romana A.-G. für Petroleum-Industrie in Bukarest. Die Deutsche Petroleum A.-G. verteilte wiederum 8% Dividende. Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin konnte ihre Dividende auf 5½% erhöhen; eine Tarifierhöhung brachte dem Unternehmen die Rettung vor völliger Ertragnislosigkeit, nachdem die Steigerung der Löhne und Materialkosten alle Einnahmen aus dem kaum zu bewältigenden Verkehr aufzehrte.

Die Bayerische Stickstoff-Werke A.-G. hatte unter niedrigem Wasserstand und Mangel an Zufuhr von Rohstoffen zu leiden, konnte aber 11% Dividende verteilen. Bei Ausbruch des Krieges verfügte Deutschland über Salpeter und andere Stickstoffvorräte nur für wenige Wochen. Auch darin liegt einer der zahlreichen Beweise, dass Deutschland den Krieg weder vorbereitet noch gewollt hat. Erst durch die Not sind die gewaltigen Anlagen zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft entstanden, deren Erzeugnis die Kriegführung möglich gemacht hat. Es war nicht die Schuld der Bayerischen Stickstoff-Werke, dass die von ihnen im ersten Kriegsjahr erbauten grossen Reichswerke zur Gewinnung von Kalkstickstoff nicht genügend mit Kohle, Kalk und elektrischer Energie versorgt wurden; wäre dies geschehen, so war die Not an Nahrungsmitteln jedenfalls teilweise zu vermeiden.

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung
der Universum-Film A.-G.,

Kapitalerhöhungen
der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation,
der Anhaltischen Kohlenwerke,
der Elektrizitäts A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co.,

Einführung von Aktien der
„Vaterländischen“ und „Rhenania“ Vereinigten Versicherungs-Gesellschaften, der Königsberger Walzmühle

A.-G., der Wicking'schen Portland-Cement- und Wasserkalk-Werke, der Bergisch-Märkischen Industrie-Gesellschaft, der Bedburger Wollindustrie-A.-G., der Eisenhüttenwerk Thale A.-G., der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke A.-G. und der Sächsischen Gussstahlfabrik in Döhlen.

Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein A.-G., Aktien der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., der Badischen Anilin- & Sodafabrik, der A.-G. für Anilinfabrikation, der R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik A.-G., der Breslauer Spritzfabrik A.-G., der Maschinenfabrik Schiess A.-G., der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., der Mannesmannröhren-Werke, der Deutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Meissen, der Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Werke A.-G., der Niederlausitzer Kohlenwerke, der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., der Ascherslebener Maschinenfabrik A.-G., der Vereinigten Fränkischen Schulfabriken, der Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., der Deutschen Maschinenfabrik A.-G., und Kuxe der Gewerkschaft „Glückauf“ Sondershausen; ferner von Aktien der Farbwerke vormals Meister Lueius & Brüning, der Chemischen Fabrik Rhenania, der Rütgerswerke A.-G., der Hansa Lloyd Werke A.-G., der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation, der Rombacher Hüttenwerke, der Linke-Hofmann Werke A.-G., der Vereinigten Fassfabriken A.-G. in Cassel und der Görlitzer A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmateriale.

Unsere **Konsortial - Rechnung** enthielt am Jahreschlusse

Beteiligungen an festverzinslichen Werten	M. 1 994 719.99
„ an Aktien von Banken, sowie Eisenbahnen und anderen Transport - Unternehmungen	„ 4 829 626.70
„ an Grundstücks-Geschäften	„ 2 966 054.99
„ an industriellen und verschiedenen anderen Unternehmungen	„ 13 480 317.71
„ an Kriegskreditbanken und Kriegsgesellschaften	„ 574 928.70
im Buchwerte von	M. 23 845 648.09

Den über 4% Geldzinsen (welche in die Zinsenrechnung geflossen sind) erzielten Gewinn auf Gemeinschafts-Unternehmungen haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen verwendet.

Der **Bestand eigener Wertpapiere** gliedert sich wie folgt:

Staats- und Kommunal-Papieresowie deutsche Pfandbriefe	M. 18 835 520.98
Eisenbahn- und Industrie-Obligation. „	10 197 537.34
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien	„ 14 787 464.30
Verschiedene kleine Bestände	„ 1 763 118.30
zusammen	M. 45 583 640.92

Wir haben alle Vermögensteile der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Gefahren bewertet, die der Ausgang des Krieges geschaffen oder verschärft

hat. Unsere gesamten Bestände an Wertpapieren und Unternehmungen und Beteiligungen in der Türkei stehen mit weniger als 5 Millionen Mark zu Buch.

Am 31. März d. Js. ist Herr **Arthur v. Gwinner** aus dem Vorstande der Deutschen Bank ausgeschieden, nachdem er am Beginn dieses Jahres den Tag seines fünf- und zwanzigjährigen Wirkens in der Leitung unserer Bank begangen hatte. Als hervorragender Kenner der internationalen Finanzverhältnisse und der wirtschaftlichen Grundlagen der Länder, nach denen sich unsere geschäftlichen Beziehungen erstrecken, und als ein Mann von eindringendem Urteil, das sich auf reiche Erfahrungen und Kenntnisse sowohl auf seinem eigenen beruflichen als auch auf anderen Gebieten stützt, ist er der Schöpfer vieler Unternehmungen gewesen, deren Ausbau und Entwicklung zu den Erfolgen unserer Bank in hohem Grade beigetragen haben. Wir bedauern sehr, daß uns künftig in unserem Vorstande seine Kraft und Mitwirkung fehlen. Seine Wahl in den Aufsichtsrat unserer Bank, die wir zum nächstzulässigen Termin vorschlagen werden, gibt die Möglichkeit, uns seinen Rat auch weiter zu erhalten. Mit dem Dank, den die Bank dem Wirken des Herrn v. Gwinner schuldet, verbinden wir den Ausdruck der Freude darüber, daß er in der Verwaltung einer Reihe von Unternehmungen die Interessen unserer Bank nach wie vor vertreten wird, und den Wunsch, daß die in fünf und zwanzigjähriger Mitarbeit geknüpften persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihm und uns noch recht lange andauern mögen.

In den Aufsichtsrat wurden in der letzten ordentlichen Generalversammlung neu gewählt:

Herr **Aron Hirsch**, Direktor der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin.

Herr **Dr. Franz Oppenheimer**, Mitinhaber der Firma Emanuel Friedlaender & Co. in Berlin.

Durch den Tod verloren wir zu unserem schmerzlichen Bedauern die Herren:

Senator **Otto E. Westphal**, Hamburg, Mitglied unseres Aufsichtsrats seit 1899 und Mitarbeiter unserer Hamburger Filiale in deren Lokalausschuss

Senator **Emil Possehl**, Lübeck, der unserem Aufsichtsrat seit 1911 angehört hatte.

Unsere Ortsausschüsse verloren durch den Tod die nachstehenden Mitglieder:

der Ausschuss für unsere rheinisch-westfälischen Filialen Herrn **Paul the Losen**,

der Ortsausschuss in Stettin Herrn **Kommerzienrat Otto Tetzlaff**,

der Ortsausschuss in Kattowitz Herrn **Wilhelm Heuer**

und der Beirat unserer Filiale in Posen Herrn **Josef Kantorowicz**.

Allen diesen aus dem Leben geschiedenen Freunden und Mitarbeitern bleibt in unserem Kreise ein dankbares und ehrendes Andenken gesichert.

Neu gewählt wurden in den Ausschuss für die rheinisch-westfälischen Filialen die Herren **Fabrikbesitzer Luitwin von Boch** in Mettlach a. d. Saar, **Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen** in Trier, **Oberforstmeister Franz Ewers**, Präsident der Herzoglich Arenbergischen Hof- und Rentkammer in Düsseldorf, **Fabrikbesitzer, Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Karl Niemann** in Bielefeld.

In den Ortsausschuss in Stettin wurde neu gewählt Herr **Carl Wenzel**, Mitinhaber der Firma Tetzlaff & Wenzel in Stettin.

Herrn Maximilian von Rapp, langjähriger Direktor unserer Londoner Filiale, wurde im Berichtsjahr die Ausreise aus England gestattet. Er hat in seinem Heimatlande den ebenso wichtigen wie schwierigen Posten des Generalsekretärs der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Wien übernommen und bleibt nach so vielen Jahren gemeinsamen Arbeitens mit uns in Freundschaft verbunden.

Herr Dr. jur. Alfred Wolff, dessen Ernennung zum Direktor der Brüsseler Filiale wir in unserem vorjährigen Bericht anzeigten, hat vorgezogen in Deutschland zu bleiben; er vertritt uns im Aufsichtsrat verschiedener Gesellschaften.

Neu ernannt, und zwar durchweg durch Beförderung, wurden die folgenden Mitarbeiter:

in Berlin: Otto Sperber zum stellvertretenden Direktor, die Herren Julius Borchardt, August Eikmann, Alfred Fuhrmeister, Hans Igen, Johannes Koenig, Carl Neumann, Emil Scheid, Gustav Schmidt, Georg Schmidt, Fritz Wintermantel zu Abteilungsdirektoren;

in Augsburg: Herr Theodor Heymann (München) zum Direktor der Filiale, Herr Arnold Maser zum stellvertretenden Direktor;

in Aachen: Herr Rechtsanwalt Max Warlimont zum Direktor;

in Bremen: Herr Wilhelm Meyer zum stellvertretenden Direktor;

in Brüssel: Herr Max Uhlenhaut zum Direktor, Herr Felix Aschert zum stellvertretenden Direktor — die Genannten sind, ebenso wie andere durch die Kriegsverhältnisse vertriebene Herren aus Konstantinopel, Sofia und Bukarest, gegenwärtig unsere Mitarbeiter in Berlin —;

in München: Herr Max Böttiger und Herr Dr. Adolf von Grafenstein zu stellvertretenden Direktoren;

in Paderborn: Herr Dr. Friedrich Buchbinder zum stellvertretenden Direktor;

in Remscheid: Herr Hans Schilling zum Direktor;

in Solingen: Herr Albert Lüdecke, vordem Prokurist in Elberfeld, zum Direktor der Zweigstelle Solingen.

Ausgeschieden sind:

in Berlin: Herr Abteilungsdirektor Otto Reichard durch Eintritt in den verdienten Ruhestand nach 38jähriger Tätigkeit im Dienst der Deutschen Bank;

in Bromberg verlor unsere Filiale ihren Direktor, Herrn Franz Brandstädter, der auf dem Felde der Ehre gefallen ist;

in Elberfeld verstarb der Syndikus unserer Filiale Herr Richard Rohland;

in Köln ist der stellvertretende Direktor Herr Max Zimmermann nach 32jähriger Arbeit in den Ruhestand getreten;

in Trier hat sich mit Ende des Berichtsjahres Herr Justizrat Dr. Lorenz Hey, früher Mitinhaber der von uns übernommenen, altangesehenen Firma Reverchon & Co., aus dem aktiven Geschäftsleben zurückgezogen; seine Zuwahl in den Ausschuss der rheinisch-westfälischen Filiale wird beantragt.

Zu dem Reingewinn des Jahres	
von	M. 43 152 564.12
tritt der Vortrag aus 1917 mit	„ 6 423 569.74
zusammen	<u><u>M. 49 576 133,86</u></u>

Wir beantragen:

1. die aus dem Vortrag zugunsten der Beamtenschaft vorgenommene Entnahme von M. 6 000 000.— zu genehmigen,
2. für Abschluss-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen . . „ 4 500 000.—
3. eine **Dividende von 12%** auf M. 275 000 000 Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen . . „ 33 000 000.—
4. dem Aufsichtsrat den satzungsgemässen Gewinnanteil (7 vom Hundert nach 6½% Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen) zu überweisen „ 1 138 440.86
5. statt einer Zuwendung an die freie Rücklage vielmehr als weitere besondere Beihilfe für die Beamten zu gewähren „ 3 000 000.—
6. und den Rest von „ 1 937 693.— auf neue Rechnung vorzutragen.

zusammen M. 49 576 133,86

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit unverändert M. 505 000 000.

Berlin, im Mai 1919.

[163]

Der Vorstand der Deutschen Bank

E. Heinemann P. M. Herrmann P. Mankiewitz C. Michalowsky
O. Schlitter G. Schröter E. G. v. Stauß O. Wassermann

Disconto-Gesellschaft in Berlin.

Geschäftsbericht für das Jahr 1918.

Nachdem Deutschland unter dem Einfluß der völkerrechtswidrigen Blockade den Krieg verloren hat und die sozialistische Revolution sowohl die politischen Grundlagen des Reiches vollkommen verändert, als auch unser Wirtschaftsleben aufs schwerste erschüttert hat, sind alle Hoffnungen und Erwartungen, denen wir in unseren früheren Geschäftsberichten Ausdruck verliehen haben, zunichte geworden, und es ist eine solche Unsicherheit aller Verhältnisse eingetreten, daß es unmöglich ist, sich ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung zu machen. In seiner Existenz von innen und außen aufs höchste bedroht, darf Deutschland nur dann hoffen, sich langsam wieder empor zu arbeiten, wenn der kommende Friedensschluß ihm keine übermäßigen Opfer auferlegt und wenn das deutsche Volk noch in letzter Stunde Ruhe und Besonnenheit wiederfindet und zu nachhaltiger Arbeit und Sparsamkeit zurückkehrt. Auch ein Rückblick auf die Vergangenheit erscheint bei diesen tiefgreifenden Veränderungen heute wertlos. Wir beschränken uns daher im nachstehenden darauf, unseren Anteilseignern über unseren Geschäftsbetrieb zu berichten.

Wir müssen mit der Mitteilung beginnen, daß Herr D. Max v. Schinckel sich entschlossen hat, aus Rücksichten auf sein Alter und seine Gesundheit aus seiner Stellung als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft wie der Norddeutschen Bank in Hamburg mit dem 31. März 1919 auszuschcheiden. Von den übrigen Geschäftsinhabern wird dieser Entschluß auf das schmerzlichste bedauert, denn die Bank verliert dadurch die Mitarbeit eines Mannes, der über ein außergewöhnliches Maß von Erfahrungen auf dem Gebiete des Bankwesens, des Ueberseehandels und der Währungsfragen verfügt, und sein reiches Können und Wissen, verbunden mit einem klaren Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungen, in 47jähriger Tätigkeit bei der Norddeutschen Bank und 24jähriger Tätigkeit als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft stets mit vollster Hingebung und nie ermattender Tatkraft in den Dienst unserer Institute gestellt und ihren Aufstieg in hervorragendem Maße gefördert hat.

Die Geldflüssigkeit hat während des ganzen Jahres in fast unverminderter Stärke angedauert. Der Reichsbankdiskont hielt sich unverändert auf 5%. Auch der Waffenstillstand und seine Folgen vermochten die Geldflüssigkeit nur wenig zu beeinträchtigen, da es angesichts

innerer Wirren und der Absperrung vom Außenverkehr an genügenden Verwendungsmöglichkeiten fehlte. Dies spiegelt sich in der Bewegung der Depositen in unseren Berliner Wechselstuben und Zweigstellen wider. Dieselben betrugen gegen den mit 100 angenommenen Stand bei Ausbruch des Krieges:

Bestand am 15. Juli 1914 mit 100%
angenommen.

Bis 9. Januar 1918 dritte Einzahlung auf die VII. Kriegs-anleihe

am 15. Januar	1918	309%
" 31. "	"	316%

Bis 6. Februar letzte Einzahlung auf die VII. Kriegs-anleihe

" 15. Februar	"	341%
" 28. "	"	330%
" 15. März	"	364%

Vom 28. März bis 27. April erste Einzahlung auf die VIII. Kriegs-anleihe

" 31. "	"	347%
" 15. April	"	352%
" 30. "	"	347%
" 15. Mai	"	363%

Bis 24. Mai zweite Einzahlung auf die VIII. Kriegs-anleihe

am 31. Mai	1918	364%
" 15. Juni	"	372%

Bis 21. Juni dritte Einzahlung auf die VIII. Kriegs-anleihe

" 30. "	"	379%
" 15. Juli	"	391%

Bis 18. Juli letzte Einzahlung auf die VIII. Kriegs-anleihe

" 31. "	"	385%
" 15. August	"	394%
" 31. "	"	390%
" 15. September	"	399%

Vom 30. September bis 6. November erste Einzahlung auf die IX. Kriegs-anleihe

" 30. "	"	396%
" 15. Oktober	"	413%
" 31. "	"	402%
" 15. November	"	393%
" 30. "	"	389%

Bis 3. Dezember zweite Einzahlung auf die IX. Kriegs-anleihe

" 15. Dezember	"	397%
" 31. "	"	398%

Bis 9. Januar 1919 dritte Einzahlung auf die IX. Kriegs-anleihe

am 15. Januar	1919	393%
" 31. "	"	387%

Bis 6. Februar 1919 letzte Einzahlung auf die IX. Kriegs-anleihe

" 15. Februar	"	386%
" 28. "	"	387%
" 15. März	"	397%

Die uns zufließenden Gelder konnten zum Teil im Kreditgeschäfte Verwendung finden, zum Teil dienten sie zum Ankauf von Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten. Die Höhe der in Betracht kommenden Beträge sicherte uns ein besonders günstiges Erträgnis unseres Wechsel- und Zinskontos, obgleich dabei der starken Entwertung der Reichsmark auf den ausländischen Märkten Rechnung getragen werden mußte. Die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, welche diese Entwertung der Reichsmark mit sich brachte, hat uns veranlaßt, im vaterländischen Interesse für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank im Auslande hauptsächlich für Einfuhrbedürfnisse Kredite zu nehmen. Die sich daraus für uns ergebenden Verpflichtungen, welche wir bisher unter den Gläubigern verbucht hatten, haben wir nunmehr, ebenso wie die sie ausgleichenden Forderungen an das Reich und die Reichsbank, in der Vermögensübersicht gesondert aufgeführt.

Auch auf dem Aval- und Bürgschaftskonto tritt die Entwertung der Reichsmark in die Erscheinung, da diese Verpflichtungen, soweit sie auf fremde Währung lauten, bei dem ungünstigeren Stande der Wechselkurse höhere Markbeträge ergeben.

Das Geschäft in Wertpapieren war namentlich im ersten Teile des Berichtsjahres ein recht lebhaftes und gewährte uns die Gelegenheit zu einer umfangreichen Betätigung im Kommissionsgeschäft. Die Zunahme unserer eigenen Effektenbestände ist im wesentlichen hervorgerufen durch unsere Beteiligung an den Kriegsanleihen und die Heroinnahme verzinslicher Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten.

Die Ereignisse des November brachten nicht nur einen Umschwung in der Kursbewegung am Wertpapiermarkte hervor, sondern sie bewirkten auch erhebliche Störungen unseres gesamten Geschäftsbetriebes, die noch nicht überwunden sind. Infolge der Unruhen sahen wir uns aus Gründen der äußeren Sicherheit gezwungen, unsere Geschäftsbetriebe zeitweilig zu schließen, und die Furcht vor gewaltsamen Eingriffen sowie eine im Herbst eingetretene außerordentliche Knappheit an Umlaufsmitteln trieb das Publikum an, in erheblichem Umfange eine Verschiebung in der Lagerung seines Wertpapierbesitzes und in der Belegung seiner Barguthaben vorzunehmen, welche den Banken eine kaum zu bewältigende Arbeitslast aufbürdete. Die sich hieraus ergebenden Uebelstände wurden noch dadurch verstärkt, daß die mit der Revolution einsetzende allgemeine Lohnbewegung auch die Bankbeamten ergriff und durch Maßnahmen der provisorischen Regierung gefördert wurde. Diese Bewegung, die — wie der weitere Verlauf deutlich erkennen ließ — vornehmlich auf das Betreiben politischer Agitatoren zurückzuführen ist, entbehrt der wirtschaftlichen Be-

gründung. Wir haben uns eine ausreichende Entlohnung unserer Angestellten stets angelegen sein lassen und ihnen in erheblichem Umfange durch Tantieme-Zusicherung und besondere Vergütungen Anteil an dem zur Ausschüttung gelangenden Gewinn gewährt, wir haben ihnen durch unsere David Hansemannsche Pensionskasse höhere Pensionsansprüche für sich wie für ihre Witwen gesichert, als sie ihnen bei den gesetzlichen Anstalten oder dem schon Vorzüge bietenden Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes z. G. zustehen, und wir haben insbesondere auch der Teuerungszunahme fortgesetzt durch Gewährung außerordentlicher Beihilfen Rechnung getragen. Da allein unsere Berliner Angestellten, unter Ausschluß der Direktoren und Prokuristen, bei uns über ein Sparkassenguthaben von nicht weniger als rund M. 10 Mill. verfügen und daneben noch sehr namhafte Beträge in Wertpapieren bei uns im Depot haben, so ist die Behauptung einer allgemeinen Notlage, soweit unsere Beamtenschaft in Betracht kommt, nicht begründet. Dies ergibt sich auch aus folgender Uebersicht. Es betragen unsere Aufwendungen für die Entlohnung der Beamten allein in Berlin

1913:	M. 6 500 000,—
1918:	" 17 871 412,76.

Es haben sich, auf den einzelnen Angestellten berechnet, gesteigert:

die Bezüge der Angestellten mit Ausschluß der Direktoren und Prokuristen von 1913—1918 durchschnittlich auf 225 %,

die Bezüge der Boten und des Hauspersonals durchschnittlich auf 266 %,

wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Steigerung für die niedrigeren Gehaltsstufen eine prozentual stärkere war als für die höheren.

Kaum eine andere Kategorie von Staats-, Kommunal- oder Privat-Beamten dürfte eine ähnliche materielle Fürsorge der Arbeitgeber erfahren haben wie die Bankbeamten. Auch denen, die im Felde standen, ist überdies ein sehr erheblicher Teil ihrer Bezüge fortgewährt worden, und sie sind auch vor Benachteiligung in den Gehaltsbezügen gegen die Heimgebliebenen geschützt worden.

Unter dem Drucke der Verhältnisse mußten wir trotzdem den Forderungen der Beamten in weitgehendem Umfange entsprechen. Die Aufwendungen, welche im Berichtsjahre für das Gesamtinstitut bereits M. 24 921 317 betragen, werden für das Jahr 1919 eine weitere recht erhebliche Steigerung erfahren.

Zu dieser Vermehrung der Personalkosten gesellte sich ein Anwachsen der sachlichen Unkosten, so daß die Verwaltungskosten, auf deren erschreckende Zunahme wir schon in unseren früheren Berichten hingewiesen haben, neuerdings in erhöhtem Maße das Gewinnergebnis ungünstig beeinflusst haben. Auch die Steuerlasten haben, insbesondere infolge der Zinssteuer und der Erhöhung der Umsatzsteuern, wiederum stark zugenommen. Es betragen

im Jahre	die Verwaltungskosten	die Steuern
1913	M. 12 666 216,72	M. 2 090 435,27
1914	" 13 160 228,67	" 2 515 822,10
1915	" 13 993 541,57	" 2 868 238,30
1916	" 17 332 114,98	" 3 471 668,11
1917	" 22 430 834,92	" 3 614 290,67
1918	" 33 805 792,24	" 6 294 675,13

Die von uns im Verein mit der gesamten deutschen Bankwelt angestrebte Verbesserung der Geschäftsbedingungen konnte, wenn sie auch Fortschritte gemacht hat, mit derartigen Mehrbelastungen nicht Schritt halten, und wird dies auch in Zukunft nicht vermögen, namentlich da die stets wachsende Konkurrenz der von den Steuerlasten befreiten staatlichen und kommunalen Anstalten diesem Ausgleich hindernd entgegentritt.

Die Kursrückgänge auf dem Wertpapiermarkte, insbesondere bei den Krieganleihen und verzinslichen Schatzanweisungen, haben auch bei uns ein erhöhtes Maß von Abschreibungen auf den Effekten- und Konsortial-Konten erforderlich gemacht, so daß ein Gewinn hieraus in die Gewinn- und Verlust-Rechnung nicht eingestellt werden konnte. Darüber hinaus mußten bei der Bewertung unserer Aktiva die veränderten Verhältnisse besonders in Rußland berücksichtigt werden, wenn wir uns auch von größeren Engagements im Auslande ferngehalten haben, so daß wir insbesondere durch die Ereignisse in der Türkei wie auch in Rumänien kaum berührt werden. Auch die Engagements, die wir in Oesterreich, Ungarn und Bulgarien noch unterhalten, gaben uns zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Die Kreditbank in Sofia hatte sich günstig entwickelt. Infolge der politischen Ereignisse mußten die deutschen Mitglieder der Verwaltung Bulgariens verlassen, und wir entbehren seitdem zuverlässige Nachrichten über das fernere Schicksal der Bank, die von den bulgarischen Beteiligten weitergeführt wird.

Die Banca Generala Romana in Bukarest, deren Verwaltung wir seit ihrer Gründung im Verein mit dem Bankhause S. Bleichröder geführt haben, an der wir aber nur noch mit einem ganz geringfügigen Aktienbesitz beteiligt sind, hat auch im vergangenen Jahre sehr günstig gearbeitet. Einen Abschluß hat sie bisher noch nicht vorgelegt, und ihr weiteres Schicksal wird wesentlich von der weiteren Gestaltung der politischen Verhältnisse auf dem Balkan bedingt sein. Sie hatte im Berichtsjahre unter unserer Beteiligung sich die Aufgabe gestellt, den Aufschluß der bedeutsamen Braunkohlenfelder, welche unter der deutschen Militärverwaltung in Rumänien längs der Karpathen festgestellt worden sind, in die Hand zu nehmen. Es verlautet indessen, daß die rumänische Regierung diesen im eigenen Interesse des Landes gelegenen Bestrebungen gesetzliche Hindernisse in den Weg legt.

Bei den niedrigen Einstandskursen unserer Beteiligungen an überseeischen Banken, nämlich der Brasilianischen Bank für Deutschland, der Bank für Chile und Deutschland, der Deutschen Afrika-Bank, der Deutschen Ostafrika-Bank und der Handelsbank für Ostafrika, dürfen wir hoffen, keinerlei wesentliche Verluste an ihnen zu erleiden. Mit der Unterbindung oder Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands über See wird aber natürlich der Nutzen, den wir aus diesen unseren Tochterunternehmungen ziehen können, eine Minderung erfahren. Keine von ihnen war unter den gegebenen Verhältnissen in der Lage, ihre Bücher für das vergangene Jahr abzuschließen.

Die Deutsch-Asiatische Bank ist, wie wir im Vorjahre berichteten, nach der Kriegserklärung Chinas

unter Zwangsverwaltung gestellt worden und soll sich inzwischen in Zwangsliquidation befinden. Auch hier fehlen eingehendere Nachrichten.

Von den uns außerdem nahestehenden Gesellschaften: der Neu-Guinea Compagnie, der Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, der Schantung Eisenbahn-Gesellschaft und der Großen Venezuela Eisenbahn-Gesellschaft, deren günstige Fortentwicklung wir annehmen dürfen, erwarten wir, daß sie auch in Zukunft wichtige deutsche Unternehmungen bleiben werden. Eine ordnungsmäßige Berichterstattung der Verwaltung dieser Unternehmungen konnte im Berichtsjahre wiederum nicht erfolgen.

Für das fernere Geschick aller dieser überseeischen Unternehmungen wird natürlich die Entscheidung über Deutschlands Kolonialbesitz von tiefgreifendem Einfluß sein. Unsere Gegner wollen Deutschland seiner Kolonien völlig berauben und suchen dies mit dem sonst von ihnen verkündigten Grundsatz unvereinbare Vorhaben durch die Behauptung zu beschönigen, Deutschland habe sich durch die unmenschliche Behandlung der Eingeborenen unwürdig erwiesen, Kolonien zu besitzen. Demgegenüber stellen wir auf Grund unserer langjährigen, vielseitigen Beteiligung an deutschen Kolonialunternehmungen fest, daß die fürsorgliche Behandlung der Eingeborenen stets ein mit allem Nachdruck verfolgtes Ziel der deutschen Kolonialverwaltung und der Privatunternehmungen gebildet hat und ihre ausführenden Organe unnachsichtlich zur Befolgung der entsprechenden Anweisungen angehalten worden sind.

Ueber die uns nahestehenden inländischen Unternehmungen berichten wir:

Die Kaliwerke Aschersleben haben im vergangenen Jahre zweimal eine Kapitalerhöhung vorgenommen, und zwar erstmalig von M. 12 auf 20 Mill. zur Durchführung des Erwerbs der Kaliwerke Hattorf, sodann erneut auf Mark 22 $\frac{1}{2}$ Millionen zum Erwerb der Mehrheiten der Bergwerksgesellschaften Mariagluck und Habighorst. Beide Geschäfte bezweckten, der uns befreundeten Gesellschaft wertvolle Hartsalzfelder anzugliedern. Eine Steigerung des Absatzes während der ersten $\frac{3}{4}$ Jahre in Verbindung mit der durch Reichsgesetz festgelegten Erhöhung der Preise für Kalisalze brachte den Kaliwerken Aschersleben Mehreinnahmen und damit einen gewissen Ausgleich gegenüber den gesteigerten Materialpreisen und Löhnen. Leider hat der infolge der Waffenstillstandsbedingungen eingetretene Wagen- und Kohlenmangel während der letzten drei Monate erhebliche Nachteile im Gefolge gehabt. Mit einer Verringerung des Absatzes stiegen die Unkosten so bedeutend, daß im letzten Vierteljahr, wie in allen Kalibetrieben, mit Verlust gearbeitet wurde.

Die Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft konnte in dem größten Teil des Jahres aus dem Verkauf ihrer Produkte an die Heeresverwaltung guten Nutzen ziehen. Die künftige Gestaltung ihrer ausländischen Interessen wird in erheblichem Maße durch den Gang der politischen Ereignisse bedingt sein. Die Gesellschaft, die sich im vergangenen Jahre durch Erwerb weiterer umfangreicher Grubenfelder in verstärktem Maße in der Braunkohlenindustrie beteiligt hat, erhofft auch auf diesem Gebiete

in der Zukunft ein Feld erfolgreicher Wirksamkeit zu finden, insbesondere wenn die jetzt in größerem Maßstabe zur praktischen Durchführung gelangende Vergasung der Braunkohle zwecks Herstellung von flüssigen Brennstoffen eine günstige Entwicklung nimmt.

Die Braunkohlenwerke Borna A.-G. hatten sich in fortgesetzt günstiger Entwicklung befunden und ihre Produktion bis zur höchsten Leistungsfähigkeit gesteigert. Die plötzliche Entlassung der Kriegsgefangenen ohne gleichzeitigen Ersatz an Arbeitskräften hatte einen unvermittelten erheblichen Rückgang der Kohlenförderung und Brikettfabrikation zur Folge. Lohnbewegungen und Arbeitsunlust sowie die im Jahre 1917 notwendig gewordene Uebernahme des Abraums in eigenen Betrieb trugen dazu bei, diese Nachteile noch zu verstärken, so daß gegen Ende des Berichtsjahres mit Verlust gearbeitet wurde.

Bei der „Freia“ Braunkohlenwerke A.-G. haben wir bei der Lage der Verhältnisse den Aufschluß der Kohlenfelder noch nicht beginnen können.

Gemeinsam mit bayerischen Bankfreunden gründeten wir als Studiengesellschaften die „Mittlere Isar“ und die „Ober-Inn“ G. m. b. H., welche bestimmt sind, die Erschließung und Verwertung der Wasserkräfte der mittleren Isar bei München und des oberen Inn von der Landesgrenze bis Wasserburg für industrielle Zwecke zu studieren und vorzubereiten. Die Arbeiten sind bestmöglich gefördert worden. Inwieweit die Absicht der bayerischen Regierung, den Ausbau der mittleren Isar von Staats wegen durchzuführen, unsere Mitarbeit an dieser ausschließen wird, steht noch dahin.

Wie in früheren Jahren haben wir bei der Aufmachung unserer Bilanz hinsichtlich unserer Londoner Zweiganstalt nur den Saldo eingestellt, der sich aus unseren Büchern für unsere Rechnungsverhältnisse mit der Filiale ergibt, da wir auch im vergangenen Jahre mit ihr nicht in näheren Verkehr treten konnten. In gleicher Weise mußten wir in diesem Jahre bezüglich unserer Zweigniederlassung in Metz verfahren, der es von den französischen Besatzungsbehörden nicht gestattet wurde, uns ihre Bilanz zu übermitteln. Ohne ersichtlichen Grund wurden von der französischen Militärbehörde die Leiter unserer dortigen Zweigniederlassung im Dezember 1918 in Haft genommen und trotz der von uns erwirkten energischen Bemühungen der Waffenstillstandskommission bisher nicht freigelassen.

Unserer Antwerpener Filiale ist es gelungen, ihren Betrieb rechtzeitig vor der Räumung Antwerpens seitens der deutschen Besatzungstruppen nach Düsseldorf zu verlegen und von dort aus einen erheblichen Teil ihrer Geschäfte zu erledigen.

Der Umfang unseres Geschäftsbetriebes hat eine weitere Ausdehnung erfahren, indem wir im Juni 1918 die Trierer Volksbank im Fusionswege übernahmen. Diese hatte bis dahin mit einem Kapital von M. 2 500 000 und M. 420 200 offenen Reserven nutzbringend gearbeitet und wertvolle Beziehungen insbesondere zu den Kreisen der Weinproduzenten unterhalten. Eine Erhöhung des Grundkapitals war für uns damit nicht verbunden. Eine neue Zweigstelle eröffneten wir in Halberstadt unter Übernahme des angesehenen Bankhauses M. Helft.

Diesen Erweiterungen schlossen sich im laufenden Jahre die Eröffnung einer Filiale in Lübeck und einer Zweigstelle in Gießen an, wofür wir bereits im Berichtsjahre vorbereitende Maßnahmen getroffen hatten.

Von unseren Angestellten sind 331 auf dem Felde der Ehre gefallen. Ein Verzeichnis ihrer Namen, deren Anbringung auf einer Ehrentafel an sichtbarer Stelle in unserer Bank bereits in die Wege geleitet ist, fügen wir auch diesem Berichte bei. Ihr Andenken soll damit den lebenden und kommenden Geschlechtern erhalten bleiben.

Mit tiefer Trauer gedenken wir auch des Verlustes, den wir durch das Hinscheiden unseres früheren Direktors, des Herrn Paul Boettger, sowie der Herren Dr. R. Dietzschold, Mitleiters unserer Filiale Mainz, und F. Winkelmann, submanager unserer Londoner Filiale, im Berichtsjahre erlitten haben. In Ihnen haben wir langjährige, treue Mitarbeiter verloren, die mit größter Hingebung sich der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben gewidmet haben, und deren Andenken wir stets hochhalten werden.

Aus dem Kreise der Direktoren schied ferner Herr Richard F. Ullner, welcher in den Vorstand der uns befreundeten Deutschen Erdöl A.-G. als stellvertretender Vorsitzender berufen wurde.

Der stellvertretende Syndikus Herr Dr. W. Hartmann wurde zum Syndikus bestellt. Die Herren stellvertretenden Direktoren C. Thürnau, R. E. Pestel, H. Zeitz, E. H. von Berger, F. Koch und J. St. Loeb wurden zu Direktoren ernannt, und die bisherigen Prokuristen L. Neuhauß, G. Warendorf, F. Schneider, W. Krüger, M. Stern, A. Gast sowie ferner Herr L. Köndgen zu stellvertretenden Direktoren.

Als stellvertretende Direktoren traten außerdem in unsere Dienste die Herren W. Wierz in Trier, A. Helft in Halberstadt und A. Wendel in Gießen.

Der Abschluß gestattet die Verteilung eines **Gewinnes** von 9% auf das Kommanditkapital von M. 310 000 000.

Der **Rohgewinn** beläuft sich einschließlich des Gewinnvortrages aus 1917 von M. 292 619,47 auf M. 72 116 598,67

Hiervon sind abzusetzen die Verwaltungskosten, Steuern usw. mit „ 40 100 467,37

Es wird vorgeschlagen, von verbleibenden M. 32 016 131,30

als Gewinnanteil von 9% auf die Kommandit-Anteile sowie als Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats zu verwenden M. 31 000 386,63
für Talonsteuer zurückzustellen . M. 310 000,—
an die David Hansenmannsche Pensionskasse für d. Angestellten der Gesellschaft zu überweisen „ 400 000,—
u. auf neue Rechnung vorzutragen „ 305 744,67
M. 32 016 131,30

Das **Kommanditkapital** mit M. 310 000 000, die **Allgemeine Reserve** mit M. 109 000 000 und die nach Art. 9 des Statuts gebildete **Besondere Reserve** mit M. 25 000 000 sind unverändert geblieben. Beide Reserven zusammen betragen M. 134 000 000. Kapital und Reserven M. 444 000 000

Unberücksichtigt bleibt hierbei die Reserve, welche sich aus dem Besitz der zum Nennwert in die Bilanz eingezetzten M. 60 000 000 Aktien der Norddeutschen Bank in Hamburg und M. 100 000 000 Aktien des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Cöln ergibt, deren gesamte Aktien sich in unserer Hand befinden.

Das Eigenkapital der Disconto-Gesellschaft stellt sich nunmehr wie folgt:

A.-Kapital d. Disconto-Gesellschaft	M.	310 000 000
Bilanzmäßige Reserven der Disconto-Gesellschaft	"	134 000 000
Bilanzmäßige Reserven der Norddeutschen Bank in Hamburg	"	20 000 000
Bilanzmäßige Reserven des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. in Cöln	"	10 000 000
Zusammen Kapital und bilanzmäßige Reserven	M.	474 000 000

Unser Bankgebäudekonto hat eine Erhöhung erfahren, da wir uns aus Raummangel entschließen mußten, die unserm Hauptgeschäfte benachbart gelegenen Grundstücke Unter den Linden 32 und Behrenstraße 31 in Berlin anzukaufen, und ferner für unseren Geschäftsbetrieb in Frankfurt a. d. O., Halberstadt, Lübeck, Stettin und Trier neuen Grundbesitz erwarben. Das Konto der sonstigen Liegenschaften, das auch das frühere Bankgebäude des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins in Berlin enthält, hat durch Veräußerungen eine Ermäßigung erfahren.

Durch die beantragte Ueberweisung an die Pensionskasse wird ihr Vermögensbestand auf die Höhe von M. 5 329 729,92 gebracht werden.

Die von uns für die Versicherung unserer Angestellten bei dem Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) aufgewendeten Beträge sind in gewohnter Weise unter den Verwaltungskosten gebucht.

Im Wechselverkehr betragen: der Umsatz M. 27 379 036 995,38 (1917: M. 18 794 027 018,77), die Zahl der Wechsel 1232 750 (1917: 1227 168), der Durchschnittsbetrag eines Wechsels M. 22 209,72 (1917: M. 15 314,96). Am 31. Dezember 1918 beliefen sich die Bestände an Wechseln auf M. 1 975 117 263,04 (1917: M. 1 618 213 211,93).

Die Umsätze in unverzinslichen Schatzanweisungen sind in dem Wechselverkehr einbegriffen.

Der Reinertrag aus Coupons usw. belief sich auf M. 1 076 942,32 gegen M. 769 988,33 im Jahre 1917.

Der Verkehr in Wertpapieren, in dem auch die verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten einbegriffen sind, im Kommissionsgeschäft, für Konsortial- und eigene Rechnung betrug M. 6 372 155 147,58 (1917: M. 5 533 619 720,50), wovon auf die dem Wertpapierverkehr zugerechneten Coupons und ausländischen Noten ein Umsatz von M. 840 351 353,91 (1917: M. 668 073 526,16) entfiel.

Es betrug der Bestand an eigenen Wertpapieren M. 96 390 048,41 gegen M. 77 394 256,43 im Jahre 1917, an Konsortial-Beteiligungen M. 48 017 097,68 gegen M. 45 503 189,89 im Jahre 1917, zusammen M. 144 407 146,09 gegen M. 122 897 446,32 im Jahre 1917.

Der Bestand an verkauften, erst nach dem 31. Dezember 1918 abzuliefernden Wertpapieren (Reports) und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere betrug M. 299 294 401,96 gegen M. 289 047 153,56 im Vorjahre. Das Konto umfaßt auch die unserer Kundschaft zum Zwecke der Zeichnung deutscher Kriegsanleihe unter Verpfändung der letzteren gewährten Vorschüsse sowie die gedeckten Darlehen an Kommunen, Kommunalverbände und öffentlich-rechtliche Kreditgesellschaften.

Wir übernahmen u. a. folgende Wertpapiere oder beteiligten uns an deren Uebernahme durch eine Gemeinschaft:

Festverzinsliche Werte:

5% Ungarische Staatskassenscheine von 1918.

Aktien:

Neue Aktien der K. K. Priv. Allgemeinen Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt. — Neue Aktien der Basalt A.-G. — Neue Aktien der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp A.-G. — Aktien der Cuxhavener Herings-Fischerei A.-G. — Aktien der Deutschen Seefischerei Aktiengesellschaft. — Neue Aktien der Th. Goldschmidt A.-G. — Neue Aktien der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft. — Neue Aktien der Kaliwerke Aschersleben. — Neue Aktien der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. — Neue Aktien der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft. — Neue Aktien der Metallwerke Aktiengesellschaft vorm. Luckau & Steffen. — Neue Aktien der Papierfabrik Reisholz A.-G. — Neue Aktien der K. K. Priv. Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe. — Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk A.-G. — Neue Aktien der Sächsischen Cartonnagen-Maschinen-A.-G. — Aktien der Schiffswerft Oldenburg Aktiengesellschaft. — Neue Aktien der Schweizerischen Kreditanstalt. — Neue Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank.

Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung:

Mittlere Isar G. m. b. H. — Oberinn G. m. b. H.

Außerdem führten wir folgende Wertpapiere an den Börsen zu Berlin oder Frankfurt a. M. ein:

Aktien:

Aktien-Gesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation. — Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. — Chemische Fabriken vorm. Weiler ter Meer. — Direction der Disconto-Gesellschaft. — Dortmunder Aktien-Brauerei. — Dynamit-Aktien-Gesellschaft vorm. Alfred Nobel & Co. — Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorch & Cie. Act.-Ges. — Farbwerke Franz Rasquin Aktien-Gesellschaft. — Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft. — Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. — Kaliwerke Aschersleben. — Linke-Hofmann-Werke. — Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein A.-G. — Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. — Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. — Metallbank und Metallurgische Gesellschaft A.-G. — Metallwerke Aktien-Gesellschaft vorm. Luckau & Steffen. — Rheinische Stahlwerke. — Rositzer Braunkohlenwerke A.-G. — Sächsische Cartonnagen-Maschinen A.-G. — Schoeller'sche und Eitorfer Kammgarnspinnerei A.-G. — Vereinsbank in Hamburg.

— Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. I. C. & H. Dietrich) Aktien-Gesellschaft. — Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. A.-G.

Unsere Niederlassungen, Zweigstellen und Wechselstuben haben wiederum ein recht günstiges Ergebnis gezeitigt, obwohl einzelne derselben unter der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sehr zu leiden hatten.

Hinsichtlich der Entwicklung der Norddeutschen Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G. verweisen wir auf die von diesen Gesellschaften veröffentlichten Jahresberichte.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg hat, nachdem sie aus ihrem Reingewinn den Betrag von M. 1 568 627,45 ihrer Besonderen Reserve zugeführt und ihre Reserven damit auf M. 20 000 000 erhöht hat, auf ihr Aktienkapital von M. 60 Millionen für das Jahr 1918 einen Gewinn von 8% verteilt, der in unserer diesjährigen Gewinnrechnung erscheint.

Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein Aktien-gesellschaft in Cöln verteilte auf sein Aktienkapital von M. 100 Millionen für das Jahr 1918 einen Gewinn von 7%, der ebenfalls in unsere diesjährige Gewinnrechnung eingestellt ist.

Der Gewinn aus der dauernden Beteiligung an anderen befreundeten Banken enthält nur die im Jahre 1918 tatsächlich vereinnahmten Erträge für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 17/18, und zwar erzielten: Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 9%. — Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. 7%. — Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft 8%. — Stahl & Federer Aktiengesellschaft 7%. — Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. 7%. — Geestemünder Bank 8%. — Bank für Chile und Deutschland 6% (für 1916). — Kreditbank in Sofia 7%. — Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary & Co. in Antwerpen 6% für die bevorrechtigten Aktien und 7% für die Stammaktien, und 6 Fr. für jeden Genußschein.

Die Compagnie Commerciale Belge anciennement H. Albert de Bary & Co., Antwerpen, hat auch im Berichtsjahre trotz der für sie besonders schwierigen Verhältnisse ein recht befriedigendes Ergebnis erzielt, so daß sie imstande sein wird, ihre vorjährigen Gewinnausschüttungen zu wiederholen.

Die Summe der Beteiligungen an solchen Banken belief sich Ende 1918 auf M. 61 657 641,45 gegen M. 54 167 999,95 Ende 1917. Sie hat im wesentlichen infolge von Kapitalzuführungen auf in unserem Besitz befindliche nicht vollgezahlte Aktien eine Erhöhung erfahren. Die auf sie für das Geschäftsjahr 1917 bzw. 1917/18

Berlin, im April 1919.

entfallenden und im Berichtsjahre vereinnahmten Gewinnanteile betragen M. 3 540 812,70 gegen M. 2 663 849,26 im Vorjahre.

Die Einlagen auf provisionsfreier Rechnung betrugen am Schlusse des Berichtsjahres M. 1 910 757 648,49 gegen M. 1 573 931 222,80 am Schlusse des Jahres 1917.

Der Laufende Rechnungverkehr ergab:

Schuldner am Schlusse	1918	1917
des Jahres	M. 886 886 526,11	M. 665 266 486,55
Gläubiger am Schlusse		
des Jahres	„ 1 738 546 386,87	„ 1 296 312 210,03

wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß wir, wie oben ausgeführt, die für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank eingegangenen Verbindlichkeiten in diesem Jahre beiderseits gesondert in die Erscheinung treten lassen.

Der Umschlag im gesamten laufenden Rechnungverkehr, einschließlich der Einlagen auf provisionsfreier Rechnung, betrug M. 148 515 071 784,76 gegen M. 101 067 923 775,11 im Jahre 1917.

Die Zahl der laufenden Rechnungen betrug am Schlusse des Jahres 1918 146 018 gegen 126 626 im Jahre 1917. Von diesen Rechnungen waren mit Wertpapier-Hinterlegung verbunden am Schlusse des Jahres 1918 76 429 gegen 66 945 im Jahre 1917.

Die in den Passiven aufgeführten Akzepte und Schecks betrugen M. 68 252 797,66 gegen M. 68 408 862,47 im Jahre 1917.

Die Aval- und Bürgschaftsforderungen, denen der gleiche Betrag von Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen gegenübersteht, beliefen sich am 31. Dezember 1918 auf M. 362 649 525,62 gegen M. 206 883 029,81 im Jahre 1917.

Wechsel- und Zinsen-Konto ergaben einschließlich der Kurswechsel einen Ertrag von M. 40 877 187,69 im Jahre 1918 gegen M. 35 264 075,47 im Jahre 1917.

Die erworbene Provision stellte sich auf M. 14 529 036,49 gegen M. 13 501 600,54 im Vorjahre.

Der Umschlag der Kassen betrug M. 58 869 498 662,70 gegen M. 42 015 031 360,60 im Vorjahre.

Der Gesamtumschlag (von einer Seite des Hauptbuches) betrug M. 147 479 985 916,52 gegen M. 112 468 659 138,02 im Vorjahre. Der Beteiligung von M. 60 000 000 an dem Kommandit-Kapital der Norddeutschen Bank in Hamburg steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 17 730 659 336,38 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 15 439 500 629,16 im Vorjahre gegenüber. Der Beteiligung von M. 100 000 000 an dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Cöln steht ein Gesamtumsatz dieser Bank von M. 26 361 792 000 von einer Seite des Hauptbuchs gegen M. 17 732 341 000 im Vorjahre gegenüber. Dem Gesamt-Kapital der Disconto-Gesellschaft entspricht im Jahre 1918 also ein Gesamtumschlag von M. 191 572 437 252,90 von einer Seite des Hauptbuches gegen M. 145 640 500 767,18 im Vorjahre.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn.

D. von Schinckel.

Dr. Russell.

Urbig.

Dr. Solmssen.

Waller.

Dr. Mosler.

Dr. Fischer.

Schlieper.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Bericht über das 66. Geschäftsjahr 1918.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres stand die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands in erhöhtem Maße weiter und nahezu ausschließlich im Dienst der Befriedigung der Kriegsbedürfnisse, die im wesentlichen durch die gemeinwirtschaftliche Regelung erfolgte, wobei die Privattätigkeit auf ein Mindestmaß beschränkt blieb. Dieser Zustand mit seinen Härten, Unbilligkeiten und üblen Folgen wurde trotz aller Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht willig ertragen in der Hoffnung auf einen für das Vaterland günstigen Ausgang des großen Weltringens, eine Hoffnung, die durch die im Osten erzielten, in den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest scheinbar bestätigten Erfolge und durch das anfängliche Gelingen der im Westen aufgenommenen Vorwärtsbewegung genährt wurde. Die daran sich knüpfende Erwartung, daß ein nicht mehr ferner allgemeiner Frieden für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft günstige Voraussetzungen schaffen dürfte, die Erzielung bedeutender Kriegsgewinne seitens der beteiligten Kreise, die andauernd große, ja noch gesteigerte Geldflüssigkeit, die zeitweilige Besserung unserer Währung im neutralen Ausland, das alles führte zu einem Vertrauen und einer Unternehmungslust, die sich nach Lage der Dinge hauptsächlich in umfangreichen Bewegungen auf dem Wertpapiermarkt betätigte. Hier wurden sowohl festverzinsliche als auch besonders Dividendenpapiere in großem Umfange gehandelt und die guten Aussichten, die letztere zu bieten schienen, in Preissteigerungen von einer Höhe bewertet, die nicht immer bedenkenfrei waren und vielfach zu einer Ueberwertung führten. Das so zu größter Lebhaftigkeit gesteigerte Treiben an den Börsen ließ sich auch durch die dem Verkehr auf die Dauer höchst schädlichen gesetzgeberischen Maßnahmen, insbesondere durch die Erhöhung des Schlußnoten- und Aktienstempels, im Augenblick nur wenig beeinflussen. Dieser Zustand dauerte noch während der ersten zwei Monate des zweiten Halbjahres beinahe unverändert an, als schon das Stocken des Vormarsches und dann der Rückmarsch an der Westfront die Ueberlegenheit der Feinde ankündeten, und erlitt erst ein jähes Ende, als plötzlich das Ausscheiden Bulgariens aus dem Kriege die wahre Lage klarlegte. Ein gewaltiger, fast alle Werte umfassender Kurssturz erfolgte, der sich durch den Verlust des Krieges für Deutschland die unerträglich harten Waffenstillstandsbedingungen und vor allem durch die innerpolitische Umwälzung weiter verschärfte und sich, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, bis zum Jahresende fortsetzte.

Diesen Hergängen entsprechend erbrachten die ersten zwei Drittel des abgelaufenen Geschäftsjahres recht befriedigende Ergebnisse. Mit der unglücklichen Wendung des Krieges verminderte sich die geschäftliche Tätigkeit sehr erheblich, nur das Zuströmen fremden Geldes, für das kaum noch immer eine einigermaßen nutzbringende Anlage gefunden werden konnte, dauerte trotz des Kriegsverlustes und der revolutionären Vorgänge unverändert an und setzte uns auch im verflossenen Geschäftsjahr dauernd in den Stand, dem Reich, den Bundesstaaten, den kommunalen und Kriegs-Organisationen sehr erhebliche Summen zur Verfügung zu stellen und die berechtigten Kreditansprüche unserer Kundschaft voll zu befriedigen. Ebenso konnte die Bank sich an den beiden im Jahre 1918 aufgelegten Krieganleihen mit großen Zeichnungen beteiligen. Die Bemühungen der Reichsbankverwaltung, der im Herbst in sehr erheblichen Umfange einsetzenden verwerflichen Verbergung von Zahlungsmitteln entgegenzutreten, haben wir lebhaft unterstützt. Wir hielten es auch für unsere Pflicht, im Verein mit anderen Berliner

Bankkreisen an der Berliner Börse durch geeignete Wertpapierkäufe dem haltlosen Entwertungsprozeß entgegenzutreten. Eine nicht unerhebliche und durch die Ausführungsbestimmungen besonders unangenehm empfundene Belastung erfuhr unsere Bank mit dem gesamten Bankgewerbe durch die neuen gesetzlichen Vorschriften über die Geldumsatzsteuer.

Das Rothertragnis des abgelaufenen Jahres übertrifft dasjenige des Geschäftsjahres 1917 um rund 7 Millionen Mark. Der Reingewinn wird jedoch ungünstig beeinflusst durch die enorme Erhöhung der Unkosten und Steuern, welche zwar zu einem gewissen Teile durch die starke Preissteigerung für alle Materialien und Utensilien sowie durch die Vermehrung der Zahl unserer Niederlassungen bedingt ist, in der Hauptsache aber auf der Fortdauer der schon in den letzten Jahresberichten geschilderten Schwierigkeiten in den Personalverhältnissen beruht. Nach wie vor blieb die Bank fast das ganze Jahr hindurch gleichzeitig belastet mit einem erheblichen Teil der Bezüge der Kriegsteilnehmer und der sich stetig erhöhenden Entlohnung für deren Stellvertreter. Dies verschob sich gegen das Jahresende weiter ungünstig, als die Kriegsteilnehmer zurückkehrten und nicht nur in den Genuß der früheren, sondern erhöhter Einkommen traten, während die für sie angenommenen Hilfskräfte nicht entlassen werden konnten. Die Teuerung aller zum Leben notwendigen Dinge verschärfte sich weiter und machte nicht nur die Fortgewährung, sondern auch eine Erhöhung der bereits bewilligten Teuerungszulagen erforderlich. Und schließlich traten gegen Schluß des Jahres die Angestellten mit sehr beträchtlichen Forderungen hinsichtlich einmaliger und dauernder Gewährung erhöhter Entlohnung hervor, die als eine um so schwerere Belastung der Bank zu erachten waren, als gleichzeitig eine erhebliche Verminderung der Arbeitszeit gefordert wurde. Die Verhandlungen über eine angemessene Regelung dauern zurzeit noch an; nachdem ein Ausstand der Groß-Berliner Beamten der hiesigen Aktienbanken durch Schiedsspruch beendet ist, werden demnächst die Verhandlungen über einen Normaltarifvertrag beginnen. Die von uns gewährte teilweise Befriedigung dieser Ansprüche hat bereits im verflossenen Geschäftsjahre zu der Erhöhung der Unkosten in bedeutendem Maße beigetragen. Die volle Wirkung wird naturgemäß erst im laufenden Geschäftsjahre sichtbar werden. Die Handlungsunkosten (ausschließlich der Tantiemen) und Steuern betragen im Jahre 1917 bei uns etwa 136% der Provisionseinnahmen, ein Satz, der im Vergleich zu den Jahren vor dem Kriege bereits eine bedeutende Verschlechterung ergab; im Jahre 1918 ist dieses Verhältnis auf 182% gestiegen. Wir können nicht verhehlen, daß uns das stete Anwachsen der Unkosten mit ernster Sorge erfüllt, zumal die ungünstige Lage der Industrie, das Daniederliegen von Handel und Gewerbe und die Unklarheit der außer- und innerpolitischen Verhältnisse vorläufig zu keinen erfreulichen Ausblicken für die nähere Zukunft berechtigen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Angestelltenschaft der deutschen Banken gesunden kaufmännischen Geist bewahren wird, um den Bogen nicht zu überspannen.

Die von uns in Vorschlag gebrachte Dividende von 6% erfordert für die Ausschüttung an die Aktionäre einen Betrag von M. 9 600 000, von welchen etwa M. 1 100 000 als im Vorjahr gestellte, nicht mehr benötigte Rückstellung für Kriegssteuer dem Vortrag entnommen werden. Der aus dem Gewinn des laufenden Geschäfts des Jahres 1918 fließende Restbetrag entspricht knapp 30% der Handlungsunkosten und Steuern.

Unsere Bilanz zeigt den andauernden Zustrom fremder Gelder und einen erhöhten Flüssigkeitsstand. Die Akzeptverbindlichkeiten sind noch weiter zurückgegangen, während wir unser Aval im Interesse der Wareneinfuhr in erhöhtem Maße zur Verfügung stellten und die in ausländischer Währung gewährten Bürgschaften zu den ungünstiger gewordenen Wechselkursen umzurechnen hatten. Das Konto „Bankgebäude“ ist weiter gestiegen, u. a. durch den Ankauf gut gelegener Grundstücke in Düsseldorf, Hirschberg und Trier. Die unter „Sonstige Immobilien“ verbuchten Häuser in Breslau, Darmstadt und Glatz konnten wir zu Anfang des neuen Geschäftsjahres zu befriedigenden Preisen verkaufen. Die Ziffern unserer Filiale Straßburg und unserer neuen Niederlassung in Kehl sind in der Bilanz nur mit den Salden enthalten, da wir die Abschlüsse dieser Zweigstellen, mit denen wir übrigens nach langer Unterbrechung seit einiger Zeit wieder korrespondieren können, noch nicht empfangen haben.

Der Ausbau des Netzes unserer Zweiganstalten hat im verflossenen Jahre weitere Fortschritte gemacht durch die Eröffnung von Filialen in Braunschweig, Dortmund, Trier und Würzburg, von Niederlassungen in Amberg, Bensheim, Greiz, Heilbronn, Kehl, Passau, Pirmasens, Schweinfurt, Zeitz und einer Stadt-Depositenkasse in München am Ostbahnhof. Im laufenden Jahre sind ihnen gefolgt Filialen in Köln, Dresden und Fulda sowie Niederlassungen in Crossen (Oder), Gera (Reuß), Göppingen, Limburg (Lahn) und eine Depositenkasse in Weilburg.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von M. 1 669 835.93 aus dem Jahre 1917) auf M. 43 770 174.23 davon ab:

a) Geschäfts-Unkosten	M. 29 183 935.18	
b) Steuern	„ 2 780 677.87	
c) Abschreib. auf Immobilien u. Mobilien „	987 633.30	
d) Rückstell. f. Talonsteuer „	384 000.—	M. 33 336 246.35
		M. 10 433 927.88

davon sind zu zahlen die satzungsgemäßen Tant. für den Aufsichtsrat (8% der M. 3 200 000 betragenden Superdividende) „ 256 000.—

verbleibt ein Überschuß von M. 10 177 927.88 aus welchem die beantragte Div. von 6% zu entnehmen ist mit „ 960 000.—

während der Rest von M. 577 927.88 auf neue Rechnung übergeht.

Es würden somit M. 60.— auf die Aktien von M. 1000.— u. M. 25.71 auf die Aktien von fl. 250.— zur Verteilung kommen.

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1918 zusammen aus 3843 Stück Aktien à fl. 250.— = nom. M. 1 647 000.— und aus 158 353 Stück Aktien à M. 1000.— = nom. M. 158 353 000.—. Im Jahre 1918 haben Inhaber von alten Guldenaktien von der Befugnis, dieselben in Aktien à M. 1000.— umzutauschen, zu einem Betrage von 154 Stück = nom. M. 66 000.— Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand sonach Ende 1918 aus: 5689 Aktien à fl. 250.— = nom. M. 1 581 000.— 158 419 „ à M. 1000.— = „ 158 419 000.— zusammen nom. M. 160 000 000.—

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1918 eingegangenen Geschäften sind unter anderen die folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluß des Jahres 1918 zur Ausschüttung gelangten Gewinne verrechnet worden:

Aktien der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft, Aktien der Actien-Gesellschaft für Anilinfabrikation, Aktien der Gebr. Boehler & Co. Aktiengesellschaft, Aktien des Crédit Pétrolifer, Aktien der Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft, Aktien der Großen Berliner Straßenbahn, Aktien der Hugo Schneider Aktiengesellschaft, Aktien der Stettiner Oderwerke Aktiengesellschaft für Schiff- u. Maschinenbau, Aktien der Maschinenfabrik Oberschöneweide Aktiengesellschaft, Aktien der Schlesischen Dampfer Compagnie Aktiengesellschaft & Frankfurter Güter Eisenbahn-Gesellschaft (Fusion), 5% Obligationen der Heldburg Aktiengesellschaft.

Die größeren Finanzoperationen, an denen wir im Jahr 1918 durch Uebernahme oder Beteiligung interessiert waren, sind im wesentlichen die folgenden:

Aktien der Aktiengesellschaft Mix & Genest Telephon & Telegraphenwerke, Aktien der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer Akt.-Ges., Aktien der Bayerischen Flugzeug-Werke Aktiengesellschaft, Aktien der Deutschen Schiffskreditbank Duisburg, Aktien der Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Aktien der Georges Geiling & Cie. Aktien-Gesellschaft, Aktien der Gustav Genschow & Co. Aktiengesellschaft, Aktien der Bank- und Wechselstuben Aktiengesellschaft „Mercur“, Wien, Aktien der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft Aktiengesellschaft, Aktien der Landshuter Bisquit & Cakesfabrik H. L. Klein, Aktien der Norddeutschen Gummi- und Guttapercha-Waaren-Fabrik vorm. Fonrobert & Reimann, Aktien der Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Aktien der Ostbischen Spiritwerke Aktiengesellschaft, Aktien der Reiniger, Gebbert & Schall Aktiengesellschaft, Aktien der Rhein.-Westfäl. Elektrizitätswerk Aktien-Gesellschaft, Aktien der Stralauer Glashütte Actiengesellschaft, Vorzugsaktien der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Fusion Deutsche Bierbrauerei Act.-Ges./Münchener Brauhaus Act.-Ges., Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien des Eisenhüttenwerks Thale Aktiengesellschaft, 8. und 9. Kriegsanleihe (4 1/2% Schatzanweisungen und 5% Reichsanleihe), 5% Münchener Stadtanleihe, 5% Leipziger Stadtanleihe.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen.

Die unter obiger Überschrift laufenden Engagements bezifferten sich Ende 1918 auf:

M. 8 365 696.90 Aktien von Banken,	
„ 1 919 180.50 Kommanditistische Beteiligung bei Bankgeschäften	
M. 10 284 877.40	

Bankgebäude.

Dieses Konto umfaßt unsere Bank-Grundstücke und Gebäude (einschl. Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Trier, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Gießen, Neustadt (Haardt), Quedlinburg, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Hirschberg i. Schl., Kattowitz, Oppeln und Ratibor, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dez. 1918 vorgenommenen Abschreib. mit M. 25 447 168.49

abzüglich Hypotheken und Restkaufgelder auf Berlin, Werderscher Markt 2-4, Schinkelplatz 5, Niederlagstr. 4-5, auf Stettin, Münchenstr. 31, auf Trier, Johann-Philippstraße 6, auf Breslau, Ohlauer Straße 85, auf Beuthen und Gleiwitz im Gesamtbetrage von	M. 1 628 000.—
d. h. per Saldo mit	M. 23 819 168.49

in der vorliegenden Bilanz erscheinen.

Zweiganstalten.

Unser Institut besitzt neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten, und zwar:

Filialen in: Augsburg, Braunschweig, Breslau, Cöln, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Fulda, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Els., Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Würzburg.

Niederlassungen in: Amberg, Aschaffenburg, Bamberg, Bensheim, Beuthen O.-S., Bingen a. Rh., Cottbus, Crossen (Oder), Cuxhaven, Forst (Lausitz), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth (Bayern), Gera (Reuß), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Görlitz, Greiz, Guben, Heilbronn, Hindenburg, Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz, Kehl, Landau (Pfalz), Leobschütz, Limburg (Lahn), Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Passau, Pirmasens, Pforzheim, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Schweinfurt, Zeitz.

Depositenkassen in: Berlin und Vororten (30), Biebrich a. Rh., Breslau (7), Darmstadt (1), Dresden (1 Zweigstelle), Frankfurt a. M. (4), Greifswald, Hannover (1), Kreuzburg O.-S., Lauban, Leipzig (6), Ludwigshafen a. Rh., Michelstadt i. O., München (3), Myslowitz, Prenzlaw, Senftenberg, Sorau N.-L., Spremberg-L., Stargard i. P., Stettin (1), Stuttgart (1), Weilburg.

Agenturen in: Alsfeld (Oberhessen), Butzbach, Herborn, Pasewalk, Sangerhausen.

Der Vorstand.

Durch die von uns bestellte Kommission ist die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir finden dagegen nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden.

Der Aufsichtsrat.

Deutsche Bank.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am 4. Juni 1919, 11 Uhr vormittags in unserem Bankgebäude, Eingang Kanonierstr. 22, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung eingeladen. Aktionäre, welche ihr Stimmrecht nach Maßgabe § 23 der Satzungen ausüben wollen, müssen ihre Aktien (oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank) mit einem der Zahlenreihe nach geordneten doppelten Nummernverzeichnis spätestens am 31. Mai d. J.

in **Berlin** bei der **Effektenkasse der Deutschen Bank,**

Behrenstr. 11

(für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots auch b. der Bank des Berliner Kassen-Vereins),

„ **Breslau** „ dem Schlesischen Bankverein Filiale der Deutschen Bank,

„ **Elberfeld** „ der Bergisch-Märkischen Bank, Filiale der Deutschen Bank,

„ **Aachen, Augsburg, Barmen, Bremen, Chemnitz, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Görlitz, Hamburg, Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Leipzig, München, Nürnberg, Posen, Saarbrücken, Stettin, Trier, Wiesbaden**

beiden Filialen und Zweigstellen der Deutschen Bank, ausserdem

„ **Düsseldorf** bei dem Bankhause C. G. Trinkaas,
„ **Essen (Ruhr)** „ der Essener Credit-Anstalt,
„ **Frankfurt a. M.** „ Deutschen Vereinsbank,
„ „ dem Bankhause L. Speyer-Ellissen,
„ „ „ Jacob S. H. Stern,
„ „ „ Gebr. Sulzbach,

„ **Hannover** „ der Hannoverschen Bank,
„ **Ludwigshafen a. Rh.** „ Pfälzischen Bank,
„ **Mannheim** „ Rheinischen Creditbank,

„ „ Süddeutschen Bank Abteilung der Pfälzischen Bank,
„ **Stuttgart** „ Württemberg. Vereinsbank,

„ „ dem Bankhause G. H. Keller's Söhne oder bei einem deutschen Notar hinterlegen und bis nach der Generalversammlung belassen. Stimmkarten werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Geschäfte der Gesellschaft.
2. Die Rechnungsablage mit dem Bericht des Aufsichtsrats.
3. Beschlussfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, die Gewinnverteilung, sowie über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat unter Festsetzung der Zahl seiner Mitglieder.

Berlin, den 12. Mai 1919.

Deutsche Bank.

Mankiewitz.

Heinemann.

(152)

Grössere Büchersammlung

umfassend Werke über

**Anarchismus, Arbeiter-
bewegung, Politik, Sozio-
logie und Volkswirtschaft**

zu kaufen gesucht

KARL W. HIERSEMANN

Antiquar, **LEIPZIG**, Königstr. 29

[157]

Berliner Spediteur-Verein Aktien-Gesellschaft.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M.	Pf	Passiva.	M.	Pf
Grundstücks-Konto			Stamm-Akt.-Kapital	478200	—
Lausitzer Str. 44	541548	65	Vorzugs-Akt.-Kap.	1080000	—
Grundstücks-Konto			Reserve-Fonds-Kto.	155820	—
Steglitz . . .	77901	59	Spezial-Res.-Fonds	70000	—
Kassa-Konto . . .	14929	59	Kriegs-Res.-Fonds	60000	—
Effekten-Konto . . .	697032	—	Talonsteuer-Konto	15582	—
Effekten-Zins.-Kto.	1285	15	Hypotheken-Konto	300000	—
Futter-Konto . . .	60144	02	Dividenden-Konto .	1584	—
Kto.-Korrent-Kto. .	2006780	32	Kto.-Korrent-Kto. .	1208935	78
Pferde-Konto . . .	100000	—	Kant.-K. M. 34850		
Fuhrwerks-Konto .	10000	—	Unfall-Versicher.-	16000	—
Wagenplan-Konto .	1	—	Prämien-Konto .		
Utensilien-Konto .	1	—	Gewinn- u. Verl.-K.	149939	—
Maschinen-Konto .	1	—			
Drucksachen-Kto. .	1	—			
Güterschuppen-K. .	20000	—			
Speditions-Konto .	6435	46			
Kautions-Effekten- Konto M. 34850					
	3536060	78		154]	
					3536060 78

Norddeutsche Wollkammerei u. Kammgarnspinnerei.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Aktiva.

	M.	Pf
Kassa- und Wechsel-Konto: Bestand am 31. Dezember 1918	852 433	90
Grundstücke, Fabrikgebäude, Wasserkräfte, Eisenbahnanlagen usw. in Delmenhorst, Neudek, Wien, Hamburg, Bahrenfeld, Reiberstieg, Nowawes, Fulda, Glücksbrunn, Eisenach, Langensalza, Mühlhausen in Thüringen, Kappel, Dresden, Argentinien und Uruguay		
Aufwend. bis 31. Dez. 1917	M. 20 254 745.99	
Zugang in 1918	131 495.47	
	M. 20 386 241.46	
Abschreib. bis 31. Dez. 1917	M. 8 310 907.96	
Abschreib. für 1918	736 929.84	9 047 837.80
Beamten- und Arbeiterwohnungen, Krankenhäuser, Mädchen- und Jünglingsheime, Wöchnerinnenheim, Säuglingsheim, Kindergärten, Badeanstalten, Wirtshäuser, Konsumvereine, Bäckereien usw. in Delmenhorst, Neudek, Bahrenfeld, Glücksbrunn, Eisenach, Mühlhausen, Langensalza und Kappel		
Aufwend. bis 31. Dez. 1917	M. 4 403 093.98	
Zugang in 1918	—	
Abschreib. bis 31. Dez. 1917	M. 4 403 093.98	
Abschreib. für 1918	159 500.—	2 302 591.98
Maschinen-Konto in allen Fabriken		
Aufwend. bis 31. Dez. 1917	M. 22 717 843.39	
Zugang in 1918	90 726.10	
	M. 22 808 569.49	
Abschreib. bis 31. Dez. 1917	M. 20 554 422.39	
Abschreib. für 1918	664 126.10	21 218 548.49
Inventar-Konto in allen Fabriken		
Aufwend. bis 31. Dez. 1917	M. 1 836 911.68	
Zugang in 1918	34 200.90	
	M. 1 871 112.58	
Abschreib. bis 31. Dez. 1917	M. 1 836 872.68	
Abschreib. für 1918	34 200.90	1 871 073.58
39 Konten je M. 1.— = M.	39.—	39.—
Konto für landwirtschaftliche Betriebe	453 539	54
Material-Konto, Vorräte in allen Fabriken	925 933	29
Darlehen-Konto, Darlehen auf Arbeiterhäuser gegen Hypothek	232 070	95
Patent- und Schutzmarken-Konto	1	—
Feuerversicherungs-Konto, vorausbezahlte Versicherungen-Prämien	347 061	01
Effekten-Konto, einschliesslich deutsche u. österreichische Kriegaanleihen, sow. Schatzanweis. Konto für Beteiligungen	15 966 243	25
Vorräte v. Wolle u. Fabrikaten in allen Fabriken	1 672 478	—
Debitoren- und Kreditoren-Konto, Debitoren	15 975 723	20
	10 239 306	64
	61 693 756	44
Passiva.	M.	Pf
Aktien-Konto	22 500 000	—
Reservefonds-Konto	4 000 000	—
Spezial-Reservefonds-Konto	5 000 000	—
Rückstellung zum Besten der Beamten u. Arbeiter	M. 1 300 000.—	
Zugang aus 1917	50 000.—	1 350 000
Rückstellung für allgemeine dem Wohle der Arbeiter unserer Fabriken gewidmete Zwecke	M. 2 000 000 —	
in 1918 entnommen	500 000.—	1 500 000
Prioritäts-Anleihen-Konto		
4% Anleihe von 1890	M. 4 000 000.—	
bis 31. Dez. 1917 getilgt	M. 1 840 000.—	
in 1918 getilgt	M. 80 000.	M. 1 920 000.—
	M. 2 080 000.—	
(Fortsetzung nebenstehend)	Summa	34 350 000

	M.	Pf
4 1/2 % Anleihe auf Neudek von 1895	M. 1 500 000.—	
bis 31. Dez. 1917 getilgt	M. 540 000.—	
in 1918 getilgt	M. 30 000.—	M. 570 000.—
	M. 930 000.—	3 010 000
4 1/2 % nicht hypothekarisch eingetragene Anleihe von 1906	M. 3 150 000.—	
bis 31. Dezember 1917 getilgt	M. 1 455 200.—	
in 1918 getilgt	215 300 —	1 670 500.—
		1 479 500
4 1/2 % Prioritäts-Anleihe auf die Fabrik in Eisenach.	M. 1 000 000.—	
bis 31. Dezember 1917 getilgt	M. 493 000.—	
in 1918 getilgt	54 000.—	547 000.—
		453 000
Zinsen-Konto der Prioritäts- und anderen Anleihen, Vortrag		55 024
Unerhobene Zinsen der Anleihen v. 1890 u. 1895		3 565
Ausgeloste, nicht vorgekommene Anteilscheine der Anleihen von 1890 und 1895.		5 000
Unerhobene Dividenden		57 970
Tratten-Konto, laufende Wechsel-Akzepte		274 452
Unkosten-Konto, Vortrag		169 813
Rückstell. für Zinsbogensteuer	M. 99 750.—	
Zugang aus 1917	30 000 —	129 750
Unfallversicherungs-Konto, Vortrag auf 1919		38 500
Pensions-, Witwen- u. Waisenkasse für Beamte u. Meister	M. 540 325.72	
Zinsen u. Beiträge der Firma	55 730.55	
	M. 596 056.27	
ab gezahlte Pensionen	24 580.—	571 476
Pensions- und Witwenkasse für d Arbeiter d. Neudeker Fabrik	M. 388 814.75	
Zinsen und Beiträge	25 742.60	
	M. 414 557.35	
ab Pensionen u. Rückzahl.	3 973.—	410 584
Pensions- und Witwen Kasse in Eisenach.		24 005
Unterstützungsfonds in Glücksbrunn „von Weiss'sche Stiftung		95 271
Unterstützungsfonds in Bahrenfeld		5 880
Stiftung des Herrn Martin Deetjen für das Krankenhaus in Delmenhorst		18 600
Debitoren- und Kreditoren-Konto, Kreditoren		17 992 658
Gewinn- und Verlust-Konto, Reingewinn		2 548 704
		61 693 756
Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918.	M.	Pf
Verluste.		
Zinsen-Konto der Prioritäts- und anderen Anleihen	M. 153 915.55	
Vortrag auf 1919	55 024 16	208 939
Krankenkassen-Konto, Beiträge der Firma		44 600
Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Konto, Beiträge der Firma.		21 925
Unfall-Versicherungs-Konto, Beiträge der Firma		37 884
Angestellten-Versicherungs-Konto. Beitr. d. Firma		18 462
Für „Allgemeine, d. Wohle der Arbeiter gewidmete Zwecke“, in 1918 verausgabte	M. 869 951.91	
dem Fonds entnommen	500 000.—	369 951
Abschreib. a. Fabrikgebäude usw.	M. 736 929.84	
„ „ Beamten- u. Arbeiter-wohnungen	159 500.—	
„ „ Maschinen	664 126.10	
„ „ Inventar	34 200.90	1 594 756
Reingewinn		2 548 704
Verteilung des Gewinns:		
4% Dividende	M. 900 000.—	
Rückstell. für Zinsbogensteuer	60 000.—	
Satzungsgemässe Gewinnanteile	154 285.72	
6% Super-Dividende	1 350 000 —	
Vortrag	84 418.87	
	M. 2 548 704.59	
		4 845 226
Gewinne.	M.	Pf
Vortrag aus 1917		313 097
Mieten-Konto, Einnahme		78 435
Ertragnis-Konto, Saldo		4 453 693
		4 845 226
Bremen, den 31. Dezember 1918.		
Der Vorstand. Carl Lahusen. Herm. Rodewald.		(135)

Dividendenfestsetzung nebstehend

Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Bremen.

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1918 gelangt vom 8. Mai ab mit

M. 100,— für die Aktie — 10 pCt.
gegen Einlieferung des Dividendenscheines für 1918 bei
unserer Kasse in Delmenhorst,
der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Bremen,
der Deutschen Nationalbank, Kommanditgesell-
schaft auf Aktien, Bremen,
Herren Bernhd. Looße & Co., Bremen,
" Schröder, Heye & Weyhausen, Bremen,
" Delbrück, Schickler & Co., Berlin,
der Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin,
der Bank für Handel und Industrie, Berlin,
Herren S. L. Landsberger, Berlin,
der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Leipzig,
der Deutschen Nationalbank, Kommanditgesell-
schaft auf Aktien, Oldenburg i. Gr. und Delmen-
horst

zur Auszahlung.

Bremen, den 7. Mai 1919.

[136]

Der Vorstand.

4% Anleihe der Schiff- und Maschinenbau- Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Friedr. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft Kiel-Gaarden.

Bei der am 11. April 1919 im Geschäftsgebäude der Germaniawerft stattgehabten XVII. Verlosung von Teilschuldverschreibungen sind die folgenden Nummern, zur Rückzahlung mit 102% am 1. Oktober 1919, gezogen worden:

Lit. A. 33 Stück zu M. 5000, rückzahlbar mit M. 5100,
Nennwert M. 165 000.

Nr. 18 37 49 109 128 143 194 271 280 300 312 356 357 390
410 411 451 480 513 541 582 649 678 705 718 732 796 882
889 921 934 975 985

Lit. B. 101 Stück zu M. 2000, rückzahlbar mit M. 2040,
Nennwert M. 202 000.

Nr. 1090 1106 1118 1160 1188 1214 1225 1230 1239 1254
1294 1334 1419 1429 1523 1543 1571 1588 1602 1611 1630
1725 1729 1738 1855 1967 2007 2033 2115 2139 2153 2169
2178 2185 2230 2274 2282 2328 2334 2395 2409 2425 2440
2452 2474 2492 2532 2536 2563 2628 2695 2720 2757 2765
2793 2838 2844 2855 2934 2957 3063 3074 3081 3138 3154
3181 3200 3204 3218 3227 3265 3297 3322 3328 3333 3389
3444 3474 3491 3508 3560 3571 3587 3614 3647 3651 3746
3785 3808 3812 3819 3827 3848 3896 3906 3910 3915 3919
3923 3930 3978

Lit. C. 234 Stück zu M. 1000, rückzahlbar mit M. 1020,
Nennwert M. 234 000.

Nr. 4023 4048 4074 4075 4096 4111 4177 4209 4247 4252
4286 4328 4403 4407 4444 4487 4497 4573 4598 4617 4692
4704 4715 4723 4726 4745 4807 4844 4855 4867 4926 4951
4966 5030 5035 5051 5139 5204 5258 5261 5263 5266 5275
5328 5355 5366 5373 5387 5439 5487 5509 5526 5534 5537
5557 5570 5572 5608 5626 5674 5679 5740 5747 5773 5828
5831 5908 5949 5955 5976 5990 6004 6050 6088 6111 6160
6200 6206 6254 6255 6302 6304 6320 6338 6348 6350 6391
6412 6451 6516 6535 6557 6558 6603 6712 6752 6766 6799
6816 6872 6886 6920 6924 7025 7030 7033 7078 7236 7238
7239 7309 7318 7349 7430 7450 7470 7533 7534 7619 7620
7637 7638 7690 7699 7710 7824 7827 7922 7938 7953 7973
7985 8033 8068 8080 8120 8135 8209 8250 8294 8305 8325
8368 8377 8385 8390 8393 8454 8473 8487 8514 8523 8561

(Fortsetzung nebenstehend)

8565 8601 8618 8658 8718 8760 8853 8951 8983 8999 9009
9021 9028 9037 9103 9107 9119 9123 9152 9179 9236 9247
9256 9277 9284 9311 9348 9362 9371 9419 9464 9470 9510
9569 9584 9607 9632 9634 9650 9695 9709 9713 9828 9838
9854 9869 9887 9897 9903 10037 10059 10113 10182 10321
10332 10334 10362 10365 10376 10411 10459 10460 10485
10486 10502 10515 10535 10565 10585 10609 10613 10623
10704 10713 10737 10806 10817 10849 10911 10928 10981

Lit. D. 134 Stück zu M. 500, rückzahlbar mit M. 510,
Nennwert M. 67 000.

Nr. 11051 11058 11061 11066 11084 11107 11122 11152
11268 11282 11285 11313 11315 11396 11433 11486 11493
11494 11501 11526 11560 11584 11613 11665 11675 11696
11757 11776 11790 11810 11848 11885 11905 11951 11958
11997 11998 12014 12051 12073 12103 12107 12180 12204
12216 12266 12329 12382 12384 12401 12407 12425 12452
12516 12532 12665 12668 12771 12782 12869 12896 12973
12993 13010 13012 13040 13082 13106 13108 13110 13112
13137 13159 13174 13177 13188 13262 13282 13335 13459
13477 13506 13662 13676 13704 13710 13721 13743 13758
13781 13782 13785 13822 13823 13913 13971 14001 14003
14023 14041 14073 14096 14124 14149 14181 14190 14214
14233 14280 14295 14349 14404 14447 14460 14494 14500
14524 14565 14588 14597 14599 14633 14685 14705 14708
14725 14741 14790 14798 14854 14900 14948 14956 14986

Die Verzinsung dieser Teilschuldverschreibungen hört
am 1. Oktober 1919 auf.

Aus früheren Verlosungen sind folgende Teilschuld-
verschreibungen noch nicht zur Einlösung vorgezeigt
worden:

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1914:

Lit. D zu M. 500 Nr. 11914.

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1915:

Lit. C zu M. 1000 Nr. 6805 8226.

Lit. D zu M. 500 Nr. 12462.

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1916:

Lit. D zu M. 500 Nr. 11473 12461.

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1917:

Lit. B zu M. 2000 Nr. 1643.

Lit. C zu M. 1000 Nr. 7001 7511.

Lit. D zu M. 500 Nr. 11922.

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1918:

Lit. A zu M. 5000 Nr. 111.

Lit. B zu M. 2000 Nr. 1070 1269 1716 1803 1846 2275.

Lit. C zu M. 1000 Nr. 4241 5618 6184 6912.

Lit. D zu M. 500 Nr. 11440 11472 11910 14610.

(139)

„ADLER“ Deutsche Portland-Cement-Fabrik Actien-Gesellschaft.

Die für das Geschäftsjahr 1918 auf 6% = M. 60.—
festgesetzte Dividende für jede Aktie sowie aus dem Ge-
winnvortrage M. 100.— Kriegsanleihe mit Zinsschein per
1. 7. 19 für je M. 2000.— Aktien gelangt sofort bei der
Deutschen Bank, der Nationalbank für Deutsch-
land und der Commerz- und Disconto-Bank zur
Auszahlung.

Berlin, den 9. Mai 1919.

Der Vorstand.

Aktiengesellschaft Johannes Jeserich

Die für das Jahr 1918 für die **Vorzugsaktien** fest-
gesetzte Dividende von 6% gelangt mit M. 60.— gegen
Einreichung des Dividendenscheines pro 1918 (No. 17),
die für die **Stammaktien** festgesetzte Dividende pro 1918
von 12% = M. 120.— gegen Einreichung des Dividend-
scheines pro 1918 (No. 31) von heute ab bei der Ge-
sellschaftskasse in Charlottenburg, der National-
bank für Deutschland in Berlin, der Bank für
Thüringen vormals B. M. Strupp, Aktiengesell-
schaft in Meiningen u. deren Filialen zur Auszahlung.

Charlottenburg, den 6. Mai 1919.

Der Vorstand.

(132)

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1918.

In Deutschlands schwerste Zeit fällt die Vorlage unseres Berichtes über das Geschäftsjahr 1918. Auf den unglücklichen Ausgang des Krieges und auf eine Zeit tiefgehender innerpolitischer und wirtschaftlicher Zerrüttung folgt nunmehr seitens unserer Feinde der Vorschlag zu einem Frieden, der selbst die weitgehendsten Befürchtungen noch übertrifft, und dessen Durchführung das politische und wirtschaftliche Schicksal des deutschen Volkes auf lange Zeit hinaus besiegeln würde. In diesem Augenblick wären allgemein-wirtschaftliche Rückblicke ohne Wert und Interesse.

Die Entwicklung der Geschäfte unserer Bank war in dem ersten, größeren Teile des Jahres 1918 eine außergewöhnlich günstige, und die erzielten Gewinne berechtigten zu der Hoffnung auf ein sehr befriedigendes Jahresergebnis. Diese Hoffnung ist durch den seither eingetretenen Umschwung leider hinfällig geworden. Der Kurssturz am Wertpapiermarkt, insbesondere der Fall der Kriegsanleihen und Kriegsschatzanweisungen, erforderte umfangreiche Abschreibungen. Außerdem gebot die ungewisse politische und wirtschaftliche Zukunft eine besonders vorsichtige Bewertung der Aktiven. Der ausgewiesene Rohgewinn beträgt, nachdem dieses Mal die sämtlichen sehr erheblichen Abschreibungen und Rückstellungen vorweg genommen worden sind, 74 143 606,15 M. (gegen 58 033 357,20 M. in 1917 — ohne Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G. und Märkische Bank —).

Die erzielten Gewinne betragen:

	1918	gegen	1917
Sorten- u. Kupons-Konto M.	1 334 716,35	M.	634 055,20
Wechsel- u. Zinsen-Konto „	46 415 734,65	„	38 059 153,85
Provisions-Konto „	22 647 872,50	„	17 725 208,70
Konto Dauernde Beteilig. „	2 626 607,25	„	694 072,50

Diesen erhöhten Einnahmen stehen wesentlich gestiegene Steuern und Unkosten — 39 940 726,95 M. gegen 21 905 949,80 M. in 1917 — gegenüber. Die starke Erhöhung der letzteren erklärt sich durch die weitergewachsenen sachlichen und persönlichen Aufwendungen und die Errichtung neuer Filialen. Außerdem sind dieses Mal darin die Unkosten der 1917 übernommenen Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G. und Märkischen Bank inbegriffen. Es verbleibt hiernach ein Reingewinn von 34 202 879,20

Mark (gegen 36 127 407,40 M. in 1917 — ohne Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G. und Märkische Bank —); wir beantragen daraus die Ausschüttung einer Dividende von 7%, an der in diesem Jahre das gesamte Aktienkapital von 260 000 000,— Mark teilnimmt.

Angesichts der andauernden Verteuerung der Lebenshaltung haben wir die Gehälter unserer sämtlichen Beamten nochmals erhöht und ihnen weitere regelmäßige Teuerungszulagen gewährt. Die Unkosten sind im neuen Jahre noch weitergewachsen und haben einen Stand erreicht, der es immer schwieriger erscheinen läßt, durch Erhöhung der Einnahmen einen Ausgleich zu schaffen.

Der Betrag der in unserer Bilanz für Ende 1918 ausgewiesenen Depositen und Kreditoren von 4 150 816 375,90 M. übertrifft den Stand des Vorjahres um rund 1 203 000 000,— M. In dieser Steigerung kommt die starke Geldflüssigkeit zum Ausdruck, die auch während des Jahres 1918 ununterbrochen anhielt. Dabei ist zu bemerken, daß sich seit dem politischen Umschwung in den Guthaben der vielfach seitdem mit Verlust arbeitenden Industrie eine rückläufige Bewegung zu zeigen beginnt, die sich im neuen Jahre so weit verstärkt hat, daß eine ganze Anzahl von Unternehmungen nach Erschöpfung ihrer verfügbaren Mittel zur Aufnahme von Bankkredit und Anleihen ihre Zuflucht nehmen mußte. Die uns zugeflossenen Gelder haben zu einem erheblichen Teil, da sich nicht genügend andere Verwendungsmöglichkeiten boten, wie wohl bei allen übrigen Banken, in Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten sowie in Darlehen an Kommunen Anlage gefunden. Die fortdauernde Vermehrung der schwebenden Reichsschuld, nur in unzureichendem Maße gehemmt durch die bis jetzt erhobenen Steuern, und das seit dem Umschwung zu beobachtende Heraufschellen des Notenumlaufes lassen die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen als ein besonders schwieriges Problem erscheinen.

Der Gesamtumsatz der Dresdner Bank auf einer Seite des Hauptbuches belief sich auf 192 689 191 665,90 Mark (gegen 115 849 369 688,30 M. in 1917 — ohne Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft A.-G. und Märkische Bank —). Die Zahl der bei der Bank geführten Konten betrug Ende 1918 376 460 (gegen 313 105 in 1917).

Unsere Niederlassungen und Wechselstuben, zu denen auch im abgelaufenen Jahr einige neue hinzugegetreten sind, haben gut gearbeitet. Ueber die Zukunft unserer Zweigstellen in Posen und Oberschlesien ist uns ein Urteil im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich. In Bukarest haben wir im Berichtsjahr die geplante Errichtung einer Filiale durchgeführt; zurzeit sind wir jedoch ohne Nachrichten von derselben und können ihre Entwicklung nicht übersehen. Von unserer Niederlassung in London, die inzwischen zwecks endgültiger Liquidation in die Hände eines Zwangsverwalters übergegangen ist, ist uns eine Abrechnung noch nicht zugegangen.

Von den überseeischen Niederlassungen der Deutsch-Südamerikanischen Bank A.-G., deren Tätigkeitsfeld, abgesehen von Brasilien, im neutralen Ausland liegt, fehlen neuere Nachrichten; die Aufstellung der Bilanz, die auch für 1917 noch nicht möglich war, wird, sobald es die Verkehrsverhältnisse gestatten, erfolgen.

Bei der Deutschen Orientbank A.-G. hatte das Geschäft in der Türkei bis zum Umschwung befriedigende Fortschritte gemacht. Die Zwangsliquidation, der ihre ägyptischen Niederlassungen sowie die Ägyptische Hypothekbank unterliegen, scheint nach neueren Nachrichten auch auf die türkischen Filialen der Deutschen Orientbank A.-G. ausgedehnt worden zu sein.

Die Raumschwierigkeiten, die mit der Ausdehnung unserer Geschäfte allenthalben eintraten, veranlaßten uns, Neuerwerbungen in der Nachbarschaft unseres Berliner Bankgebäudes sowie in verschiedenen Orten vorzunehmen. Ende 1918 besaßen wir 72 eigene Bankgebäude, die mit 42 997 817,65 M. zu Buch stehen. Unser gesamter Immobilienbesitz war mit vertragsmäßig bisher noch nicht ablösbaren Hypotheken im Betrag von 3 204 717,84 M. belastet.

Die Zahl unserer Beamten belief sich am Jahres-schluß auf 9569 (gegen 7679 im Vorjahr). Leider hat das letzte Jahr des Krieges noch weitere zahlreiche Opfer unter unseren Mitarbeitern gefordert; ihre Namen veröffentlichten wir zu Beginn dieses Berichtes. Ihnen allen, die im Kampfe für das Vaterland gefallen sind, werden wir ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ueber einzelne Bilanzposten ist folgendes zur Erläuterung zu bemerken:

1. Wertpapiere und dauernde Beteiligungen.

Die eigenen Wertpapiere bestanden am 31. Dezember 1918 aus:

a) Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	112 050 320,95 M.
(davon verzinsliche Schatzanweisungen 86 876 809,65 M.)	
b) sonstigen bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbaren Wertpapieren	2 650 796,90 "
c) sonstigen börsengängigen Wertpapieren	27 776 452,60 "

d) sonstigen Wertpapieren 6 246 754,95 M.
148 724 325,40 M.

In dieser Summe befinden sich insgesamt etwa 125 800 000,— M. festverzinsliche Werte.

Dauernde Beteiligungen

bei anderen Banken 67 387 914,55 M.

In dem Ertragnis derselben sind zum erstenmal die Dividenden der aus dem Besitz der Rheinisch-Westfälischen Disconto-Gesellschaft A.-G. auf uns übergegangenen Beteiligungen, und zwar diejenigen für 1917, enthalten.

2. Konsortialbeteiligungs-Konto.

Wir beteiligten uns an folgenden Geschäften:

- 4proz. Anleihe der Stadt Erfurt von 1914,
- Neue Aktien der Aktien-Bierbrauerei zu Reisewitz,
- Neue Aktien der Aktiengesellschaft Braunkohlenwerke Möncheberg, Ihringshausen bei Kassel,
- Neue Aktien der Aktiengesellschaft für Cartonnagen-industrie, Dresden-Loschwitz,
- Neue Aktien der Aktiengesellschaft Lauchhammer, Riesa,
- Neue Aktien der Aktien-Spinnerei, Aachen,
- Neue Aktien der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Berlin,
- Neue Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke, Halle a. S.,
- Aktien der Deutschen Schiffspandbriefbank Aktiengesellschaft, Berlin,
- Neue Aktien der Düngerhandelsaktiengesellschaft, Dresden,
- Neue Aktien der Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M.,
- Anteile der Faserstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Berlin,
- Neue Aktien der Jätzdorfer Mühle Aktiengesellschaft, Jätzdorf b. Ohlau,
- Neue Aktien der Jute-Spinnerei und Weberei, Kassel,
- Neue Aktien der Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Kattowitz,
- Neue Aktien der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. Beck & Henkel, Kassel,
- Aktien der „Noris“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Nürnberg,
- Neue Aktien der Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebrüder Bing, Aktiengesellschaft,
- Neue Aktien der Papierfabrik Sebnitz, Aktiengesellschaft,
- Neue Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktien-Gesellschaft, Essen a. Ruhr,
- Neue Aktien der Sächsischen Malzfabrik, Dresden-Plauen,
- Neue Aktien der Stock Motorpflug Aktiengesellschaft, Berlin,
- Neue Aktien der Stralauer Glashütte. Aktiengesellschaft, Berlin-Stralau,
- Neue Aktien der Theodor Teichgräber Aktiengesellschaft, Berlin,
- Aktien der Universum-Film Aktiengesellschaft, Berlin,
- Neue Aktien der Vereinigten Bautzner Papierfabriken, Bautzen,
- Neue Aktien der Vereinigten Zünder- und Kabelwerke Aktiengesellschaft, Meißen,

Neue Aktien der Zahnradfabrik Köllmann Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Von den vorstehend erwähnten Geschäften ist der größte Teil im Jahre 1918 abgewickelt.

Von Geschäften aus früheren Jahren nennen wir als abgewickelt die Beteiligungen von:

Vorschuß an die Stadt Lodz,

Aktien der Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation, Berlin-Treptow,

Aktien der Aktiengesellschaft Metzeler & Co., München,

Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin,

Aktien der Bismarckhütte in Bismarckhütte,

Aktien der Chemischen Fabrik von Heyden, Aktiengesellschaft, Radebeul,

Aktien der Donau-Main-Rhein-Schiffahrts-Aktiengesellschaft, Nürnberg,

Aktien der Excelsior-Fahrrad-Werke, Gebr. Conrad & Patz, Aktiengesellschaft, Brandenburg a. d. H.,

Aktien der Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebrüder Bing Aktiengesellschaft (Ausgabe 1917).

Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zusammensetzung:

1. Sechs Beteiligungen an festverzinslichen Werten	8 966 691,55 M.
2. Dreizehn Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahn-Unternehmungen	8 046 607,— „
3. Neun Beteiligungen an Bankaktien	3 323 469,30 „
4. Drei Beteiligungen an Versicherungs-Gesellschaften	384 724,40 „
5. Dreiundzwanzig Beteiligungen an Terrains und Terraingesellschaften	6 951 711,30 „
6. Sechs Beteiligungen an überseeischen Unternehmungen	483 012,— „
7. Acht Beteiligungen an elektrischen und Kabel-Unternehmungen	3 781 862,— „
8. Dreizehn Beteiligungen an Bergwerks- und Hütten-Unternehmungen	11 867 894,90 „
9. Dreißig Beteiligungen an anderweitigen Unternehmungen	12 726 446,35 „
	<u>56 532 421,80 M.</u>

3. Pensions-Fonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1879 begründeten Pensionsfonds

betrug am 31. Dezember 1917	M 6 000 000.—
hierzu kamen Zinsen im Jahre 1918	„ 301 084.90
Rückvergütungen des Beamtenversicherungsvereins und Zuführung des Pensionsfonds der früheren Döbelner Bank	„ 238 332.85
	<u>M 6 539 417.75</u>

hiervon ab gewährte Pens. M 458 364.50

und Wertverminderung der

Pensionsfonds-Effekten	„ 552 883.—	„ 1 011 247.50
		<u>M 5 528 170.25</u>

durch die von uns beantragte Zuweisung

von	„ 1 471 829.75
---------------	----------------

wird er die Höhe von M 7 000 000.— erreichen.

Die von uns an den Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes im Jahre 1918 gezahlten Prämien beliefen sich auf etwa 617 000,— M.

In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrate beantragen wir, den als Ueberschuss der Aktiva über die Passiva sich ergebenden Reingewinn von M 34 202 879.20 wie folgt zu verwenden:

Abschreibung auf Bankgebäude	M 1 000 000.—
Abschreibung auf Mobilien-Konto	„ 1 019 409.35
Zuweisung zum Pensionsfonds	„ 1 471 829.75
Rückstellung für die Talonsteuer	„ 260 000.—
4 % Dividende auf M 260 000 000.—	„ 10 400 000.—
	<u>„ 14 151 239.10</u>
	<u>M 20 051 640.10</u>

Satzungsgemässer Gewinnanteil an den Aufsichtsrat M 1 354 647.—

Vertragsmäßige Gewinnanteile an d. Direktoren, stellvertretenden Direktoren u. Direktoren der Filialen, sowie an die Ortsausschüsse — insgesamt 199 Herren	„ 4 408 215.—
Gratifikationen an die Beamten	„ 6 100 000.—
3 % weitere Dividende auf M 260 000 000.—	„ 7 800 000.—
Vortrag	„ 388 778.10

M 20 051 640.10

Berlin, im Mai 1919.

Der Vorstand.

E. Gutmann.

Nathan.

Jüdel.

Herbert M. Gutmann.

Hrdina.

Kleemann.